

Bündnis für Arbeit und Umwelt

**Ein Beitrag zur ökologischen Modernisierung
und zur Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze**

Kongreß am 21. Oktober 1999 im Reichstag, Berlin

ISBN 3-86-077-902-8

Herausgeber:

Dr. Werner Schneider, DGB-Bundesvorstand

Siegfried Leittretter, Hans-Böckler-Stiftung

Albrecht Koschützke, Friedrich-Ebert-Stiftung

Helmut Röscheisen, Deutscher Naturschutzring

Copyright 2000 by Friedrich-Ebert-Stiftung

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn

Umschlag: Pellens Kommunikationsdesign

Titelfoto: Imagebank

Layout: PAPYRUS – Schreib- und Büroservice, Bonn

Druck: satz + druck GmbH, Düsseldorf

Printed in Germany 2000

Bündnis für Arbeit und Umwelt

Ein Beitrag zur ökologischen Modernisierung und zur Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze

Der Abbau der Arbeitslosigkeit ist das oberste Ziel der Bundesregierung. Mit dem Bündnis für Arbeit will sie alle gesellschaftlichen Kräfte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mobilisieren. Die Bundesregierung setzt in ihrem Regierungsprogramm gleichzeitig einen Schwerpunkt in der ökologischen Modernisierung: "Die ökologische Modernisierung ist die große Chance, um die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und mehr Arbeit zu schaffen."

Die Veranstalter des Kongresses "Bündnis für Arbeit um Umwelt" am 21. Oktober 1999 im Reichstag in Berlin, der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Hans-Böckler-Stiftung, die Friedrich-Ebert-Stiftung und der Deutsche Naturschutzring, unterstützen diese Ziele.

Die Verbindung von Arbeit und Umwelt ist ein wichtiges Ziel der ökologischen Modernisierung, mit dem ein Beitrag zur Entlastung der Umwelt und zur Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze geleistet werden kann. Deshalb regen wir an, die kurzfristig umsetzbaren Ziel der ökologischen Modernisierung mittelfristig für das Bündnis für Arbeit zum Abbau der Arbeitslosigkeit nutzbar zu machen.

*Deutscher Gewerkschaftsbund
Hans-Böckler-Stiftung
Friedrich-Ebert-Stiftung
Deutscher Naturschutzring*

Inhalt

Begrüßung	
<i>Nikolaus Simon</i> , Geschäftsführer der Hans-Böckler-Stiftung.....	7
<i>Ernst Breit</i> , Stellvertretender Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung	10
Umwelt ins Bündnis für Arbeit	
<i>Heinz Putzhammer</i> , Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)	13
Ökologische Modernisierung schafft zukunftsfähige Arbeitsplätze	
<i>Jürgen Trittin</i> , Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	20
Umweltrecht – Innovationsmotor für Umwelttechnologien	
<i>Dr. Paul Petter Aas</i> , Direktor, Norsk Hydro ASA, Oslo, Norwegen	30
Klimaschutz als Beschäftigungsprogramm	
<i>Michael Müller</i> , MdB, Vorsitzender der Naturfreunde, Mitglied des Präsidiums des Deutschen Naturschutzringes (DNR) und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.....	35
Dokumentation der Podiumsdiskussion und Plenumsdebatte: Zukunftsfähige Arbeitsplätze durch Innovation und ökologische Modernisierung – Ist das Bündnis für Arbeit zur Umsetzung bereit?	43
Kongreßprogramm	80

Begrüßung

Nikolaus Simon

Geschäftsführer der Hans-Böckler-Stiftung

Meine sehr geehrten Damen und Herren, um diese Veranstaltung heute auf den Weg zu bringen, haben sich vier Partner zusammengetan, der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Naturschutzring, die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Hans-Böckler-Stiftung, in deren Namen ich Sie herzlich hier begrüße.

Wir Stiftungen kooperieren häufig, legen unsere Ressourcen zusammen, um größere Veranstaltungen, größere Aktivitäten, Initiativen besser auf den Weg bringen zu können. Noch besser ist es, wenn über den Kreis der Stiftungen hinaus Signale, Impulse aufgenommen werden und die Einladung für Kooperation angenommen wird. Und wir freuen uns, daß es uns gelungen ist, mit dieser Veranstaltung in diese Richtung einer gesellschaftlichen Allianz, eines Bündnisses, eines Paktes, in diesem Fall für Arbeit und Umwelt, mit einem Anstoß geben zu können. Die Resonanz auf unseren gemeinsamen Beitrag zur ökologischen Modernisierung und zur Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze ist überwältigend. Wir bedanken uns für Ihr Interesse, und wir bedanken uns für Ihr Kommen.

Überwältigend ist in diesem Fall nicht übertrieben. Es sind 800 Personen, darunter Vertreter und Vertreterinnen von Unternehmensspitzen, Betriebs- und Personalräte, Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Verbänden, aus Gewerkschaften, des Handwerks, aus der Wissenschaft. Die Anmeldungen haben unseren Planungsrahmen schier gesprengt und, wie Sie sehen, uns dazu gezwungen, einiges so zu organisieren, wie es uns eigentlich nicht so angenehm ist. Wir haben gern alle Leute in einem Raum, können alle gleich ansprechen, das ist heute nicht der Fall. Ich bitte deshalb im Namen der Veranstalter ganz herzlich um Verständnis für Ungemach, das daraus erwachsen mag, daß wir nicht alle hier in einem Raum versammelt sind sondern die Veranstaltung zusätzlich in andere Räumlichkeiten per Bildschirm übertragen müssen. Wir haben uns aber bewußt dafür entschieden, Ihnen diese Improvisation zuzumuten und nicht der Hälfte derjenigen, die Interesse gezeigt haben, eine Absage zu schicken. Es dokumentiert sich für uns darin einer unserer Ansprüche, daß es möglich ist, sich ein pluralistisches, breit angelegtes Bündnis für Arbeit und Umwelt vorzustellen, das gesellschaftlich getragen wird. Und wie hätten wir es besser dokumentieren können als durch Ihre

Anwesenheit. Wenn Sie das auch so sehen, wenn Sie das Ungemach mit uns so teilen, dann bestärkt uns das in der Einschätzung, daß wir richtig gehandelt haben.

Die Veranstaltung wäre nicht zu organisieren gewesen ohne die unkonventionelle und engagierte Unterstützung der Reichstagsverwaltung oder Bundestagsverwaltung hier im Hause. Und von hier aus gleich zu Beginn ein ganz herzliches Dankeschön an alle, die uns hier im Hause geholfen haben. Ein großer Dank gilt auch den Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, die mit ihrer Unterstützung hier im Hause zum Gelingen der Veranstaltung ebenso beitragen, und wir hoffen, daß die Unterstützung sich auch auf die Inhalte und auf die Forderungen erstreckt und wir bei der Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen und Investitionen auf die gleiche politische Unterstützung rechnen können.

Es wäre auch für mich verlockend, jetzt zum Thema zu sprechen. Das will ich Ihnen aber ersparen, das ist ja nur eine kurze Begrüßung. Sie sollten mir aber erlauben, einige wenige Ausführungen zum Engagement der Hans-Böckler-Stiftung bei Arbeit und Umwelt zu machen: Wir forschen selbst. Wir haben ein eigenes Forschungsinstitut, das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut WSI; dieses Institut gibt die wissenschaftliche Zeitschrift *WSI-Mitteilungen* heraus. In Ihren Mappen finden Sie das jüngste Heft 9/99, ein Schwerpunktheft zum Bündnis für Arbeit und Umwelt. Werfen Sie einen Blick hinein, es würde uns freuen. Auch deshalb, weil selten die versammelten Beiträge der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu einem so einhelligen Grundtenor gelangen wie hier. Der Grundtenor ist: Eine aktive staatliche Umweltpolitik kann zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen, es müssen nur die entsprechenden rechtlichen und ökonomischen Instrumente eingesetzt werden, um mit Klimaschutz, Abfall- und Kreislaufwirtschaft, Umweltordnungsrecht und ökologischer Steuerreform die Umwelt zu entlasten und auch eben neue Arbeit aufzubauen. Die Hans-Böckler-Stiftung betreibt nicht nur selbst Forschung, sie fördert und initiiert im großen Umfang auch Forschung in den Hochschulen zu Themen der Arbeitswelt und zur sozialen Gestaltung der Gesellschaft. Wir konnten kürzlich eine europäische Vergleichsstudie zur Kraftwärmekopplung vorlegen, die erneut belegt, daß mit einem Ausbau der Kraftwärmekopplung der CO₂-

Ausstoß rasch gesenkt und Beschäftigung in Industrie und Handwerk geschaffen werden kann. Ich mache jetzt keine Liste all der Forschungsprojekte, die wir in dem Bereich gemacht haben, dies war nur stellvertretend. Eines dieser Projekte will ich aber doch noch erwähnen. Wir haben ein großes Verbundprojekt mit dem Titel "Arbeit und Ökologie" auf den Weg gebracht, an dem das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, das Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie und das Wissenschaftszentrum Berlin sowie das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung mitwirken. Und wir wollen als Hans-Böckler-Stiftung damit Grundlagen für Strategien zum nachhaltigen Wirtschaften, nicht nur für die Gewerkschaften, sondern insgesamt zur Beförderung der Diskussion liefern. Es geht um das ewige Problem Ökonomie/Ökologie und das, was uns heute ja auch beschäftigen wird. Die Ergebnisse werden wir breit publizieren. Nicht zuletzt berät die Hans-Böckler-Stiftung in Betrieben und Verwaltungen auch zu Fragen von Arbeit und Umwelt, das will ich nicht unerwähnt lassen.

Wir brauchen die breite gesellschaftliche Allianz für das Bündnis für Arbeit und Umwelt. Wir brauchen aber vor allem mehr Verantwortungsübernahme, wenn es um die Implementierung von Lösungen, Konzepten und Ideen geht. Wir brauchen Investitionen in Umweltschutz und Umweltprodukte und Umweltdienstleistungen. Hier dürfen die Gebietskörperschaften, vor allem die Städte und Gemeinden, nicht am falschen Platz sparen, so wichtig sparen ist. Diese Investitionen sollten als rentierliche Investition unter einem anderen Blickwinkel betrachtet werden. Ich bin gespannt auf die Beiträge des heutigen Tages, bedanke mich schon jetzt bei allen Mitwirkenden und bei Ihnen als unseren Gästen. Ich wünsche dieser Tagung einen erfolgreichen Verlauf und für Mensch und Natur, daß sie Anstoß für Handeln sein möge.

Begrüßung

Ernst Breit

Stellvertretender Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
Eröffnungen und Begrüßungen auf einem Kongreß, der ein so wichtiges Thema wie das "Bündnis für Arbeit und Umwelt" behandelt, müssen kurz sein. Denn wir wollen schnell zur Sache kommen.

Wir *müssen* schnell zur Sache kommen. Wir müssen vor allem auch rasch zu *Entscheidungen* kommen. Denn die Arbeitslosigkeit in unserer Republik, aber auch die drängenden Probleme der ökologischen Modernisierung und Umgestaltung unserer Wirtschaft, – kurz, die Themen, die uns heute beschäftigen werden – dulden keinen Aufschub mehr.

Unsere Ungeduld ist begründet. Ich habe, als ich mich auf diese Tagung vorbereitete, in meinen Archiven geblättert. Erlauben Sie mir, daraus zu zitieren: "Arbeit und Umwelt gehören zusammen. Für die Gewerkschaften gibt es keine Entscheidung *zwischen* Arbeit und Umwelt. Nur eine Entscheidung für mehr Arbeitsplätze *und* mehr Umweltschutz. Mehr Umweltschutz bedeutet sichere Arbeitsplätze. Wenn z.B. durch mehr Umweltschutz das Waldsterben gebremst wird, bleiben Hunderttausende von Arbeitsplätzen in der Forst- und Landwirtschaft, in den Fremdenverkehrsregionen erhalten.

Mehr Umweltschutz bedeutet mehr Arbeitsplätze. Die Zahl der durch Umweltschutz direkt oder indirekt beschäftigten Arbeitnehmer weist – trotz unzureichender Umweltschutzmaßnahmen – eine deutliche Steigerung auf. Ihre Zahl stieg seit 1975 von 280.000 auf 380.000 im Jahr 1980 und beträgt ca. 410.000 im Jahre 1984. Wir brauchen mehr Umweltschutz. Für unsere Zukunft. Und für die Zukunft unserer Arbeitsplätze." Ende des Zitats. Dieser Text ist 15 Jahre alt. Er stammt aus der Zeit, als ich als Vorsitzender des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes in den 80er Jahren mithelfen konnte, u.a. durch Initiativen und Kongresse unter den Titeln "Arbeit und Umwelt" oder "Umweltschutz und qualitatives Wachstum" unser heutiges Thema anzustoßen.

Wir haben uns 1984 bei damals etwa 2 Millionen Arbeitslosen eine Zukunft mit vier Millionen Menschen ohne Beschäftigung nicht vorstellen wollen und können. Aber wir haben damals bereits auf die Arbeitsplatzeffekte durch Umweltschutz hingewiesen. Diese Argumente gelten heute mehr denn je. Aus den erwähnten 410.000

Arbeitsplätzen von 1984 sind übrigens bis 1994 bereits 1 Million geworden.

Deshalb ist es dringend notwendig, daß die rot-grüne Bundesregierung jetzt zügig jene ökologische Modernisierung aktiv umsetzt, die, nach ihren eigenen Worten, die große Chance darstellt, mehr Arbeit zu schaffen.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung, als deren Vertreter ich Sie hier willkommen heiße, hat seit Jahren durch Kongresse, Analysen und Gutachten praktische Wege aufgezeigt, ökologische Erneuerung als Motor der ökonomischen Modernisierung zu nutzen.

Mich freut ganz besonders, wie gerade Nikolaus Simon ausgeführt hat, daß wir uns hier in einer breiten gemeinsamen Initiative zusammengefunden haben: Der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Hans-Böckler-Stiftung, der Deutsche Naturschutzring als Dachverband der deutschen Naturschutz- und Umweltschutzverbände mit seinen rund 5,2 Millionen Mitgliedern und meine Institution, die Friedrich-Ebert-Stiftung.

Bedeutungsvoll ist auch, daß wir diese Initiative an einem Ort vorantreiben, dem Reichstagsgebäude als Sitz des Deutschen Bundestages, an dem die entscheidenden Weichenstellungen der deutschen Politik vorgenommen werden. Wir danken der SPD-Bundestagsfraktion für ihre Gastfreundschaft und begreifen diese Geste als Ausdruck der Verbundenheit mit den Zielen unserer Konferenz.

Für die Friedrich-Ebert-Stiftung, und ich bin sicher, auch für unsere Partner, sind drei einfache Sachverhalte wesentlich, um die es heute gehen wird:

Erstens: Ökonomie und Ökologie sind keine Gegensätze, sondern zwei Seiten der gleichen Medaille. Das heißt einerseits: ein Wirtschaftssystem, das keinen verantwortungsvollen Umgang mit den natürlichen Ressourcen als integrierten Teil seiner Produktion anerkennt, verliert nicht nur seine Akzeptanz in der Gesellschaft, es verliert auch seine Wettbewerbsfähigkeit. Das heißt andererseits: ökologisch verantwortliches Handeln lohnt sich, rechnet sich, auch betriebs- und volkswirtschaftlich. Wir werden das heute noch einmal ausführlich diskutieren und belegen.

Zweitens: Wirtschaftliches Wachstum und ökonomischer Fortschritt sind nur dann erstrebenswerte gesellschaftliche Ziele, wenn alle daran angemessen teilhaben. Massenhafte Arbeitslosigkeit ist eines der entscheidenden Hemmnisse für wirtschaftliches Wachstum und für diese Teilhabe. Sie zu überwinden, ist heute die zentrale gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Herausforderung.

Drittens: Ein Bündnis für Arbeit braucht konkrete Perspektiven und Instrumente. Bündnisse werden nicht aus Liebe geschlossen, sondern weil die Beteiligten Vorteile aus der Allianz haben. Das Potential der ökologischen Modernisierung bietet diese Vorteile – das ist das Thema unserer heutigen Konferenz.

Diese Tagung sollte der Ausgangspunkt sein, ein Bündnis für Arbeit und Umwelt breit zu verankern. Ein solches Bündnis braucht eine breite Basis von Personen, Institutionen und Organisationen. Und es braucht bald konkrete Entscheidungen.

Ihre Anwesenheit und die massive Resonanz auf unsere Einladung machen uns optimistisch, daß es gelingen kann, in den nächsten Wochen und Monaten dieses Thema an vielen anderen Orten mit vielen anderen Menschen weiter zu vertiefen. Mit Ihrer Hilfe. Mit den Argumenten, Vorschlägen, Erfahrungen und Visionen, die wir heute gemeinsam entwickeln und austauschen wollen.

Adressaten dieser Ideen sind die Teilnehmer des Bündnisses für Arbeit, sind die Politik, die Wirtschaft und die Gewerkschaften. Ist auch und besonders die rot-grüne Bundesregierung. Und ist schließlich die Öffentlichkeit insgesamt. Denn Arbeit und Umwelt sind zwei zentrale alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes betreffende Bereiche.

Bundespräsident Johannes Rau hat in der vergangenen Woche unser heutiges Thema aufgegriffen. Seine Worte sind auch ein Leitmotiv für unsere Beratungen. Er sagte: "Arbeit und Umwelt gehören zusammen. Aber die ökologische Frage soll und darf nicht so beantwortet werden, daß sich dadurch soziale Fragen neu oder verschärft stellen. Ein Bündnis für Arbeit *und* Umwelt ist möglich."

Diese Worte des Bundespräsidenten finden unsere volle Zustimmung.

Ich wünsche Ihnen und uns eine fruchtbare Debatte und bin sicher, daß wir heute nachmittag am Ende unserer Konferenz einen Schritt weiter gekommen sein werden. Lassen Sie uns ans Werk gehen!

Umwelt ins Bündnis für Arbeit

Heinz Putzhammer

Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des
Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)

Die große Resonanz, die diese Tagung bereits im Vorfeld gefunden hat, zeigt, daß wir mit dem "Bündnis für Arbeit und Umwelt" auf dem richtigen Weg sind.

Was ist der Grund unserer Initiative, Umwelt in das Bündnis für Arbeit zu integrieren?

Bei unserem heutigen Thema geht es um kurzfristig erreichbare Ziele und praktische Maßnahmen. Mit anderen Worten: um praktische Politik, mit dem Ziel, das, was heute möglich ist, jetzt auch für die Umwelt und die Arbeitslosen zu tun. Denn viele Menschen haben mit dem Regierungswechsel die Erwartung verbunden, daß mit dem rot-grünen Regierungswechsel auch ein Politikwechsel in der Umweltpolitik stattfindet und die ökologische Modernisierung des Landes wieder an Fahrt gewinnt. Allerdings: Nach einem Jahr rot-grüner Umweltpolitik ist die Bilanz noch nicht befriedigend. Um nur zwei Beispiele zu nennen:

Die Koalitionsvereinbarung der Bundesregierung ist eine gute Grundlage, doch die sozial-ökologische Reformstrategie ist erst in Ansätzen sichtbar. Ohne Zweifel, einzelne Erfolge gibt es, wie zum Beispiel das 100.000 Dächerprogramm, aber es gibt keine umfassende Strategie. Um Fortschritte zu erreichen, wollen wir mithelfen und unsere Unterstützung anbieten. Unser Land ist mit zwei großen Herausforderungen konfrontiert: zum einen die fortschreitende Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen und zum anderen die dramatisch hohe Massenarbeitslosigkeit. Feststellen müssen wir: In beiden Bereichen – Massenarbeitslosigkeit und Umweltzerstörung – fehlt es noch an konkreten Maßnahmen und an einer zusammenhängenden Strategie, die den zu lösenden Problemen angemessen wären. Lassen sie mich als Beispiel die in vier Tagen beginnende internationale Klima-Konferenz in Bonn aufgreifen. Angesichts weltweit zunehmender Wirbelstürme, Überschwemmungen und des drohenden Temperaturanstiegs muß sie in einem nur begrenzt zur Verfügung stehenden Zeitraum notwendige Entscheidungen treffen. Dies zeigt: Wir befinden uns durchaus mitten in einem existenziellen Wettlauf, die

lebensbedrohliche Natur- und Umweltzerstörung durch ein ökologisch verträgliches Wirtschaften zu ersetzen. Der Vorstoß von BDI-Chef Henkel, wenige Tage vor dieser Konferenz durch einen Brief an Bundeskanzler Schröder sich aus der eigenen freiwilligen Selbstverpflichtung zum Klimaschutz zu verabschieden, wird vom BDI mit dem Wettbewerbsargument begründet. Diese Argumentation fällt bei Bundeskanzler Schröder immer auf fruchtbaren Boden. Sie hat nur einen entscheidenden Nachteil: Das Wettbewerbsargument wird von der Natur nicht akzeptiert! Außerdem könnte man mit diesem Argument alle Bemühungen zur nachhaltigen Entwicklung beerdigen. Ewig dauernde Strategiediskussionen und Verhandlungen ohne konkret umsetzbare Ergebnisse können wir uns zeitlich nicht unbegrenzt erlauben. Deshalb brauchen wir jetzt Entscheidungen und konkrete Maßnahmen, die jetzt und nicht erst in fünf, zehn oder 20 Jahren umgesetzt werden. Unsere Gesellschaft droht sonst, die positive Perspektive der gemeinsamen Gestaltung ihrer Zukunft zu verlieren. Wir sind der Auffassung, daß die Verbindung von Arbeit und Umwelt einen Beitrag leisten kann, die Umwelt zu entlasten und zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen. Wir wollen der Umwelt und den Arbeitslosen mit einer gemeinsamen Strategie helfen. Deshalb wollen wir ein Bündnis für Arbeit und Umwelt. Zukunftsfähig wird unsere Gesellschaft dann, wenn es gelingt, in gemeinsamer Anstrengung soziale Gerechtigkeit, umweltschonende Produktion und Konsum mit einer leistungsfähigen Wirtschaft zu verbinden. Dies erfordert mit Sicherheit auch einen langen Atem. Nikolaus Simon hat auf das Forschungsprojekt der Hans-Böckler-Stiftung hingewiesen, das sich mehr mit den langfristigen Zielen nachhaltiger Entwicklung beschäftigt. Langfristig denken heißt nicht, Probleme auf die lange Bank zu schieben. Uns geht es jetzt darum, möglichst rasch alle gesellschaftlichen Kräfte zu mobilisieren und praktikable konkrete Handlungsvorschläge gemeinsam mit Bundesregierung, Wirtschaft und Gewerkschaften umzusetzen. Es geht auch darum, bisherige ideologische Debatten der Umweltpolitik in den Hintergrund zu stellen und nach konkreten Maßnahmen und Umweltinvestitionsfeldern zu suchen, deren kurzfristige

Umsetzung im Interesse aller Beteiligten liegt. Darin sehe ich den Schlüssel zum Erfolg.

Eine zukunftsfähige Entwicklung verlangt gezieltes Wachsen und Schrumpfen, die Verlagerung auf ökologische und sozialverträgliche Produktion, Produkte und Dienstleistungen, neue Formen des Arbeitens und Zusammenlebens, ein neues Verständnis von Wohlstand und Fortschritt. Die sozial-ökologische Modernisierung ist eine große Gemeinschaftsanstrengung. Sie bedarf aber auch der Solidarität und der gerechten Verteilung von Chancen und Lasten.

Der DGB erwartet, daß im Rahmen einer sozial-ökologischen Reformstrategie der Sozialstaat Arbeit und Beschäftigung in den Mittelpunkt stellt und darauf seine Finanz-, Wirtschafts- und Steuerpolitik ausrichtet. Im Zentrum muß dabei stehen, den Faktor Arbeit zu entlasten und den Energie- und Rohstoffverbrauch zu verteuern. Der Strategiewechsel heißt, wir brauchen nicht nur eine Steigerung der Arbeitsproduktivität, sondern auch eine Steigerung der Energie- und Ressourcenproduktivität. Sonst droht die Arbeitslosigkeit sich auf einem hohen Niveau zu verfestigen.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist die oberste politische Priorität der Bundesregierung. Daran werden wir ihren politischen Erfolg messen. Die rot-grüne Regierung wird aber auch an ihren umweltpolitischen Ergebnissen gemessen.

Nach Auffassung des DGB kann die Verknüpfung von Umweltpolitik und Beschäftigungspolitik ein Schlüssel zum Erfolg in beiden Politikfeldern sein. Es muß gelingen, Umweltpolitik zum Beschäftigungsmotor zu machen, dann wird das Bündnis für Arbeit auch ein Bündnis für Arbeit und Umwelt sein.

Dabei verschweigen wir nicht, daß es im Spannungsverhältnis zwischen Ökonomie und Ökologie soziale Konflikte gibt. Wir sind uns darüber im Klaren, daß bei allen positiven Beschäftigungseffekten, im Einzelfall nicht immer da, wo vielleicht ein Arbeitsplatz wegfällt, gleichzeitig auch ein neuer in unmittelbarer Nachbarschaft entsteht.

Nachhaltige Entwicklung ist unser Ziel, dies wird im stärkeren Umfang integrierte Technologien erfordern, die auch weniger beschäftigungsintensiv sein können. Aber: Wer das Bündnis zwischen Arbeit und Umwelt nicht sucht, wird die Zukunft mit noch viel größeren Gefahren, Risiken und Konflikten belasten.

Zur Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze ist die ökologische Modernisierung stärker in praktische Regierungspolitik umzusetzen. Der DGB schlägt daher vor, hierzu kurzfristig umsetzbare Ziele der ökologischen Modernisierung festzulegen und die positiven Beschäftigungseffekte zum Abbau der Arbeitslosigkeit im Bündnis für Arbeit zu nutzen. Im Bündnis für Arbeit Umweltzerstörung und Arbeitslosigkeit gleichzeitig zu bekämpfen, ist das Gebot der politischen Vernunft.

Mit seiner Initiative hat der DGB den Fachdialog Umwelt im Bündnis für Arbeit angestoßen. Hierzu hat der DGB mit seinen Gewerkschaften das Ihnen vorliegende DGB-Positionspapier erarbeitet und in das Bündnis für Arbeit eingebracht.

Das Positionspapier basiert auf fünf Säulen:

- Stärkung des Umweltordnungsrechts
- Einsatz von marktwirtschaftlichen Instrumenten der Umweltpolitik
- Stärkung der Eigenverantwortung im Umweltschutz
- Ausbau von FuE, Bildung und Forschung
- Stärkung der Beteiligung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften

Ein Baustein daraus, die energetische Sanierung des Gebäudebestandes, befindet sich bereits auf dem Weg der Umsetzung, da die Kreditanstalt für Wiederaufbau ein Förderprogramm in Höhe von 4 Milliarden DM zur "CO₂-Minderung im Gebäudebestand" in der zweiten Sitzung des Fachdialoges Umwelt zugesagt hat.

Mit ein weiterer Grund für die DGB-Initiative, Umwelt in das Bündnis für Arbeit zu integrieren, war auch die Tatsache, daß in Westdeutschland die

Umweltinvestitionen des Staates und des produzierenden Gewerbes im Zeitraum von 1992 bis 1995 um rund fünf Milliarden DM zurückgegangen sind. Dies ergibt sich aus den Umweltdaten des Statistischen Bundesamtes. Der Vorsitzende der Umweltkommission des Bundesverbandes der Mittelständischen Wirtschaft hat im Oktober 1998 auf den Umwelttagen der Mittelständischen Wirtschaft die aktuellen Berechnungen der Unternehmensberatung Kaiser zum Export von Umwelttechnologien vorgetragen. Er hat dabei festgestellt, daß der ehemalige Exportweltmeister im Bereich des Exports von Umwelttechnologien seine Spitzenposition eingebüßt hat. Auch dies war ein Grund für die DGB-Initiative "Umwelt ins Bündnis für Arbeit". Denn wer hier tatenlos zusieht, riskiert nicht nur ein Fortschreiten der Umweltzerstörung und Risiken für die Gesundheit, sondern auch eine Vernichtung von Arbeitsplätzen im Umweltbereich.

Bereits die Vorgängerregierung wurde vom Sachverständigenrat für Umweltfragen vor einer zukunftsgefährdenden Vernachlässigung des Umweltschutzes gewarnt und die Politiker wurden dringend zum Handeln aufgefordert. Von der rot-grünen Bundesregierung erwarte ich deshalb, daß sie diesen negativen Trend mit einer aktiven staatlichen Umweltpolitik umkehrt. Denn aktive staatliche Umweltpolitik hat bis zu Beginn der 90er Jahre zu steigenden Umweltschutzinvestitionen und damit auch zu steigender Beschäftigung im Bereich des Umweltschutzes geführt. Rund 1 Million Arbeitsplätze im Umweltschutz sind eine positive Bilanz. Auch beim Export von Umweltschutztechnologien hat dies der Bundesrepublik auf dem Weltmarkt einen Spitzenplatz gebracht. Grundlage für diese Innovationen im Umweltbereich waren nicht die Unternehmen selbst, sondern eine am

Vorsorgeprinzip orientierte Umweltpolitik und Anforderungen der Umweltpolitik, die sich am Stand der Technik orientiert haben. Deshalb ist an diese aktive Umweltpolitik wieder anzuknüpfen, da hierdurch notwendige Umweltinvestitionen, Umweltentlastungen sowie umweltverträgliche und gesundheitsverträgliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Deregulierung bringt unsere Gesellschaft nicht weiter.

Um an die vorgenannte positive Entwicklung wieder anzuschließen, haben wir in dem vorliegenden DGB-Positionspapier 79 Maßnahmen und Investitionsvorschläge entwickelt. Die Vorschläge umfassen 10 Themenbereiche: Vom Gewässerschutz über Abfall, Klimaschutz bis hin zum Export von Umwelttechnologien. In der Umsetzung der DGB-Vorschläge steckt ein Beschäftigungspotential von schätzungsweise 500.000 Arbeitsplätzen. Dabei geht es uns nicht um die absolute Zahl, denn Sie wissen wie wir, daß diese Schätzungen von Annahmen und Randbedingungen ausgehen. Dies wollen wir dem wissenschaftlichen Streit überlassen. Bestätigung sehen wir allerdings in der von Prognos angefertigten und fast zeitgleich vorgelegten Greenpeace-Studie, die als Randbedingung keine Fördermöglichkeiten und gesetzliche Verschärfungen annimmt. Trotz dieses restriktiven Ansatzes kommt sie zu immerhin 163.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen im Umweltbereich.

Deshalb haben wir unser Positionspapier Wissenschaftlern mehrerer Forschungsinstitute vorgelegt, denn auch wir brauchen ihre Ideen und ihren kritischen Geist. Die Ergebnisse finden sie in dem Ihnen vorliegenden WSI-Heft "Bündnis für Arbeit und Umwelt". Die Beschäftigungspotentiale sind offensichtlich vorhanden, nur sie werden nicht genutzt. Nach unserer Auffassung ist die Politik gefordert, jetzt zu handeln! Wo liegen die Beschäftigungspotentiale? Hierzu einige Beispiele aus den DGB-Vorschlägen: Allein durch die Verschärfung der Wärmeschutzverordnung könnten nach Berechnungen der IG Bauern-Agrar-Umwelt im Baugewerbe 80.000 Jobs entstehen. Arbeitsplätze entstehen zum Beispiel durch energetische Sanierung des Altbauwohnungsbestandes (Wärmeisolierung bei Keller, Wänden, Dach und Fenster). Hinzu kommen muß die Erneuerung veralteter Heizungsanlagen. Durch rechtsverbindliche Umsetzung der Altauto-Verordnung wäre nach Angaben der Recycling-Betriebe mit rund 30.000 Arbeitsplätzen im Recycling, in Anlagen zur Wiederverwendung und Wiederverwertung, Demontage usw. zu rechnen. Bei der gezielten Nutzung der Photovoltaik und Windenergie, so eine Studie der Fraunhofer-Gesellschaft, erhalten insgesamt 30.000 Personen eine Arbeit. Bei der rechtsverbindlichen Umsetzung einer breit angelegten Elektronik-Schrottverordnung würden sich laut IG Metall – je nach Firmenkonzept – bis 43.000

Arbeitsplätze schaffen lassen, bundesdurchschnittlich etwa 9.000 Arbeitsplätze allein im Demontagebereich. Um die Luftverschmutzung, insbesondere in Ballungsräumen zu reduzieren, sind Rahmenbedingungen zu setzen, um fortschrittliche Technologien des "sauberen Antriebs" zum Durchbruch und zur stärkeren Anwendung in der Praxis zu verhelfen. Beispiele sind: E-Mobil, Brennstoffzelle, Hybridauto, 3-Liter-Auto, Null-Liter-Auto (Preßluftantrieb), Erdgasantrieb, Wasserstoffantrieb. Dies schafft Arbeitsplätze im Bereich Forschung, Entwicklung und Produktion. Notwendig ist die Förderung des Exports von Umwelttechnologien durch Setzung von Umweltstandards auf hohem Niveau in Europa sowie auf internationaler Ebene, durch bessere Erschließung und Nutzung für die produzierende Umwelttechnologieindustrie sowie Umweltdienstleister und durch befristete Markteinführungshilfen für fortschrittliche Umwelttechnologien sowie den Aufbau von Fachpersonal für Umwelttechnologieexport. Notwendig ist auch, im Bereich Aus- und Weiterbildung den Umweltschutz angemessen zu berücksichtigen. Neben den neuen typischen Umweltberufen wie Ver- und Entsorger werden in den klassischen Berufen umweltbezogene Kenntnisse immer wichtiger. Deshalb sind Umweltschutz und soziale Kompetenz stärker in die Ausbildungsprogramme von Schulen, Berufsschulen, Fachhochschulen und Universitäten zu integrieren. Dies sind nur einige von vielen Beispielen aus dem Maßnahmenpaket des DGB. Sie zeigen aber deutlich, wie Beschäftigungspolitik und Umweltpolitik Hand in Hand gehen können. Die Frage, die sich stellt: Wie kommen wir im Bündnis für Arbeit und Umwelt letztlich voran? Werden zukünftig die Unternehmen tatsächlich die Stärkung der Eigenverantwortung im Umweltschutz ernst nehmen und alles freiwillig tun? Mit Sorge beobachten wir den Kurswechsel der bei der grünen Partei von Bündnis 90/Die Grünen diskutiert wird. So war zumindest vor drei Wochen im Handelsblatt nachzulesen, ich zitiere: "Mit einem Appell für mehr Deregulierung, Marktfreiheit und Liberalisierung streben die Grünen ein wirtschaftsfreundlicheres Profil an." Ich sage dazu: Nur die Starken können sich einen schwachen Staat leisten. Dies gilt im übertragenen Sinne auch für die Umwelt. Denn die Natur sitzt bei den Verhandlungen zwischen Kapital und Arbeit nicht mit an dem "runden Tisch". Sie hat keine starke Lobby. Wer anders als der Staat soll sie vertreten? Die Staatszielbestimmung im Grundgesetz unterstreicht, daß der Staat sich nicht aus der Verantwortung stehlen kann. Ich denke, aus unserer Erfahrung brauchen wir heute eine aktive staatliche Umweltpolitik, wir brauchen mehr Umweltschutz, der geeignet ist, zum Motor für ökologische Modernisierung, Innovation, Investition und Beschäftigung zu werden.

Um die notwendigen Entscheidungen zu treffen und die Weichen für ein Bündnis für Arbeit und Umwelt richtig zu stellen, ist grundsätzlich folgendes zu beachten: Selbst umweltengagierte Unternehmen, die sich die Stärkung der Eigenverantwortung im Umweltschutz auf das Papier geschrieben haben, beispielsweise Umweltmanagementsysteme eingeführt haben, werden auch zukünftig Erfolge nur in Bereichen erzielen können, in denen sich der Umweltschutz auch tatsächlich rechnet. Beispiele hierfür sind Energieeinsparung, Ressourcenschonung, Wassereinsparung und Abfallvermeidung.

In den Bereichen, in denen Umweltschutz betriebswirtschaftliche Kosten verursacht, sind die Unternehmen, auch umweltengagierte Unternehmen, überfordert, ein Eigeninteresse an mehr Umweltschutz zu entwickeln. Denn sie können nicht mehr Umweltschutz betreiben als ihre Mitwettbewerber, mit denen sie in Konkurrenz stehen. Deshalb muß der Staat die notwendigen umweltpolitischen Rahmenbedingungen setzen, deren Umsetzung garantieren und deren Einhaltung überwachen.

Der Beitrag, den heute umweltengagierte Unternehmen bereits leisten, ist gut. Für die Zukunftsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft brauchen wir aber den Beitrag aller Unternehmen, ich betone, *aller* Unternehmen. Deshalb brauchen wir auch wieder eine aktive staatliche Umweltpolitik, die den Unternehmen gleiche ökologische Wettbewerbsbedingungen sichert. Dabei müssen die erforderlichen Instrumente und Rahmenbedingungen für mehr Umweltschutz und Beschäftigung so gestaltet und eingesetzt werden, daß zukunftsfähige Produktion und Produkte auch ökonomisch belohnt und nicht bestraft werden.

Lassen sie mich dies an einem positiven und an einem negativen aktuellen Beispiel verdeutlichen:

Positiv: Die neue Energiesparverordnung, die am 1. Januar 2000 in Kraft tritt, verringert beim Niedrigenergiehaus den Energiebedarf um ein Viertel, fördert die Wärmerückgewinnungstechnologien und baut zukunftsfähige Beschäftigung auf.

Negativ: Nach Angaben des Bundesverbandes Windenergie (BWE) vom 15. Oktober 1999 führt die derzeitige Unklarheit über die erforderliche Neuregelung des Stromeinspeisegesetzes zu einem Investitionsstau in Höhe von 1 Milliarde DM in der "Windbranche", die mit rund 20.000 Arbeitsplätzen zu einer der aufstrebenden Industrien in Deutschland gehört. Windenergieinvestoren stehen bereit, aber können nicht investieren, "Grüner Strom" wird nicht produziert und zukunftsfähige Beschäftigung wird nicht aufgebaut.

Diese Beispiele zeigen, wie wichtig die Umweltgesetzgebung für das Anschieben von Umweltinvestitionen sowie "Umwelt und Beschäftigung" sind. Freiwillige Selbstverpflichtungen und Umweltmanagementsysteme sind ergänzend zum Ordnungsrecht nötig, sofern sie rechtsverbindlich konstruiert sind und sie nachweislich eine Umweltleistung des Unternehmens

erbringen, die über die vom Gesetzgeber verlangten Anforderungen hinausgeht.

Das nationale Umweltrecht ist stärker am Vorsorgeprinzip zu orientieren und auf den aktuellen Stand der Technik hin zu überprüfen. Bei der Harmonisierung von Umweltvorschriften der Europäischen Union sollte der Stand der Technik die Grundlage bilden, um ökologische Wettbewerbsverzerrungen zum Nachteil deutscher Unternehmen in Europa zu vermeiden. Zusätzliche Anreize können den Unternehmen auch durch den Ausbau des Umwelthaftungsrechts gegeben werden. Ergänzend müssen auch Förderprogramme und förderpolitische Instrumente zum Einsatz kommen, die die ökologische Modernisierungs- und Innovationsstrategie unterstützen.

Alle Instrumente sind so auszuwählen und einzusetzen, daß sie die größtmögliche Effizienz im Hinblick auf Umwelt und Beschäftigung entwickeln. Eine ideologisch motivierte Instrumentendebatte hat sich als nicht zielführend herausgestellt.

Zukunftsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft bedeutet aber auch, daß Betroffene zu Beteiligten werden müssen, um diesen Prozeß zu gestalten. Dies setzt eine Stärkung der Rechte der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften bei der Gestaltung der Umweltgesetzgebung bis hin zum Umweltschutz im Betrieb voraus. Informationsrechte, Qualifizierung und Beteiligungsrechte der Arbeitnehmer sind daher auszubauen. Denn für die Gewerkschaften heißt in vielen Fällen, daß Umweltschutz gleichzeitig auch einen gewissen Schutz der Gesundheit der Arbeitnehmer im Betrieb, aber auch den immissionsschutzrechtlichen Nachbarschaftsschutz sicherstellen muß.

Zu stärken und verbindlicher zu gestalten ist auch die umweltorientierte Unternehmensführung bis hin zur Einbeziehung des Innovationspotentials der Beschäftigten im Umweltschutz.

Die Regierung ist angetreten, die ökologische Modernisierung und die Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze mit Hilfe einer sozial-ökologischen Reformstrategie umzusetzen. Deshalb braucht das Bündnis für Arbeit eine umweltpolitische Orientierung, damit das Bündnis zwischen Arbeit und Umwelt gelingt. Das Bündnis für Arbeit und Umwelt könnte zu einem Erfolgsmodell der rot-grünen Bundesregierung werden. Dafür will der DGB die Unterstützung der Regierung, der Wirtschaft, der Umweltverbände und anderer gesellschaftlicher Gruppen gewinnen.

Ökologische Modernisierung schafft zukunftsfähige Arbeitsplätze

Jürgen Trittin

Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich danke dem DGB, der Hans-Böckler-Stiftung, der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Deutschen Naturschutzring dafür, daß diese so gut nachgefragte gemeinsame Veranstaltung hier stattfinden kann. Ich sehe, daß ein tatsächliches Bedürfnis besteht, einen Fortgang und einen Erfolg für ein Bündnis für Arbeit und Umwelt zu organisieren.

Ich will zu Anfang auf die beiden Kernthesen eingehen, um die es bei diesem Bündnis für Arbeit und Umwelt geht. Es geht darum, das Grundbedürfnis von Menschen nach sinnstiftender und qualifizierter Arbeit zu erfüllen und damit auch den heute arbeitslosen Menschen, gerade auch Jugendlichen, eine sinnvolle Lebensperspektive zu geben; denn Arbeitslosigkeit ist nicht nur eine Frage materieller Verelendung. Sie geht einher auch und gerade mit gesellschaftlicher Ausgrenzung. Und es geht zweitens bei den Diskussionen auch darum, die Bundesrepublik Deutschland bei gleichzeitiger Berücksichtigung von Ökonomie, sozialer Leistungsfähigkeit und Ökologie wettbewerbsfähig zu halten. Diese beiden Dinge zusammenzubringen, entscheidet über die Zukunft unserer Gesellschaft. Hier heißt es selbstverständlich für viele, auch über den Schatten ihrer unmittelbaren partikularen und teilweise sich sicher durchaus antagonistisch gegenüberstehenden Interessen hinwegzuspringen.

Wir haben als Bundesregierung – der Kollege Putzhammer hat darauf hingewiesen – über die Koalitionsvereinbarung das Ziel geschrieben, Massenarbeitslosigkeit in diesem Lande zu bekämpfen, zu senken. Wir sind zur Erreichung dieses Ziels auf die Mitarbeit von Gewerkschaften wie Unternehmen angewiesen. Das ist der Grund, warum wir so beharrlich als Bundesregierung an dem Instrument eines Bündnisses für Arbeit und Umwelt festhalten, wissend um die Schranken und Beschränkungen eines solchen Instrumentes. Und ich füge hinzu, wissend, daß ein solches Bündnis natürlich nicht das, wofür Politikerinnen und Politiker gewählt werden, nämlich letztendlich dann Entscheidungen auch zu treffen, ersetzen kann. Wir

wissen, daß in solchen Bündnissen Erfolge nicht kurzfristig erreicht werden können. Aber es geht darum, aktuell Weichenstellungen zu treffen, die langfristig und nachhaltig Wirkung haben für die weitere Entwicklung dieser Gesellschaft. Das kann kurzfristig geschehen. Es gilt selbstverständlich bei solchen diskursiven Einrichtungen wie Bündnisse für Arbeit oder Runde Tische nicht darum, der Gesellschaft vorzugaukeln, wir seien eine Gesellschaft ohne unterschiedliche und auch widersprüchliche Interessen, eine Gesellschaft ohne Konflikt. Nur dem Konsens und dem allgemeinen "Heuteitei" verpflichtet. Nein, wir glauben, daß es Konsens in einer Gesellschaft nur gibt, wenn man den Raum läßt, Konflikte auch zu benennen und auszutragen, aber immer mit dem Willen, im Interesse einer Gesamtlösung dann zu einem Kompromiß zu kommen. Ich kann an dieser Stelle auch vor dem Hintergrund mancher aufgeregter Diskussion in anderen Bereichen des Bündnisses für Arbeit nur nachdrücklich dafür plädieren und appellieren, solche Diskussionen, die Möglichkeit zum Kompromiß, zur Dialogbereitschaft nicht bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit mit der Drohung, dieses Instrument der Konsensfindung zu verlassen, zu belasten.

Wir haben uns als Bundesregierung nachdrücklich zum Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung bekannt. Dazu gehört als zentrale Aufgabe die ökologische Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Es ist richtig, daß damit vielfach Ängste verbunden sind, ja, daß "Ökologie" und "Modernisierung" Schreckensworte für viele sind. Machen wir uns nichts vor. Sie wissen es besser: das ist auch in den Betrieben so. Ökologie, Modernisierung, jedes Wort für sich löst schon bei vielen Kolleginnen und Kollegen erst mal Ängste und Befürchtungen aus. Aber ich glaube, wenn wir das ruhig betrachten, stellt sich heraus, daß in diesen beiden Begriffen nicht nur Veränderung, sondern auch Chancen stecken. Und es gilt dann auch, in schwierigen Situationen zu den eigenen Erkenntnissen zu stehen. Kollege Putzhammer hat ja recht, wenn er darauf verweist, daß wir im Rahmen einer ökologischen Modernisierungsstrategie wegkommen müssen von einer Betrachtung von Umweltschutz als der Bekämpfung des einen Verschmutzers. Denn wenn wir integrierten

Umweltschutz betreiben, kommen wir sehr schnell zu der Erkenntnis, daß – übrigens aufgrund auch des täglichen Fortschritts – wir es heute eher mit dem Problem zu tun haben, daß es nicht mehr so sehr die Emissionen sind, die bei der Produktion ausgestoßen werden, sondern daß es eigentlich die Produkte selber sind, auf die wir uns konzentrieren müssen. Produktverantwortung heißt aber, Produkte von der Entstehung bis zur endgültigen und kompletten Wiederverwertung tatsächlich in einen Kreislauf einzubringen.

Und dann war es eben nicht klug, – und ich habe ja gesagt, wir wollen nicht so tun, als wenn nur Konsense bestehen, sondern auch Konflikte benennen, – dann war es eben gerade nicht klug von der großen, mächtigen und starken IG Metall, sich gegen den Ansatz zu wenden, daß in Europa nur noch komplett recyclingfähige Autos auf den Markt kommen, und seit an seit mit der Autoindustrie versuchen, Alternativen zu verhindern. Es war ja nicht so, daß es eine Privatveranstaltung von Herrn Piech gewesen ist, sondern auch der geschätzte Vorsitzende der IG Metall hat sich an dieser Aktion nachdrücklich mit beteiligt. Man kann sagen, im Ergebnis nicht mit großem Erfolg. Denn in der Substanz ist es ab 2001 nur noch möglich, Fahrzeuge in Europa auf den Markt zu bringen, die tatsächlich vollständig recyclingfähig sind. Auch das Problem der Altlasten, ein Bereich, in dem sich für viele Recyclingbetriebe Beschäftigungschancen ergeben, ist so gelöst worden, wie es der deutsche Bundesumweltminister im Widerspruch zur Kommission, aber auch im Widerspruch zur Automobilindustrie und zur die deutschen Automobilarbeiter organisierenden Gewerkschaft, schon im Frühjahr vertreten hat, nämlich mit einer Rücknahmepflicht drei Jahre später.

Es geht bei der Umweltpolitik und beim Verhältnis von Umwelt und Arbeit nicht nur um beschäftigungspolitische Legitimation für Umweltschutz. Ich glaube, daß der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und der Ressourcen für kommende Generationen als Begründung für umweltpolitisch verantwortliches Verhalten hinreichend ist. Ich glaube allerdings auch und bin fest überzeugt, daß der Zusammenhang zwischen ökologischer Erneuerung und dem Schaffen von Arbeitsplätzen auch für sich aus ökonomischer Sicht selbsttragend ist. Wir haben heute, darauf ist verwiesen worden, eine Million Beschäftigte in Deutschland im Umweltschutz. Der Umweltschutz ist heute einer der wenigen Bereiche, der tatsächlich, auch was Arbeitsplätze angeht, Wachstumsraten aufzuweisen hat.

Die Diskussion, die sich in einer solchen Situation dann immer entfaltet ist: Wie kriegt man es eigentlich hin, unter den Bedingungen der Globalisierung, eine solche Entwicklung zu halten? Führt nicht die Globalisierung zwingend dazu, daß wir deregulieren müssen, daß wir Umweltstandards absenken müssen und daß genau dieser positive Effekt einer ökologischen Entwicklung, was Arbeitsplätze angeht, konterkariert wird?

Ich glaube, daß wir uns in diesem Bereich die reale Entwicklung anschauen sollten. Die Weltwirtschaft wächst zur Zeit schneller als je zuvor in der Geschichte. Das Welthandelsvolumen hat sich binnen 15 Jahren verdreifacht. Die Folgen sind gerade in den Wachstumsregionen Asiens und Lateinamerikas zu beobachten. Die Globalisierung der Produktionsabläufe hat in bestimmten Bereichen zu einer nachhaltigen Verbesserung der Lebensverhältnisse von vielen Teilen der Bevölkerung und in anderen Teilen des Erdballs zu einem Rückgang des Lebensstandards für ganze Nationen geführt. Es gibt mehrere afrikanische Staaten, die heute wieder auf dem Niveau der sechziger Jahre angelangt sind. Zugleich aber haben mit dieser sprunghaften ökonomischen Entwicklung der Verbrauch von Energie und Rohstoffen, der Ausstoß von Schadstoffen, Treibhausgasen, Industrieabfällen, das Verkehrsaufkommen und der Anteil der bebauten Fläche dramatisch zugenommen. Die Entwicklung kann man sich wiederum gerade in den besonders wachstumsintensiven Regionen Asiens und Lateinamerikas anschauen.

Die mit der sprunghaften Entwicklung einhergehende Umweltzerstörung ist selbst zu einer Bremse für eine weitere wirtschaftliche Entwicklung, zu einer Bremse für wirtschaftliches Wachstum geworden. Sie hat nicht nur die angestammten Sozialbeziehungen dieser Gesellschaften nachhaltig zerstört, sie ist auch darangegangen, die Grundlagen, mit denen dort produziert wird, zu zerstören. Es ist eben kein Zufall, und ich behaupte es ist eher eine Gesetzmäßigkeit, daß ein so gestaltetes ökologisch auf Raubbau begründetes ökonomisches System naturgemäß in eine Krise kommen muß. Die ökonomische Krise dieser Regionen und die ökologische Katastrophe sowie die soziale Problematik gehören zusammen. Ich glaube, daß langfristig und weltweit die Globalisierung einhergehen muß mit einer umweltgerechten und nachhaltigen Entwicklung. Hier liegt die Chance, denn es werden langfristig nur die Unternehmen und die Nationen erfolgreich sein, denen es gelingt, mit den natürlichen Ressourcen wie Rohstoffe, Energie und Wasser effizient, um nicht zu sagen, im Ergebnis dann im Sinne einer Kreislaufwirtschaft umzugehen. Und so gesehen ist in einer solch langfristigen Betrachtung Umweltschutz im Prinzip nichts anders als Langzeitökonomie.

Wir müssen anfangen, im Rahmen der Diskussion von Globalisierung Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung als ein aktives Element zu einer Globalisierungsstrategie zu begreifen. Es geht, wenn wir von Nachhaltigkeit sprechen, nicht eben nur um ein anderes Wort für Umweltschutz. Nachhaltigkeit, so ist sie im Prozeß von Rio definiert worden, beinhaltet eine tragfähige wirtschaftliche Entwicklung unter Beachtung und Schonung der Ressourcen für kommende Generationen, in sozialer Gerechtigkeit und bei

demokratischer Teilhabe. Die in den letzten Jahren zu beobachtende Reduktion des Begriffs der Nachhaltigkeit auf sozusagen einen etwas erweiterten Umweltschutzbegriff muß gerade vor den Herausforderungen der Globalisierung immer wieder zurückgewiesen werden.

Daß auch auf globalisierten Märkten Umweltschutzstrategien ökonomisch Erfolg haben können, belegt nicht nur das Beispiel der Bundesrepublik Deutschland, nein, auch die USA. Beide Nationen sind mit 18 Prozent Anteil am Welthandel Exportmeister bei Umweltschutzgütern. Es zeigt sich also, daß man mit einem ökologischen Ansatz tatsächlich auch ökonomisch erfolgreich sein kann. Es geht meines Erachtens heute nicht mehr um die Frage: Wollen wir die Globalisierung als Fluch oder Segen betrachten? In der Regel kommt dann die Platttheit heraus, sie sei Chance und Herausforderung. Nein, ganz in dem Sinne, wie Heinz Putzhammer es als Konflikt auf der nationalstaatlichen Ebene ja angesprochen hat, gilt das Verhältnis von Markt und staatlichem Rahmen auch für die Globalisierung. Die Globalisierung braucht angesichts weltweit zunehmender Verflechtung der Wirtschaftsbeziehungen einen kohärenten ökologischen Ordnungsrahmen. Ein Rahmen, der sicherstellt, daß die Globalisierung eben eine nachhaltige Entwicklung im definierten Sinne fordert. Und ich füge ausdrücklich hinzu: Auch aus ökonomischen Gründen darf globaler Wettbewerb nicht zu einem Wettlauf um den niedrigsten Umwelt- und auch nicht den niedrigsten Sozialstandard werden. Umwelt- und Sozialdumping sind nicht nur inhuman, sie untergraben im Ergebnis gerade ökonomische Leistungsfähigkeit. Es wird deswegen eine der Herausforderungen sein, die wir zu bewältigen haben, im Rahmen der nächsten Runde der Welthandelsorganisation hier tatsächlich sowohl was Sozialstandards, aber auch, was Umweltaspekte angeht, entsprechende Fortschritte zu erreichen. Es kann ja nicht sein, daß die gleichen Nationen, die ein Abkommen über den Erhalt der biologischen Vielfalt dieser Erde nicht unterschrieben haben, weil ihr Agro-Business das nicht will, die erst jüngst in Cartagena verhindert haben, daß es ein Abkommen über biologische Sicherheit gibt, die verhindern, daß eingeführte genmanipulierte Pflanzen in Ländern der Dritten Welt auswildern und dort entsprechende Schäden anrichten, daß genau diese Nationen dann losgehen, anschließend solche multilateralen Umweltabkommen als Handelshemmnisse einzuklagen und zu verhindern. Wir sind als Bundesrepublik Deutschland auch im Bereich der Umweltpolitik eine Exportnation. Ökonomie und Ökologie gehen, ich habe vorhin darauf verwiesen, auch auf internationalen Märkten durchaus zusammen. Aber es gibt auch handfeste ökonomische Zwänge, daß wir den ökologischen Strukturwandel im eigenen Land vorantreiben müssen.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft für umweltbewußtes Management schätzt, daß sich 2 bis 5 Prozent der Gesamtkosten in einem Unternehmen allein durch gezieltes Umweltmanagement einsparen lassen. Man kann das auch anders ausdrücken. Nach diesen Berechnungen gibt es in der deutschen Wirtschaft ein Gesamteinsparpotential durch Umweltmanagement in einer Größenordnung von 150 bis 200 Mio. DM pro Jahr. Angesichts solcher Zahlen erlaube ich mir die Frage: Können wir es uns eigentlich leisten, daß Unternehmen dieses Potential nicht nutzen? Besteht nicht gerade im unterlassenen Umweltschutz die Gefahr für den Standort und damit für Arbeitsplätze in Deutschland? Und in diesem Zusammenhang wird häufig übersehen, daß eine moderne Umweltinfrastruktur auch bei ausländischen Unternehmen ein wichtiges Kriterium für die Auswahl von Investitionsstandorten ist.

Ich will an dieser Stelle noch einmal unterstreichen: Es geht mir hier nicht darum, Umweltschutz wirtschaftlich zu legitimieren. Er legitimiert sich aus sich selbst heraus. Aber ich will mit dieser Frage Unternehmen motivieren, Umweltschutz als Chance zu begreifen, auch, um im Bündnis für Arbeit und Umwelt zu Ergebnissen zu kommen. Erst, wenn die Chancen, die die Gespräche bieten, für alle Partner deutlich sind, wird ein solcher Erfolg möglich sein.

Die Entwicklung der Umweltpolitik in Deutschland hat zu deutlichen Veränderungen der Arbeitswelt geführt. In nahezu allen Berufen gibt es inzwischen mehr oder weniger starke Berührungspunkte zum Umweltschutz. In Ausbildung und Berufsleben spielt das eine wichtige Rolle, sei es bei Automechanikern, bei Schornsteinfeuern, beim Tankwart oder beim Ingenieur. Kenntnisse und Qualifikationen hierfür werden auf dem Arbeitsmarkt verstärkt nachgefragt. Darüber hinaus haben sich spezielle Berufsbilder entwickelt, die unmittelbar auf Umweltschutz ausgerichtet sind. Als Stichwort seien hier Umweltdienstleistungen genannt. Gerade der Bereich der ökologischen Dienstleistungen hat heute ein enormes Wachstumspotential und ist beschäftigungspolitisch einer der Hauptgewinner.

Der Anteil der Erwerbstätigen im Umweltschutz nimmt stetig zu. Bei uns arbeiten zur Zeit 2,7 Prozent der Erwerbstätigen in diesem Bereich. Die OECD hat für die USA im Jahre 1992 ermittelt, daß dort ca. vier Millionen Beschäftigte, das sind rund drei Prozent der Erwerbstätigen, im Umweltschutzbereich arbeiten. Für die USA hat die OECD prognostiziert, daß in diesem Bereich 2005 5,3 Millionen Beschäftigte arbeiten werden, das heißt, man erwartet dort einen Zuwachs von 1,4 Millionen Arbeitskräften im Umweltbereich. Unsere Prognosen können ähnliche Dimensionen beinhalten. Aber selbstverständlich sind solche Prognosen, wie alle Berechnungen, eben mit Unsicherheiten behaftet. Die wesentlichen Bedingungen, unter denen diese Prognosen sich zu entwickeln haben, sind neben der ökonomischen Entwicklung insgesamt die Entwicklung der nationalen Umweltgesetzgebung, das Umweltbewußtsein der

Unternehmen und die politisch gestalteten Rahmenbedingungen, unter denen Unternehmen dann tätig sind. Bei diesen Rahmenbedingungen geht es darum, den erforderlichen Synergieeffekt für Umweltschutz und Arbeitsmarkt zu optimieren.

Die optimale Verbindung von anspruchsvollen Umweltschutzanforderungen mit kreativen Umsetzungsstrategien, das ist die Aufgabe, vor der wir hier in diesem Bündnis für Arbeit und Umwelt stehen. Ziel ist es, schon jetzt vorhandene Synergien zu nutzen, neue bislang nicht ausreichend erschlossene Beschäftigungsfelder zu erkunden, Vorschläge zu erarbeiten, wie diese besser ausgeschöpft werden können. Das hat am 10. Juni mit einer ersten Sitzung begonnen. Ich glaube, daß wir in den ab November weiter stattfindenden Gesprächen ganz konkret auf Vorschläge für umweltpolitische Vorhaben und ihre Realisierungschancen hinarbeiten müssen. Es gibt im Rahmen der europäischen Entwicklung, gerade auch, was technologische Standards und ökonomische Rahmenbedingungen angeht, einen großen Bereich, wo wir als Bundesregierung versucht haben, die Bedingungen für eine kohärente Entwicklung von Umwelt und Arbeitsplätzen zu verbessern. Ich nenne nur wenige Stichworte: Eins der Stichworte ist die unter deutscher EU-Präsidentschaft erfolgte Verabschiedung der Richtlinie über schwere LKW, die künftig zwingend vorschreiben wird, daß diese Fahrzeuge mit Rußpartikelfiltern und Denox-Katalysatoren ausgestattet sind. Das führt nicht nur zu einer drastischen Reduzierung der Schadstoffbelastung insbesondere in unseren Städten, es führt nicht nur dazu, daß künftig Vorläufersubstanzen für den Sommersmog wie für das bodennahe Ozon deutlich reduziert werden, sondern es ist natürlich auch ein Antrieb, neue Motoren zu konstruieren, die zu höherer Energieeffizienz fähig sind. Das gleiche gilt für die Maßnahmen, die wir ergriffen haben bei der vorzeitigen Einführung schwefelarmer Treibstoffe, die für die EU erst ab 2005 gelten wird. Wir haben durch den Aufschlag auf die Ökosteuer erreicht, daß ab 2001 dieses schwefelarme Benzin in Deutschland nach meiner festen Überzeugung die Regel sein wird; und in dem gleichen Maßstab schwefelfreies Benzin, also 10 ppm, in der Bundesrepublik schon ab 2003 die Regel sein wird.

Vor dem Hintergrund dieser technischen Möglichkeiten und der Chancen, die sich aus einer solchen Politik ergeben, ist es mir nach wie vor völlig unverständlich, welcher Teufel denn den BDI geritten hat, pünktlich zur Fünften Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention zu sagen, man wolle sich von dem 25-Prozent-CO₂-Reduktionsziel verabschieden. Das ist aus dreierlei Gründen auch im Interesse des BDI schlicht sehr kurz gedacht.

Erster Grund: Es gibt nur drei Länder auf der Erde, die Reduktionsverpflichtungen eingeleitet haben, die dann auch tatsächlich zu einer Reduktion geführt haben. Eines

davon ist die Bundesrepublik Deutschland. Warum stellt man sein Licht so unter den Scheffel? Ich habe eigentlich immer gedacht, Unternehmen leben davon, daß sie sich preisen und loben.

Zweitens: Neben allen Diskussionen, die wir selbstverständlich führen müssen über die Frage, zu welchen Effekten die deutsche Vereinigung im Guten wie im Schlechten bei der Reduktion von Klimagasen geführt hat, bringt diese Aktion nun ausgerechnet den Bereich in Verruf, der in besonderer Weise gewisse Verdienste gehabt hat. Die Reduktion von Klimaschadstoffen durch die deutsche Einheit ist sicherlich – nicht ausschließlich – aber sehr stark beeinflußt worden durch den Deindustrialisierungsprozeß im Osten Deutschlands. Auf der anderen Seite hat der Vereinigungsprozeß auch erheblich dazu beigetragen, daß die verkehrsbedingten Emissionen um mehr als 9 Prozent gestiegen sind, während wir insgesamt einen Rückgang der Emissionen von 13 Prozent haben. Also ein zweites Argument, warum es falsch ist, daß die deutsche Industrie sozusagen ihr eigenes Licht unter den Scheffel stellt, denn sie hat eine Reduktion klimaschädlicher Gase aus ihrer Produktion um immerhin 27 Prozent erreicht und liegt damit über dem Durchschnitt von 13 Prozent. Und letzter Punkt: Gerade wenn man über eine solche Politik Wettbewerbsverzerrung fürchtet – ich glaube ja nicht an die Wettbewerbsverzerrung, ich glaube ja, daß die Steigerung der Ressourceneffizienz sich auch betriebswirtschaftlich in Kostenreduktion niederschlägt –, aber wenn man denn diesen ökonomisch fragwürdigen Thesen glauben sollte, dann wäre es doch im Sinne einer Verhandlungsstrategie klug, die eigenen Anstrengungen herauszustellen, statt sein Licht in dieser Weise unter den Scheffel zu stellen. Wie gesagt, ich kann es nicht nachvollziehen. Selbst, wenn ich mich auf den Standpunkt, was mir schwerfällt, von Herrn Olaf Henkel stelle, ist mir völlig rätselhaft, was dieser Vorstoß in seinem Sinne denn nun erreichen soll.

Als wichtige Schlüsselaufgaben für eine Entwicklung von Arbeit und Umwelt gelten für uns die beiden Bereiche der Energiepolitik und des Klimaschutzes. Hierbei kommt der Frage der ökologischen Steuerreform als Teil einer umfassenden Energiewende, aber auch als ein Signal, zu einer Politik der Ressourceneffizienz umzusteuern, eine Schlüsselbedeutung zu. Die Botschaft der ökologischen Steuerreform lautet: Wir halten es, platt gesagt, für sinnvoller, Kilowattstunden zu rationalisieren, als Menschen aus den Betrieben herauszurationalisieren.

Das ist auch der Grund, warum wir bei der ja auch in Kreisen der Gewerkschaften oft umstrittenen Frage: Sollen wir die Einnahmen aus der ökologischen Steuerreform nicht lieber in ökologische Programme zur Förderung von bestimmten Dingen tun, statt sie zur Senkung der Lohnnebenkosten zu verwenden?, warum wir in dieser Frage so beharrlich geblieben sind. Das ist ja nicht nur Senkung der Sozialversicherungsbeiträge, das

hat ja nicht nur Auswirkungen auf die Nettolöhne, sondern es ist genau diese Botschaft: Wir wollen, daß ökonomisch nicht mehr belohnt wird, Menschen hinauszusetzen, sondern wir wollen, daß ökonomisch belohnt wird, Ressourcen und Energie effektiv einzusetzen.

Und wenn wir von Lenkungswirkung reden, so hat es ja viele Debatten darüber gegeben, ob der absolute Betrag, der bei der ökologischen Steuerreform eingesetzt worden ist, nun eine ökologische Lenkungswirkung hat oder nicht. Da gibt es ganz komische Experten. Wenn Sie die reale Entwicklung betrachten, stellen Sie fest, daß diese Diskussion müßig ist. Die knappen sechs Pfennige machen vor dem Hintergrund der Entwicklung der Rohölpreise und der frechen kartellgebildeten Preise beim Mineralöl eigentlich kaum noch was aus, was die Endpreise beim Benzin betrifft, während die durchaus deftige Einführung einer Stromsteuer mit einem Pfennig pro Kilowattstunde angesichts des Verfalls der Energiepreise an sich diesen Verfall nicht kompensieren konnte.

Das Entscheidende aus meiner Sicht sind deswegen nicht die Zahlen und die einzelnen konkreten Hebungsschritte, sondern der entscheidende Schritt hin zur ökologischen Lenkungswirkung bei der Ökosteuer ist die Verstetigung des Erhöhungsgrades. Denn die Verstetigung des Erhöhungsgrades führt dazu, daß dann fällige Investitionen oder in Privathaushalten Anschaffungen vor dem Erwartungshintergrund, es wird langfristig jedenfalls nicht mehr billiger, sondern eher teurer, dazu führen, daß Menschen wie Unternehmen sagen: Vor dieser Perspektive entscheiden wir uns für das ressourceneffizientere Gerät, wenn wir zwischen zwei Geräten zu entscheiden haben. Darin liegt das Geheimnis der Lenkungswirkung. Nicht in den sechs Pfennigen oder dem einen Pfennig.

Wir gehen heute davon aus, daß die ökologische Steuerreform in ihrer ersten Stufe tatsächlich auch auf dem Arbeitsmarkt Effekte gehabt hat. Man mag darüber streiten, ob das RWI recht hat mit der Prognose von 100.000 Arbeitsplätzen. Ich glaube aber, in der Kombination von Verstetigung und dieser Entwicklung ist es unbestreitbar, daß es hier tatsächlich zu mehr Arbeitsplätzen kommt. Ein Teil der Branchen sind ja hier schon genannt worden. Aber Arbeitsmarktpolitik und Klimaschutz stehen auch in anderer Weise im Einklang. Eine konkrete Initiative für Umwelt und Arbeit, wie ich sie mir als Ergebnisse dieses Dialoges wünsche, ist die unter des Bundeskanzlers und meiner Schirmherrschaft laufende Solarkampagne 2000. Im Trägerkreis der Kampagne sind Wirtschafts- und Umweltverbände ebenso vertreten wie einzelne Bundesländer. Den größten Beitrag zu dieser Kampagne liefert die Bundesstiftung Umwelt. Ziel ist, zusätzlich zwei Millionen Quadratmeter Solarkollektoren bis zum Jahr 2003 zu installieren, was etwa 400.000 neuen Solaranlagen entspricht, und damit die CO₂-Emissionen um 0,3 Millionen Tonnen pro Jahr

zu mindern. Das bedeutet die Schaffung von weiteren 100.000 Arbeitsplätzen bis zum Jahr 2010. Wohl gemerkt, es handelt sich um ein Programm, das wir zusätzlich zu den Ansätzen durchführen, die wir in der Energiepolitik verfolgen.

Völlig berechtigt sind die Sorgen über die Frage: Wie geht es mit den erneuerbaren Energien weiter? Gerade die Windenergie braucht eine Perspektive. Es muß eine kalkulierbare Einspeisevergütung geben. Diese kalkulierbare Einspeisevergütung kann sich durchaus auch mal nach der Qualität der jeweiligen Windstandorte richten. Es gibt ja Standorte, wo eine solche Einspeisevergütung einer Gelddruckmaschine gleich kommt, und andere, wo das schwieriger ist. Deswegen brauchen wir eine Änderung des Stromeinspeisungsgesetzes, um hier eine sichtbare Perspektive zu haben. Niemand glaubt, daß erneuerbare Energien tatsächlich in der Grundlast beispielsweise fossile oder nukleare Großkraftwerke ersetzen werden.

Die Energiepolitik von morgen wird eine Energiepolitik sein, die auf den drei Säulen Effizienz in der Produktion, Einsparung ohne Komfortverlust und Steigerung des Anteils an erneuerbaren Energien aufbaut. Hier haben wir viel getan. Wir haben mit der ökologischen Steuerreform in der ersten Stufe die Kraftwärmekopplung freigestellt. Wir müssen jetzt daran gehen, der Kraftwärmekopplung einen sicheren Anteil am Markt zu geben. Wir haben zweitens mit der Verstetigung der zweiten Stufe der ökologischen Steuerreform dafür Sorge getragen, daß nicht diejenigen, die in moderne Kraftwerke investieren, beim Einsatz ihrer Primärenergie nach wie vor benachteiligt werden. Ich sage das mit großem Nachdruck auch in diesem Kreise, weil dies ein Konflikt mit einer bestimmten Gewerkschaft ist. Wir wollen, daß Gas- und Dampfkraftwerke in ihrem Primärenergieeinsatz genauso behandelt werden wie Kohlekraftwerke und Kernkraftwerke, daß sie also die Primärenergie beziehen können, ohne daß da Steuer draufgeknallt wird. Wir halten alles andere für eine Wettbewerbsverzerrung. Eine Wettbewerbsverzerrung zu Lasten von Kraftwerken, die immerhin 55 Prozent und mehr ihrer eingesetzten Primärenergie in elektrische Energie umwandeln, während diese großen anderen Genannten in der Regel 70 Prozent ihrer Abwärme in die Flüsse und in die Atmosphäre weiterleiten. Das halten wir für falsch und ökologisch unverantwortlich.

Und schließlich, wir haben bereits in dieser Wahlperiode die erneuerbaren Energien in einer Größenordnung von mehr als einer Milliarde DM gefördert. Das Programm zur Förderung erneuerbarer Energien plus dem Programm zur Förderung der Photovoltaik haben ein Gesamtvolumen von mehr als einer Milliarde DM mit entsprechenden Arbeitsplatzeffekten. Deswegen muß ich an dieser Stelle mit Nachdruck sagen: Wir wollen eine Entwicklung hin zu einer vernünftigen Energiepolitik. Diese vernünftige und moderne Energiepolitik kann aber nicht Raum greifen, wenn wir die jetzige Entwicklung auf

dem Energiemarkt einfach so laufen lassen, daß nämlich abgeschriebene Altanlagen, seien sie nuklear oder seien sie kohlebefeuert, moderne Anlagen wie Kraftwärmekopplung, Gas- und Dampfkraftwerke und erneuerbare Energien in ihrer Entwicklung behindern. Und deswegen müssen wir diese erneuerbaren Energien ein Stück schützen in ihrer Entwicklung, und wir müssen gleichzeitig klar machen, daß es für diese abgeschriebenen Altanlagen nur eine begrenzte Lebensperspektive gibt, daß ihr Ausstieg sichtbar ist. Wenn wir das nicht tun, würde die Bundesrepublik Deutschland Gefahr laufen, auf Dauer zu einem Stromimportland zu werden. Das kann auch für Ökologen nicht von Interesse sein.

Deswegen gehört für mich zum Einstieg in die erneuerbare Energie, zum Einstieg in eine Effizienzrevolution in der Energiewirtschaft auch die Perspektive des Ausstiegs. Anders gesagt: Nur wer aussteigt, wird in eine neue Energiepolitik der Zukunft einsteigen können. Und ich füge in Erwartung der berechtigten Sorgen und in Erwartung auch der Demonstrationen, die es dazu möglicherweise geben wird, hinzu: Eine solche Energiepolitik wird unter dem Strich sehr viel mehr neue und sehr viel nachhaltiger Arbeitsplätze schaffen als eine Politik, die einfach nur daran festhält, möglichst lange die betriebenen Altanlagen noch am Netz zu halten. Ich weiß, daß wir da auf einen Konflikt zukommen.

In anderen Bereichen, die Energiesparverordnung hat Heinz Putzhammer genannt, glaube ich, müssen wir noch ein Stück nachlegen. Wir sollten mal betrachten, daß die bisherigen Programme zur Wärmedämmung häufig in einem hohen Maße auf Neubauten ausgerichtet waren. Wir sollten uns angucken, was beispielsweise bisher mit dem KfW-Wohnraumprogramm, dem Modernisierungsprogramm in den neuen Bundesländern und dem KfW-Programm zur CO₂-Minderung in den alten Bundesländern erreicht worden ist. Immense Programme nicht nur zur Förderung der Ökologie, sondern auch zur Sicherung der Beschäftigung. Mit dem Auslaufen des Programms in den neuen Ländern zum Jahresende 1999 verbleibt dort allerdings nach unserer Einschätzung ein Investitionsbedarf von mehr als 100 Milliarden DM. Wir haben von unserer Seite nachdrücklich den Vorschlag gemacht, durch ein Sanierungsprogramm für 500.000 Häuser mit einem Gesamtkreditvolumen von rund 15 Milliarden DM weitere 900.000 Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen. Wir haben hierzu erste konkrete Gespräche mit der KfW und dem Wirtschaftsminister geführt. Diese Gespräche sind noch nicht zu einem Ergebnis gekommen. Ich glaube aber, mit dem Druck gerade aus dem Dialog Umwelt und Arbeit können wir an dieser Stelle tatsächlich etwas bewegen.

Mein Eindruck ist auch, daß dies keine Veranstaltung ist, die ausschließlich von den Ökologen und den Gewerkschaftern getragen wird, sondern hier gibt es auch

massive Interessen gerade im Zentralverband des Deutschen Handwerks. Dieses Programm ist ein Musterbeispiel, wie man die Fragen des Klimaschutzes und die Fragen von Arbeitsplätzen erfolgreich verbinden kann.

Das Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit bietet nach meiner tiefen Überzeugung hervorragende Chancen für eine Stärkung des Standorts Deutschlands. Die Stärkung des Standorts erschöpft sich nicht darin, gute Bedingungen nur für Wirtschaftswachstum zu schaffen. Dazu gehört, den Menschen, und unter ihnen gerade den Arbeitslosen, zu beweisen, daß diese Gesellschaft willens und in der Lage ist, das Problem Arbeitslosigkeit gemeinsam anzugehen. Dazu gehört, den Menschen einen Ausbildungsplatz und eine berufliche Perspektive zu geben. Dazu gehört es, auf dem Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise, einer Wirtschaftsweise, die die Bedürfnisse auch kommender Generationen berücksichtigt, voranzukommen. Lassen wir diese Chance nicht verstreichen, indem wir bekannte alte Positionen wiederholen und alte Grabenkämpfe fortsetzen. Entwickeln wir gemeinsame konkrete Vorschläge und sorgen wir gemeinsam für eine Umsetzung. Ich hoffe und bin fest davon überzeugt, daß auch Ihre Teilnahme und diese Veranstaltung hierzu viel beitragen werden.

Umweltrecht – Innovationsmotor für Umwelttechnologien

Dr. Paul Petter Aas
Direktor, Norsk Hydro ASA, Oslo, Norwegen

Hydro ist ein Unternehmen mit einer langen Tradition. Und wenn ich mir die Begriffe "Tradition" und aus dem Titel meiner Anmerkungen "Recht und Technologie" anschau, so kommen sie mir als schlafende Riesen vor. Ich glaube aber, daß die Begriffe "Umwelt und Innovation" uns wachhalten werden, und zwar nicht nur für die nächsten 20 Minuten. Ich rede heute über Technologie und Umwelt. Es freut mich, Ihnen mitteilen zu können, daß unsere Tochtergesellschaft, die Hydro Chemicals Deutschland, den Bundestag in Berlin und den Verfassungsschutz in Köln mit Chemikalien beliefert, um zusammen mit einem Siemens-Katalysator, die NOX-Emission der Heizungsanlagen dieser Gebäude zu vermindern.

Klimaschutz ist seit Jahren auch ein Markt. Unsere Firma wurde 1905 gegründet als Reaktion auf den weltweit akuten Bedarf an Düngemitteln für die landwirtschaftliche Produktion. Auf Grundlage der Nutzung von Energie, die aus natürlichen Wasserfällen gewonnen wird, war die Hydro der erste Hersteller von Stickstoffdünger. Mehr als 90 Jahre danach ist die Energie zum verbindenden Element unserer Geschäftstätigkeit geworden.

Wie im Jahr 1905, so richtet Hydro auch heute noch seine Aktivitäten auf die Nutzung der knappen Bodenschätze, um den Kunden überall in der Welt eine Palette von Produkten, die deren Bedürfnisse befriedigen und die kleinstmöglichen Einwirkungen auf die Umwelt haben, anzubieten. Hydro hat es sich ausdrücklich zum Ziel gesetzt, in Fragen des Umweltschutzes eine führende Rolle zu spielen. Nach unserer Kenntnis war die Norsk Hydro weltweit das erste börsennotierte Unternehmen, das bereits vor 10 Jahren damit begann, einen jährlichen Umweltbericht zu veröffentlichen.

Im 20. Jahrhundert hat sich die Weltbevölkerung vervierfacht. Es ist wahrscheinlich, daß sie sich in den kommenden 50 Jahren noch einmal verdoppelt. Gleichzeitig streben immer größere Bevölkerungsgruppen nach einer Verbesserung ihrer Lebensqualität und ihres Lebensstandards. Diese Entwicklung stößt an die Grenzen der natürlichen Ressourcen unseres Planeten. Eine Verringerung des Konsums, Recycling sowie Energieeinsparungen können höchstens ein Teil dieses Wachstums kompensieren. Pionierleistungen auf den Gebieten der technischen Entwicklungen, der

Produktivität und der ökologischen Effektivität sind gefordert.

Einer der Motoren ist die Entwicklung des gesetzlichen und regulatorischen Rahmenwerkes. Die Einwirkung dieser Entwicklung muß frühzeitig durchdacht und geplant sein, mit Rücksicht auf die Interaktion anderer Veränderungsimpulse. Solche Impulse entstehen durch Interessenorganisation, durch die öffentliche Meinung, durch Kundenreaktion, nationale wettbewerbliche Position und viele andere Kräfte in einem immer globaler werdenden Markt.

Umweltbezogene Gesetze und Regelungen können in zwei Richtungen funktionieren. Einfach durch eine Vorschrift mit z.B. einer mengenmäßigen oder physischen Begrenzung, das wäre zum Beispiel kg/h Emission, so wie wir traditionell mit der Umweltgesetzgebung umgehen, oder dadurch, daß die Wirtschaftlichkeit der Akteure in der Wertkette verändert wird. Das könnte zum Beispiel bedeuten, daß Gesellschaften und Institutionen Emissionen zwar verursachen dürfen, aber dafür auch Gebühren zahlen müssen. Es gibt hinreichend Beispiele, daß dies zu einer Verhaltensänderung in die gewünschte Richtung führen kann. Hydro ist bemüht, auf der Basis eines dieser Modelle Lösungen anzubieten.

Die zusätzlichen Ernten durch den Einsatz von Mineräldünger von Hydro schaffen Lebensmittel für 100 Mio. Menschen. Leitmetallanwendungen und Recycling in der Bau- und Fahrzeugindustrie sparen riesige Energiemengen ein. Über einen gesamten Lebenszyklus hinweg betrachtet, bietet PVC eine breite Palette von energie- und kosteneinsparenden Einsatzbereichen. Neue innovative Bohrverfahren haben uns in die Lage versetzt, aus den vorhandenen Feldern noch mehr Erdöl und Erdgas zu gewinnen und so diese lebenswichtige Ressource noch effektiver zu nutzen. In den vergangenen Jahrzehnten haben wir erhebliche Anstrengungen unternommen, um Emissionen und Abfallmengen zu verringern. Und wir können hier auf beachtliche Erfolge verweisen. Doch sind wirkliche Verbesserungen für die Umwelt nur im Kontext einer Gesamtbewertung der Umweltverträglichkeit über ihren Lebenszyklus hinweg zu verstehen. Mit dieser Lebenszyklusperspektive als Ausgangspunkt gehen wir in unseren Bemühungen zur Erhaltung der Umwelt noch

einen Schritt weiter. Wir erkennen das wirtschaftliche Potential, das aus Produkten und Dienstleistungen mit reduzierten negativen ökologischen Einwirkungen gewonnen werden kann. Wir verfügen auch über die Fachkompetenz und den Willen, da etwas zu tun. Die Entstickung von Rauchgasen ist in Steinkohlekraftwerken und Müllverbrennungsanlagen hier in Deutschland durch die strenge Umweltgesetzgebung seit Jahren Standardtechnologie. Mit der Hydro Reduktan Produktpalette liefern wir kundenwunschspezifisch für den Denox-Bereich. Für neueste Entwicklungen im Bereich der Entstickung im mobilen Sektor, und das sind LKW- und Schiffsdieselmotoren, ist Hydro schon heute gerüstet und unterstützt aktiv die Durchsetzung höheren Umweltstandards in diesem Segment. Hier stimmen die umweltpolitischen Rahmenbedingungen. Wenn nun die Europäische Gemeinschaft erweitert wird, müssen auch in den neuen Ländern die umweltpolitischen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um die hohen Umweltstandards zu erreichen. Von Hydro wurde vor einigen Jahren der Nutriox-Prozeß entwickelt. Er verhindert Fäulnis und entfernt bereits gebildeten Schwefelwasserstoff in kommunalem und industriellem Abwasser. Um eine optimale Anpassung dieses Prozesses zu gewährleisten, ist eine sehr enge partnerschaftliche Zusammenarbeit mit dem Kunden unabdingbar. Nur nach gemeinsamer Problemdefinition und Ursachenanalyse ist eine individuelle, technisch ausgereifte und kostenoptimierte Problemlösung möglich. In vielen Gesprächen mit kommunalen und industriellen Kunden und den zuständigen Verwaltungsstellen wurden Erkenntnisse gesammelt, die dazu führten, daß heute allein in Deutschland 14 hoch qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Marktsegment tätig sind.

Die jahrelangen Forschungen und Anstrengungen von Hydro Chemicals Deutschland, das Entsorgungsproblem von Mischbeizen bei der Feuerverzinkungsindustrie zu lösen, kommt nicht von ungefähr. Als Produzent der Salzsäure fühlt sich das Unternehmen dazu verpflichtet, auch die Entsorgung in die Unternehmenswertkette mit einzubeziehen. Das Ziel ist es, so viel Rohstoff wie möglich wieder dem Wirtschaftskreislauf zurückzuführen, ohne eine größere Menge von Abfall zu hinterlassen.

Eisen und Stahl haben viele gute Eigenschaften. Ein gravierender Nachteil von Metallbauteilen aus Eisen und Stahl ist deren Korrosionsanfälligkeit. Für den langfristigen Materialschutz gibt es mehrere Verfahren. Beim Feuerverzinken werden die Bauteile mit elektronegativen Metallen, und das ist vorzugsweise Zink, beschichtet. Voraussetzung für diese Schutzmaßnahme ist es, daß die Oberfläche der Bauteile metallisch blank vorliegt, und um das zu gewährleisten, werden sie in einem Salzsäurebad gebeizt. Beim Beizprozeß verbraucht

sich die Salzsäure mit der Zeit. Für die Feuerverzinkungsunternehmen stellt die verbrauchte und nicht mehr nutzbare Mischbeize derzeit das größte Problem dar. Neben den hohen Entsorgungskosten fallen besonders die Folgen für die Umwelt ins Gewicht, da die verbrauchte Mischbeize neutralisiert als Abfall auf der Deponie landet. Von den etwa 60.000 Jahrestonnen, die in Deutschland jährlich anfallen, gehören etwa 24.000 zu den Mischbeizen, deren Entsorgung bisher problematisch und teuer war. Davon kann unsere Oberhausener-Recyclinganlage 12.000 Tonnen/Jahr verarbeiten. Nach dem Oberhausener-Verfahren werden aus der Mischbeize Eisen- und Zinkchloridlösungen hergestellt. Die Mischbeize enthält neben den Metallen Eisen und Zink zusätzlich Schwermetalle und organische Substanz. Um qualitativ hochwertige Endprodukte zu erhalten, ist es zunächst notwendig, die Säure von Organik und Schwermetallen zu trennen. Die Eisen- und Zinkchloridlösung, die in der Oberhausener Anlage aus Mischbeize gewonnen werden, sind qualitativ hochwertig und haben verschiedene Verwendungen. Neben der Qualität der neu gewonnenen Lösungen kann sich die Umweltbilanz sehen lassen. Vor Inbetriebnahme der Recyclinganlage gingen im Jahr etwa 15.000 Tonnen mit Kalk neutralisierte Mischbeize auf die Deponie. Heute sind das weniger als 120 Tonnen, die nicht mehr weiterverarbeitet werden können.

In einer Studie des Fraunhofer-Instituts aus dem Jahr 1993 im Auftrag des Ministeriums für Umwelt Baden-Württemberg kam man zu folgender Aussage: "Die Verwertung von Altbeizen zur Neutralisation und zur Emulsionsspaltung ist unter abfall- und wasserwirtschaftlichen Gesichtspunkten problematisch. Gemessen an Verfahren, die eine Rückgewinnung von der Salzsäure oder die Gewinnung verwertbarer Chemierohstoffe ermöglichen, ist der Einsatz von Altbeize zur Neutralisation/Fällung oder zur Emulsionsspaltung als minderwertige Verwertung anzusehen. Wegen der entstehenden problematischen Abfälle sind die Neutralisation/Fällung oder die Emulsionsspaltung im Hinblick auf die Altbeize eher der Abfallbeseitigung als der Verwertung zuzurechnen." Bei der Eröffnung der neuen Recyclinganlage in Oberhausen am 2. September 1997 sagte Herr Bosse vom Umweltbundesamt: "Abfall ist Rohstoff am falschen Platz. Nach dieser Devise hat die Firma Hydro Chemicals Deutschland ein Verfahren entwickelt, das in der Lage ist, Mischbeizen aus der Feuerverzinkung, einen bisher unverwertbaren Sonderabfall, nahezu vollständig in hochwertige Sekundärrohstoffe umzuwandeln. Die Aufbereitungsanlage der Firma ist die technologische Antwort auf die Herausforderungen des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes." Am 7. Oktober 1996 wurde das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz in Kraft gesetzt. Die abfallpolitische Zielkonzeption dieses Gesetzes war und ist, Abfälle in erster Linie zu vermeiden, in zweiter Linie stofflich oder energetisch zu verwerten. Letztlich sollen Abfälle, die

sich nicht vermeiden oder verwerten lassen, umweltverträglich beseitigt werden. Das neuartige Verfahren der Hydro Chemicals in Oberhausen ist im Gegensatz zu der vorher geschilderten Alttechnologie eine saubere stoffliche Verwertung. Das Gesetzeskonzept, so haben das Bundesumweltministerium und das Umweltbundesamt bestätigt, wird durch die Oberhausener Anlage in vollem Umfang erfüllt. Die Anlage läuft jetzt seit zwei Jahren. Doch das Problem der Rohstoffsicherung verstärkt sich, so unverständlich das auch erscheinen mag, von Tag zu Tag. Wesentlicher Grund für diese negative Entwicklung ist, daß bedauerlicherweise die Alttechnologie von den Genehmigungsbehörden immer noch als Verwertung angesehen wird. Die Anlagenbetriebskosten dieser alten Technologie sind aber nicht vergleichbar mit den Kosten der Oberhausener Anlage. Dadurch war es diesen Unternehmen möglich, die Entsorgungspreise bis zu 30 Prozent gegenüber dem vorherigen Niveau abzusenken und somit erhebliche Vorteile im Wettbewerb um die Entsorgung von Altbeizen in der Feuerverzinkung zu erlangen. Und solange die Altverfahren von den Genehmigungsbehörden als Verwerter deklariert werden, kann von den Feuerverzinkern nicht erwartet werden, daß sich aus Umweltfreundlichkeit eine höhere Zahlungsbereitschaft entwickelt.

Wenn sich das gesetzliche und regulierende Umfeld verändert, verändern sich auch die Beziehungen zwischen Produkten und Prozessen auf der einen Seite und Umwelt auf der anderen Seite. Eine der Schwierigkeiten dieses Vorgangs ist, daß das regulierende Rahmenwerk für unterschiedliche Interpretationen offen wird. Wenn die Bestimmungen so mißverstanden werden können, daß sie weniger Einwirkung haben als anfangs von dem Gesetzgeber gedacht, dann ist es leider wahrscheinlich, daß sie auch mißverstanden werden. Wir glauben, daß dies der Fall mit dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz ist. Die wichtigen Begriffe sind "Abfälle zur Beseitigung" gegenüber "Abfall zur Verwertung". Und der Unterschied zwischen den beiden Begriffen.

Wir sind Geschäftsleute. Risiko ist unsere Tätigkeit. Wir treffen selbst unsere Entscheidungen und wir sind dafür allein verantwortlich. In diesem Fall haben wir uns entschlossen, daß wir ein Risiko eingehen sollten, um auf einem neuen Markt zu arbeiten, gegen neue Wettbewerber. Wir wollen wirklich Abfälle vermeiden und die Entsorgung von Mischbeize zu niedrigen Kosten anbieten. Was haben wir gelernt? Vorsicht!

Was im Gesetz deutlich scheint, ist nicht selbstverständlich. Und was heißt das für die Zukunft allgemein? Verzögerung. Die Entwicklung neuer umwelttechnologischer Innovationen kostet sehr viel Geld. Das Umweltrecht, das diese Entwicklung unterstützt, muß unbedingt von allen beteiligten Behörden auf allen Ebenen positiv und loyal begleitet werden. Dies heißt manchmal aber auch, daß alte Technologien durch neue und bessere ersetzt werden

müssen. Nur so können wir langfristig die Umwelt verbessern und gleichzeitig die Arbeitsplätze sichern. Ich bin als Naturwissenschaftler ausgebildet. Und ich weiß, daß meine Argumente und Exempel heute zwei Dimensionen haben. Die Fragestellung Umwelt, Recht, Innovation, Technologie hat vier Dimensionen. Ich hoffe, daß meine Betrachtungen und Beispiele ein Beitrag sind, die Diskussion weiterzuführen. Innovation heißt, grundsätzlich etwas anderes zu machen. Und Veränderung heißt Möglichkeit.

Klimaschutz als Beschäftigungsprogramm

Michael Müller, MdB

Vorsitzender der Naturfreunde, Mitglied des Präsidiums des Deutschen Naturschutzringes (DNR), stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zuerst sage ich – auch im Namen der Umwelt- und Naturschutzorganisationen – Dank dem DGB, daß wir ein wichtiges Thema der 80er Jahre – ich füge hinzu: endlich und auch gemeinsam – wieder aufgreifen, das Thema “Arbeit und Umwelt“. Dies ist auch richtig so, denn damit verbinden wir die beiden großen Herausforderungen am Ende unseres Jahrhunderts: das Krebsübel der Massenarbeitslosigkeit und die scheinbar unaufhaltsam fortschreitende Umweltzerstörung. Falsch wäre es, den Fehler zu wiederholen, Arbeit gegen Umwelt oder Umwelt gegen Arbeit zu stellen. Beide Probleme haben nämlich gemeinsame Wurzeln in gravierenden Fehlentwicklungen der industrie-kapitalistischen Entwicklung.

Wir waren schon mal sehr viel weiter. Das darf man ja anmerken in diesem Zusammenhang. Diese Gesamtsicht ist auch deshalb so wichtig, weil erst sie einen wirklicher Beitrag zur Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft leisten kann. Heute hat man bisweilen den Eindruck, daß alles, was nur Beschleunigung ist, schon modern sein soll. Qualität, Gemeinsinn und Verantwortung spielen scheinbar keine Rolle mehr. Im Augenblick erinnert mich die öffentliche Debatte über Modernisierung eher an Veronas Welt im RTL, wo uns eine virtuelle Wirklichkeit – bunt, schillernd und schnell – vorgespielt wird, nicht aber die soziale Wirklichkeit. Die Orientierung ist verloren gegangen, die Such- und Sortiermaschinen müssen dringend in die Generalüberholung. Solange wird mit einem Schein gegaukelt, der viel mit handfesten Einzelinteressen, aber wenig mit den Anforderungen an den Fortgang verträglicher Sozial- und Wirtschaftsbeziehungen zu tun hat. Der entscheidende Punkt ist: wir befinden uns mit der Globalisierung in einer tiefgreifenden Umbruchsituation, wo grundlegend veränderte Wirtschafts-, Sozial- und Technikentwicklungen uns vor die Frage stellen: Können wir uns diesem Prozeß nur noch anpassen, oder können wir ihn gestalten? Das ist die eigentliche Frage, bei der es um die Modernisierung geht. Ist die Politik und damit die

Demokratie in der Lage von neuem ein Gleichgewicht zwischen der technischen und wirtschaftlichen Dynamik und den sozialen und ökologischen Anforderungen herzustellen?

I.

So viel Ende und so viel Anfang waren in so kurzer Zeit noch nie. Wenn in dieser Situation Modernisierung auf ein Nachlaufen des Beschleunigungssyndroms – alles muß nur noch schneller gehen – reduziert wird, dann gibt sie ihren eigentlichen Zweck auf. Das ist für Zeitbeobachter zwar interessant, aber mit Modernisierung hat das nichts zu tun. Deshalb ist das Tagungsthema von strategischer Bedeutung. Es bezieht sich auf die reformpolitische Leitbotschaft seit dem Erdgipfel von Rio, die Erneuerung der Gesellschaft hin zu Nachhaltigkeit. Sie beinhaltet nämlich die drei wichtigsten Grundfragen für die Zukunft unserer Gesellschaft:

Erstens: Wie können auf Dauer eine menschenwürdige Existenz und sichere Arbeit für möglichst viele Menschen gesichert werden? Oder waren die Rahmenbedingungen in den letzten Jahrzehnten nur außergewöhnlich günstig? Zweitens: Wie können wir die soziale Sicherheit, die wichtigste Grundlage unseres demokratischen Gemeinwesens, bewahren? Ich kann mir ein demokratisches Gemeinwesen ohne soziale Grundlagen, ohne Gerechtigkeit, Teilhabe und Chancengleichheit nicht vorstellen. Das haben die schmerzlichen Erfahrungen unseres Jahrhundert in aller Schärfe gezeigt. Und drittens: Wie erhalten wir die natürlichen Lebensgrundlagen – aber auch die sozialen – für künftige Generationen?

Die Herausforderungen als Einheit zu sehen, das ist der Kern des Bündnisses für Arbeit und Umwelt. Also: endlich aufhören mit einer Debatte, die nur Teilwahrheiten und Teilinteressen kennt, aber das Ganze nicht mehr versteht, geschweige denn gestalten kann. Es scheint kennzeichnend zu sein, alles immer stärker voneinander zu isolieren und damit überhaupt kein Problem mehr lösen zu können, obwohl die Einzelfragen tatsächlich immer stärker miteinander verzahnt sind. Damit die zusammenwachsende Welt nicht zur zerbrechlichen Einheit wird, brauchen wir die

ökologische Modernisierung. Das ist der Kern für das Bündnis von Arbeit und Umwelt.

Deshalb muß man zuerst die Ausgangssituation beschreiben. Diese Ausgangssituation heißt: Die Schönwetterzeit der Nachkriegszeit ist vorbei. Wir sind in einer Situation, wo sich die Rahmenbedingungen grundlegend ändern und wir deshalb auch grundlegend neue Antworten geben müssen. Das ist die Herausforderung.

Und sie setzt eine Analyse der Interessen, Kräfte und Dynamik der Veränderungen voraus. Dazu will ich ein wenig beitragen – allerdings nur in knappen Umrissen: Die bundesdeutsche Vergangenheit, die letzten Jahrzehnte waren geprägt, um einen Begriff von Roland Tichy aufzugreifen, von dem Modell "Villa Hügel". Das heißt, die Sozial- und Industriekultur der Bundesrepublik war stark geprägt vom korporatistischen Milieu des Ruhrgebiets. Dieses war bestimmt vom engen Zusammenhang zwischen Betrieb und Arbeitnehmern, die bei allen Unterschieden in der Verteilung von Macht und Vermögen von ihrer wechselseitigen Abhängigkeit wußten. In diesen dichten Beziehungen war oben die Villa der Krupps, darunter die Margarethenhöhe für die qualifizierten Arbeiter und für das Industrieproletariat Altenessen, alles verbunden in einer festen räumlichen Ordnung, wo auch die Arbeiter gut leben konnten.

Dieses Modell "Villa Hügel" ist durch den Entgrenzungs- und Beschleunigungsmechanismus der Globalisierung zerbrochen. Heute werden die Faktoren Beschäftigung, Management und Besitz immer stärker voneinander isoliert. Von daher werden auch die sozialen Verträge der Nachkriegszeit, der Sozialstaat, der Demokratie und Zusammenhalt in unserer Gesellschaft ermöglicht hat, aufgekündigt.

Mit anderen Worten: Die Defensive, in der sich heute die Politik befindet, hat ihre Ursache darin, daß sich der Ordnungsrahmen auflöst, in dem die Entwicklung und der Fortschritt der Gesellschaft gestaltet werden kann. Das ist die Folge aus der Entgrenzung des Raums in der globalen Epoche. Richard Sennet sagt: Wir leben unter der Diktatur der schnellen Frist.

Das hat schwerwiegende Folgen: Während früher die Ökonomie interessiert war an langfristiger Wertschöpfung, an der Entwicklung neuer Märkte, an realen Investitionen und an der Schaffung von Arbeit, ist sie heute vor allem an Preisstabilität und schnellen Gewinnen interessiert. Die Lieblingsworte sind "Personalabbau und Rationalisierung". Es vollzieht sich ein Wandel hin zu einer Arbitragewirtschaft, in der für den Handel mit Geld, Kapital und Waren die Unterschiede im entgrenzten Raum genutzt werden und mit den erwarteten Unterschieden in der Zeit spekuliert wird. Karl Marx hat das 1848 im Kommunistischen Manifest noch als Handelskapitalismus kritisiert, der heute in neuen, globalen Formen zu uns zurückkommt. In der globalen Epoche kommt es zu einer völligen Veränderung in den Strukturen der Ökonomie, verbunden

mit einerseits einer gewaltigen Monopolisierung ohne festen Ort und andererseits der Dominanz des Finanzsektors.

Vor dieser Ausgangssituation stellt sich die Frage: Wie erreichen wir neue politische Gestaltungskraft für eine soziale und ökologisch ausgerichtete Politik? Um diese Frage geht es bei dem Bündnis für Arbeit und Umwelt, denn im Kern bedeutet nachhaltige Politik Wiederherstellung von Gestaltungsfähigkeit. Ökologische Lösungen sind immer spezifische, das heißt kreative und problemnahe Lösungen, die auf der einen Seite auf die geistigen Fähigkeiten der Menschen setzen, auf der anderen Seite die örtlichen Bedingungen in die Lösung sehr stark einbeziehen.

Nachhaltigkeit ist der wichtigste Hebel zur Wiederherstellung einer dauerhaften Ordnung, von festen sozialen Beziehungen in einer globalen Welt. Diese Dimension beginnen wir erst langsam und erst in Ansätzen zu begreifen. Wie relevant die Fragen aber bereits sind, zeigt der Energiesektor, wo sich für mich bisher am signifikantesten die neue Arbitrage-Ökonomie zeigt. Sie nutzt im liberalisierten europäischen Verbund der Stromerzeugung die Unterschiede gnadenlos aus und führt zu neuen gigantischen Monopolisierungen. Das geht zu Lasten von Regionen, Beschäftigung und Umweltschutz.

Und mit der Installierung der Strombörse kommt die Spekulation noch dazu, die den Prozeß weiter verschärft. Mit dieser Arbitrage-Ökonomie findet ein Prozeß statt, bei dem Demokratie, Gemeinwohl und Lebensqualität herausfallen. Zu den Verlierern gehören auch der Mittelstand, das Handwerk und viele Dienstleister. Und wichtige Innovationen werden, wie sich bei den Effizienz- und Solartechnologien zeigt, blockiert. Zwar wurden die alten Gebietsmonopole durch die Liberalisierung der Strommärkte aufgebrochen. Aber das Ergebnis ist nicht *mehr* Wettbewerb, sondern die Herausbildung neuer Unternehmensmonopole auf der europäischen Verbundebene. Das ist die bittere und bedrohliche Konsequenz dieser Entwicklung.

Die ökologischen Ansätzen, die wir noch innerhalb der sicher problematischen Bedingungen hatten, sind weggebrochen durch eine europäische Entwicklung. Die ökologisch sehr wichtige und effiziente Kraft-Wärme-Kopplung beispielsweise hat bei RWE nur einen Anteil von 1,4 Prozent. Ich kenne kein kommunales, also dezentrales Energieerzeugungsunternehmen, das unter 10 Prozent Anteil an KWK hat.

Aber im Augenblick wird die KWK durch die hohen Überkapazitäten aus abgeschriebenen Atomkraftwerken so unter Druck gesetzt, daß industrielle und kommunale Anlagen stillgelegt oder aufgegeben werden. Dabei ist die Kraft-Wärme-Kopplung ungeheuer wichtig für den Schutz des Klimas. Die großen Stromerzeuger mit ihren

gut gefüllten Kriegskassen verdrängen die ökologischen Alternativen. Das ist nicht Veronas Welt, sondern die Wirklichkeit der Arbitrage-Ökonomie, die langfristig, auch wenn sie kurzfristig zu Preissenkungen führt, großen Schaden an Umwelt, Arbeit und Gesellschaft anrichtet.

Deshalb ist es von zentraler Bedeutung, welche Antworten wir heute auf diese Veränderung geben, also auf die Durchökonomisierung der Zeit, nachdem die bisherige Phase der industriellen Beziehungen in erster Linie von der Ökonomisierung des Raums geprägt war. Das war die Ordnung der sozialstaatlichen Verträge. Jetzt steht die Frage: Mit wem und auf welcher Grundlage können die Verträge im nächsten Jahrtausend gemacht werden?

Wer sind die Partner in den multinationalen Unternehmen, von denen heute immerhin 200 ein Viertel des Weltsozialproduktes umfassen, wo sind da die sozialen Gegengewichte? Ist nicht die Grundlage jeder demokratischen Gesellschaft, auch einer stabilen wirtschaftlichen Ordnung, ein Mindestmaß an Gleichgewicht zwischen Ökonomie, Ökologie und Sozialem?

Das heißt: Die Debatte über Arbeit und Umwelt, die wir hier führen, über die Erneuerung und Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft geht nicht nur um mehr Umweltschutz im engeren Sinne. Im Zentrum steht die Frage nach der Zukunft unserer Gesellschaft: Wie kann die Zukunft des europäischen Zivilisationsmodells aussehen? Das ist der Kernbereich der Auseinandersetzung. Theodor Adorno sagte in seiner berühmten Rede zur Frage "Was ist heute der Spätkapitalismus?" Ende der sechziger Jahre: "Ich sehe eine Entwicklung auf uns zukommen, in der man sich durch die Entfesselung von der Wirtschaft und Technik die Frage stellt, wer überhaupt noch der Nutznießer ist?" Das läßt sich aktuell wiederholen mit Ralf Dahrendorf in seinem Beitrag zur Globalisierung: "Wir stehen an der Schwelle eines autoritären Jahrhunderts, wenn wir nicht zu einer Politik der Freiheit fähig werden."

Deshalb muß man auch den Ernst der Lage richtig herausarbeiten: Wir sind in einer Situation, die vergleichbar ist mit dem Kampf um den Sozialstaat. Der New Deal zum Wohlfahrtsstaat wurde nur möglich, weil Franklin D. Roosevelt von der Leitidee ausging, große Herausforderungen erfordern auch grundlegend neue Antworten. Deshalb heraus aus dem Klein-Klein und rein in die großen, aber konkreten Visionen wie die Verbindung von Arbeit und Umwelt.

II.

Die reale Gefahr einer globalen Klimakatastrophe macht besonders deutlich, wie notwendig einerseits die ökologische Modernisierung ist, aber auch, welche Chancen für Arbeit und Wirtschaft andererseits damit verbunden sind. Der neue UNEP-Bericht, also vom Umweltbüro der Vereinten Nationen, hat erneut folgende Entwicklung belegt: Seit etwa 1850, dem Beginn der

Industrialisierung und damit der massenhaften Verbrennung von Öl, Kohle und Gas, steigt die vom Menschen verursachte Erwärmung der unteren Erdatmosphäre an. Die Freisetzung bestimmter wärmestauer Gase schließt die Atmosphärenfenster. Die von der Sonne eingestrahlte Energie wird bei der Rückstrahlung ins Weltall immer stärker zurückgehalten und in der unteren Luftschicht länger gebunden. Die Folge dieses Prozesses ist, daß die mittlere Temperatur, die 1850 etwa bei 14,5 Grad Celsius lag, heute um etwa 0,7 Grad höher liegt. Das ist vom Menschen verursacht. Man muß zudem sehen, daß dieser Prozeß zeitverzögert abläuft. Das heißt, Klimaänderungen haben einen Vorlauf in der Anpassung an die veränderte Chemie und Dynamik von etwa vier bis fünf Jahrzehnten. Mit anderen Worten, die starken Emissionsentwicklungen der letzten Jahrzehnte sind in diesen klimatischen Veränderungen noch gar nicht enthalten.

Eine Erwärmung um mehr als 1 Grad Celsius ist von daher nicht mehr zu verhindern. Die Klimawissenschaft sagt, daß die kritische Grenze für Erwärmungsprozesse bei etwa bei 1,5 Grad pro Jahrhundert oder von insgesamt höchstens 2 Grad Celsius liegt.

Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen dem atmosphärischen Kohlenstoffgehalt und der Erdtemperatur. Wir haben, wenn man das an den Emissionen mißt, 1850 bei Kohlenstoff einen Wert gehabt von etwa 280 Teile auf 1 Mio. Teile. Heute haben wir einen Wert von etwa 355 Teile auf 1 Mio.. Wenn zudem die anderen Gase, die das Klima verändern, auf die Wertigkeit von Kohlenstoff um- und hinzugerechnet werden, sind wir schon bei rd. 460 Teile auf 1 Mio. Teile.

Wenn ein Wert von 560 erreicht wird, also der natürliche Wert von 280 verdoppelt ist, bedeutet das eine Erwärmung um 2 Grad. Diesen Wert werden wir im bisherigen Trend in etwa 40 bis 50 Jahren erreichen. Mit anderen Worten, wir sind bereits in einer gefährlichen Situation. Die Änderung des Klimas bedeutet nämlich nicht, daß wir schöne Temperaturen wie in Palermo bekommen, sondern fundamentale Veränderung in den Lebensbedingungen auf der Erde.

Den Vorgesmack haben wir in vielen Bereichen schon erlebt: Der El-Niño-Effekt im letzten Jahr, die Zunahme von Orkanen in großen Teilen der Welt, die Verödung und Verwüstung großer Landstriche in Afrika. Oder auch in Europa das Abschmelzen der alpinen Gletscher um mehr als 50 Prozent in den letzten 100 Jahren. Heute sind 5 Prozent mehr Wasserdampf in der Atmosphäre als vor 100 Jahren.

Alle diese Prozesse sind höchst problematisch. Im Trend hochgerechnet bedeutet das nach den Untersuchungen der Welt-Meteorologie-Organisation (WMO), daß wahrscheinlich bis Ende des nächsten Jahrhunderts, also

um 2100, mit einer Erwärmung im Mittel um ca. 2,5 Grad in der unteren Luftschicht gerechnet werden muß. Um deutlich zu machen, was das heißt: Vom Ausgangspunkt 1850 bis zum Ende des nächsten Jahrhunderts, also in 250 Jahren, werden Klimaänderungen zusammengepreßt, die sonst über rund 12.000 Jahren ablaufen. Das kann ein Großteil der Ökosysteme nicht verkraften.

Und das hätte dramatische Folgen für Leben auf der Erde, für Anbauflächen, die Wasserversorgung, die Wirtschaft, die Beschäftigung. Durch die weiter wachsende Weltbevölkerung und die nachholende Industrialisierung werden sich die Klimagefahren beschleunigen und verschärfen. Deshalb ist schon aus Verantwortung für die Eine-Welt die Notwendigkeit des Handelns gegeben.

Wir haben zwei Möglichkeiten. Wir haben die Möglichkeit, zu warten, bis das Problem noch größer wird. Dann werden aber auch die Maßnahmen um so härter und um so einschneidender werden. Und ich weiß nicht, ob eine Demokratie solche tiefgreifenden Maßnahmen, die dann notwendig wären, verkraften kann. Deshalb ist es ein demokratisches Vorsorgeprinzip, die erkannten Gefahren frühzeitig aufzugreifen und soweit es geht abzumildern und abzuwenden. Diese Vorsorgestrategie kann die Chancen einer Klimaschutzpolitik für Innovationen und Beschäftigung nutzen.

Ich will an drei Punkten verdeutlichen, daß mit einer solchen Strategie viele Chancen verbunden sind. Wir haben in der Bundesrepublik ein nachgewiesenes Einsparpotential von mindestens 40 Prozent des heutigen Energieumsatzes. Theoretisch könnten wir ihn schon mit heutigen Technologien, wenn wir alles ausnutzen, um mindestens 40 Prozent verringern. Wir haben ungefähr 300 in der Bundesrepublik durchgeführte Energieeinsparmaßnahmen hochgerechnet für das Bundesgebiet, um die Effekte zu ermitteln. Ergebnis: Wir haben heute volkswirtschaftliche Energiekosten von ungefähr 320 Mrd. DM pro Jahr. Also 320 Mrd. DM für Energie – Wärme, Strom, Mineralöl etc. Wir könnten durch die Ausnutzung des Einsparpotentials die Kosten um etwa 80 bis 85 Mrd. DM verringern.

Eine solche Strategie würde an Investitionen rund 30 Mrd. DM erfordern. Der Widerspruch, daß die Gesellschaft insgesamt reicher wird, liegt auch an dem einfachen Tatbestand, daß diejenigen, die heute an dem hohen Energieeinsatz verdienen, in der Regel nicht diejenigen sind, die an Einsparen interessiert sind. In Wirtschaft und Gesellschaft geht es nämlich auch um Macht und Interessen. Das vergessen manche.

Eine intelligente Einsparstrategie, die Vorteile hätte für Verbraucher, für die Wirtschaft, für die Umwelt, sie wäre möglich. Und sie hätte auch erhebliche Vorteile für die Beschäftigung. Nach den bisherigen Effekten von Energieeinsparmaßnahmen würde eine solche Strategie mindestens 200.000, in der oberen Berechnung sogar 400.000 neue Arbeitsplätze schaffen.

Und deshalb darf beim Energiegesetz keine Politik nach dem Motto gemacht werden "Was dient den Großen?". Das Energiegesetz muß den Klimaschutz, eine intelligente, effiziente Energieverwendung, die Sicherung von Erzeugung in unserem Land sichern und Innovationen und Beschäftigung fördern. Das ist im richtig verstandenen Sinne ökologische Versorgungssicherheit. Deshalb geht es auch nicht darum, die Stadtwerke in ihrer alten Form zu sichern. Aber es geht darum, die dezentrale Energieversorgung zu sichern, weil die nämlich der Schlüssel ist für Energieeinsparungen und für effiziente Energieversorgung. Eine zweite Säule ist der solare Bereich. Wir haben in der Bundesrepublik den bescheiden geringen Anteil von nur 2,3 Prozent regenerativer Energien an der Endenergie, nur 2,3 Prozent. Wir liegen im europäischen Bereich im unteren Drittel. Wir könnten durch eine offensive Solarstrategie nicht nur den Anteil sichern, sondern bis 2010 verdreifachen bis vervierfachen. Deshalb muß die Novellierung des Stromeinspeisungsgesetzes jetzt kommen, die glücklicherweise auf den Weg gebracht ist. Das ist auch im globalen Maßstab für den Export, den Umweltschutz, die Sicherung und den Ausbau von Beschäftigung wichtig. Wir können über den Ausbau des solaren Sektors ungefähr 100.000 Arbeitsplätze schaffen. Das sind hoch effiziente und zukunftsfähige Arbeitsplätze, ein wesentlicher Beitrag für mehr Arbeit und Umweltschutz.

Ein drittes Beispiel: Die Kienbaum-Unternehmensberatung hat eine Studie gemacht über ein mögliches besseres Umweltmanagement in 40 Industriebetrieben. Wenn dort nur das, was heute schon an Möglichkeiten der effizienteren Verwendung von Ressourcen und Energie bzw. an der Vermeidung von Abfällen gegeben ist, genutzt würde, brächte dies erhebliche betriebswirtschaftliche Vorteile. Nach Kienbaum kann das Betriebsergebnis um ungefähr 10 Prozent verbessert werden. Das sind immerhin rund 200 Mrd. DM für die Bundesrepublik. Das nur im Industriebereich, wenn dafür die Rahmenbedingungen gesetzt würden – beispielsweise durch das Öko-Audit, das dann nicht mehr nur ein allgemeines Aushängeschild ist für Betriebe, sondern verbindlich wird. Warum nicht, wenn es der ökologischen Modernisierung dient? Ich bin sehr dafür, über eine Steigerung der Ressourcen und Energieproduktivität die Wettbewerbsbedingungen zu verbessern, Innovationen anzuregen und neue Märkte zu schaffen.

Also, meine Damen und Herren, der eigentliche Punkt der ökologischen Modernisierung ist, die Gestaltungsfähigkeit der Politik für die Zukunft der Gesellschaft und die Zukunft unserer Zivilisation zurückzugewinnen.

Wie am Anfang dieses Jahrhunderts bei der sozialen Frage, die eben nicht, wie das heute oft dargestellt wird, auf die Sozialhilfe reduziert werden kann, sondern das Prinzip für die soziale Gestaltung der Gesellschaft war – übrigens auch vor dem Hintergrund der schrecklichen

Katastrophen dieses Jahrhunderts –, so geht es heute bei der ökologischen Frage erneut um die Zukunftsfähigkeit und die Fortschritts- und Integrationskraft unserer Gesellschaft. Deshalb ist die ökologische Frage letztlich die Erweiterung der sozialen Frage.

Gerade angesichts der Herausforderungen der Klimagefahren würde es unserem Land und Europa, denn ich glaube, diese Fragen können wir nur im europäischen Kontext noch lösen, nicht schlecht anstehen, wenn wir zu Vorreitern der ökologischen Modernisierung werden. Das wäre ein wirklicher Beitrag zur Modernisierung unserer Gesellschaft.

Podiumsdiskussion und Plenumsdebatte: Zukunftsfähige Arbeitsplätze durch Innovation und ökologische Modernisierung – Ist das Bündnis für Arbeit zur Umsetzung bereit?

Teilnehmer:

Karl-Heinz Barz

Vorstandsmitglied der Asea Brown Boveri AG

Professor Dr. Wolfgang Engelhardt

Präsident des Deutschen Naturschutzringes (DNR)

Michael Müller

Vorsitzender der Naturfreunde, Mitglied des
Präsidiums des Deutschen Naturschutzringes
(DNR), stellvertretender Vorsitzender der SPD-
Bundestagsfraktion

Dr. Reinhard Klimmt

Bundesminister für Verkehr, Bau- und
Wohnungswesen

Heinz Putzhammer

Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes
des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)

Moderation: Marion von Haaren

Westdeutscher Rundfunk (WDR)

Marion von Haaren

Ich begrüße Sie zur Podiumsdiskussion mit dem Thema
“Wo stehen wir beim Bündnis für Arbeit und Umwelt“?
Haben wir genügend zukunftsfähige Arbeitsplätze durch
Innovation und ökologische Erneuerung?
Es ist das erste Mal, daß eine solche Veranstaltung in
einem großen Bündnis von Umweltfreunden und
engagierten Umweltschützern gemeinsam mit dem
Deutschen Gewerkschaftsbund stattfindet. Ich denke, es
ist wirklich eine tolle Leistung, daß das geschafft worden
ist, ein solches Bündnis zusammenzubekommen.
Die politische Debatte in diesem Lande wird derzeit
überwiegend von Verteilungskämpfen bestimmt. Im

Mittelpunkt stehen dabei das Sparpaket und die
Rentenreform. Seit gut einem Jahr haben wir eine rot-
grüne Regierung. Sie hatte sich zur Aufgabe gemacht, die
enorm hohe Arbeitslosigkeit abzusenken und den
Umweltschutz in Deutschland, anders als zuletzt die alte
Bundesregierung, wieder stärker voranzubringen. Bisher
allerdings, denke ich, fällt die vorläufige Bilanz nach fast
13 Monaten recht mager aus.

Woran liegt es bzw. was wurde bisher in den letzten
Monaten erreicht? Welche Chancen hätte der verstärkte
Umweltschutz, nicht nur für die Rettung der Natur,
sondern eben auch für den Arbeitsmarkt, aber auch für
die Industrie? Welche Felder sollten sofort angepackt und
bearbeitet werden? Welche längerfristigen positiven
Perspektiven gibt es in Deutschland in der
Zusammenführung von beidem, Umweltschutz und
verstärkter Investition? Welche Widerstände ge-
sellschaftlicher, politischer Art sind zu brechen, und
welche Strategien kann man anwenden, um diese
Widerstände ein Stück weit auszuschalten? Und wie
sehen die gesamtpolitischen Perspektiven in diesem
Land aus, nicht zuletzt auch bei den Verbrauchern, bei
den Arbeitnehmern? Wie kann man die Akzeptanz
wecken und weiter fördern? Das soll uns in den nächsten
Stunden beschäftigen.

Herr Klimmt, Sie sind frischgebackener
Verkehrsminister. Wenn man an die Verkehrspolitik in
diesem Lande denkt, denkt man im Moment, zumindest
was die öffentliche Diskussion angeht, zuallererst mal an
den Transrapid. Ist der Transrapid ein Beispiel für
Umweltschutz und Arbeitsplätze?

Minister Klimmt

Der Transrapid wurde von einem gewerkschafts-
orientierten und aus dem Gewerkschaftsbereich
kommenden Bundesverkehrsminister in Gang gesetzt.
Das war noch Georg Leber, der den Auftrag gegeben hat,
diese Technologie zu überprüfen. Dies nur zur
Erinnerung, damit man weiß, daß das etwas mit dem
Gedanken der Innovation zu tun hat, mit Stärkung von
Verkehrsmitteln, die dazu beitragen sollen, Mobilität
möglichst vernünftig und technisch vertretbar zu

bewältigen. Das war der Ausgangspunkt. So ist das eine lange Geschichte. Es sind jetzt mittlerweile 25 Jahre, die das Thema uns beschäftigt, und es sind auch schon eine ganze Menge von öffentlichen Geldern, 2 Mrd. an Forschungsgeldern und anderes, in dieses System investiert worden. Ich will über die technische Qualität hier jetzt gar nicht diskutieren, weil die Situation, in der wir uns momentan befinden, eine ganz andere ist, unabhängig von der technischen Qualität. Tatsache ist, daß der Bund gesagt hat: Wir stellen von unserer Seite aus für den Fahrweg 6,5 Mrd. zur Verfügung. Das ist auch so in der Koalitionsvereinbarung von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen festgehalten, und nicht mehr. Und diejenigen, die im Konsortium das Betriebssystem herstellen sollen, und diejenigen, die es betreiben sollen, das ist nun mal bei uns die Bahn AG, müssen feststellen, ob sie mit den Konditionen zurechtkommen. Wenn das so wäre, daß das unter diesen Bedingungen vernünftig technisch machbar wäre, dann würde selbstverständlich der Transrapid, so wie es besprochen worden ist, gebaut. Momentan liegt von Seiten der Bundesregierung unsere Erklärung auf dem Tisch, daß wir zu den Vereinbarungen stehen. Jetzt müssen die anderen Partner sich erklären, daß sie aus ihrer Sicht verantwortlich handeln können. Das ist also ein Problem technischer Innovation und unter welchen Bedingungen sie umgesetzt werden kann. Aber das, was etwa unser Thema angeht, ein Bündnis für Arbeit und gleichzeitig für die Umwelt, ist in dem Ressort, das ich zu vertreten habe, in vielen anderen Bereichen eigentlich viel stärker fokussiert. Ob es die Verkehrsentwicklung betrifft, aber auch die Raumplanung und zum Beispiel, was man im Bauwesen macht. Da liegt die eigentliche Musik drin, wenn es um dieses Thema geht.

Marion von Haaren

Herr Klimmt, jetzt sind Sie mir ein bißchen ausgewichen.

Minister Klimmt

Ja.

Marion von Haaren

Es ging um die ganz konkrete Frage: Ist der Transrapid eine Technologie, die uns sowohl hinsichtlich des Umweltschutzes als auch bei den Arbeitsplätzen voranbringt?

Minister Klimmt

Frau von Haaren, Sie haben ja wohl mitbekommen, daß ich nicht aus Dummheit ausgewichen bin, sondern aus politischer Klugheit. Denn in dieser Frage gibt es eine klare und eindeutige Linie der Bundesregierung. Die habe ich umschrieben und definiert, und das gilt, und an

dieser Linie orientiert werden die Bundesregierung und ich als Bundesverkehrsminister operieren.

Marion von Haaren

Herr Barz, Umweltauflagen sind seit Jahren in Deutschland ein Reizthema. Die deutsche Wirtschaft ärgert sich darüber und sagt: Wir müssen eigentlich viel mehr deregulieren, wir brauchen weniger Vorschriften. Sieht das Ihr Unternehmen, das ja eine Menge Güter und Dienstleistungen im Umweltschutzbereich produziert, genauso?

Karl-Heinz Barz

Wir haben wirklich eine erhebliche Regelungsdichte in Deutschland, und dazu kommen noch die EU-Regelungen. Die summieren sich nach unseren Zahlen auf in einer Größenordnung von 10.000 Einzelregelungen, mit denen wir leben müssen. Wir können mit dieser Regelungsdichte umgehen, mittlerweile. Wir haben es in den letzten 20 Jahren alle gelernt, nicht nur mein Unternehmen, alle Unternehmen haben es gelernt. Und ich meine, das ist ein Asset der deutschen Industrie, aus dem sie etwas machen muß. Es geht nicht an, daß wir sagen: Wir wollen das alles weg haben, wir wollen den totalen Freiraum haben für jeden und für jede. Ich glaube, wir haben große Vorteile gehabt, alle, auch als Einzelbürger in diesem Staat. Deshalb müssen wir versuchen, das weiterzuentwickeln, aber weiterentwickeln bitte nicht erst in Deutschland, sondern weiterentwickeln jetzt in der EU, auch in den Ländern, die in die EU eingeladen werden. Das ist für uns eine vordringliche Aufgabe, und deshalb möchte ich dies so auch als Wunsch an die Politik formulieren.

Marion von Haaren

Herr Barz, noch eine Frage an Sie persönlich: Sie wissen, daß es im Vorfeld dieser Veranstaltung eine Menge Absagen gegeben hat. Sämtliche Organisationen der Wirtschaft, der Verbände haben es abgelehnt, an dieser Veranstaltung teilzunehmen. Wie beurteilen Sie das? Ihr Unternehmen ist ja Mitglied beim BDI. Und wie sehen Sie diese Politik?

Karl-Heinz Barz

Lassen Sie mich das ganz offen hier ansprechen. Warum ich hier sitze, geht sicherlich auch auf ein Gespräch zurück, was wir mit dem Wirtschaftsminister Herrn Dr. Müller hatten, der in unserem Hause war vor mehreren Wochen. Wir haben uns dort verständigt, daß wir nicht die deutsche Industrie vertreten, sondern uns selbst, denn wir sind ein umweltengagiertes Unternehmen und gern bereit, hier eine Position zu vertreten.

Marion von Haaren

Aber es ist schon schade, daß die Verbände es insgesamt abgelehnt haben.

Karl-Heinz Barz

Es hätte zu einer lebhafteren Diskussion führen können, nennen wir es mal so.

Marion von Haaren

Herr Professor Engelhardt, der Verteilungskampf in Deutschland geht im Moment vor Umweltschutz. Das Thema Natur hat im Moment wenig Konjunktur. Wir streiten uns um Prozentpunkte bei der Sozialversicherung, bei Lohnnebenkosten. Können wir uns diese Pause im Moment eigentlich wirklich leisten?

Prof. Dr. Engelhardt

Ich möchte zunächst noch etwas zum Thema Deregulierung ergänzen. Denn es wird uns, den Umweltverbänden, insbesondere von einigen hochrangigen Repräsentanten der Wirtschaft ja immer wieder vorgeworfen, daß wir zu sehr auf das staatliche Ordnungsrecht beim Umweltschutz pochen würden. Dabei könne und solle man doch besser alles dem Markt überlassen. Dazu ist unsere Meinung seit langem völlig eindeutig. Selbstverständlich kann der Markt sehr vieles, auch Positives für den Umweltschutz regeln. Aber nicht alles. Ohne ein bestimmtes Ordnungsrecht durch den Staat geht es ganz bestimmt nicht. Das lehrt uns reiche Erfahrung über Jahrzehnte hinweg. Ich will das jetzt nicht ausführen, aber es ist durchaus für unser heutiges Thema einschlägig. Wenn ich nur daran denke, als die Umweltverbände vor zig Jahren das Bleitetraethyl, also die Verbleiung aus dem Benzin, weghaben wollten, aus guten Gründen. Was sagte der damalige Vorstandsvorsitzende von BMW? "Dann bleiben alle Autos stehen!" Wörtlich, ich habe das selbst gehört. Als dann der Deutsche Bundestag das Anti-Bleigesetz verabschiedet hatte, blieb natürlich kein einziges Auto stehen, auch kein Porsche und auch kein BMW. Als unsere Flüsse, und die Älteren unter Ihnen werden sich ja noch daran erinnern, von Schaumbergen besetzt waren an der Oberfläche, von Detergenzien verursacht, und der Bundestag auf Druck der Umweltverbände das Waschmittelgesetz durchbringen wollte, kam die Antwort aus der entsprechenden Industrie: "Dann zurück zur Kernseife!" So war das. Aber als dann der Bundestag das Gesetz verabschiedet hatte, siehe da, am nächsten Tag waren in allen Supermärkten die Detergenzien-freien Waschmittel in den Regalen. Der einzige Grund der Verzögerungstaktik war nur der, daß die betreffenden Firmen ihre Altbestände noch absetzen wollten. Ich könnte noch eine ganze Reihe solcher Beispiele aus meiner jahrzehntelangen Erfahrung bringen, das will ich jetzt nicht tun. Worauf ich hinaus will ist das: Wenn wir immer auf die Meinungsäußerungen des einen oder anderen hochrangigen Repräsentanten eines

Wirtschaftszweiges oder Dachverbandes reagieren würden, und diese Mahnung richte ich besonders an die Bundesregierung, dann kämen wir überhaupt nicht weiter auf diesem Gebiet.

Aber jetzt komme ich zur konkreten Frage. Verteilungskampf und so weiter ist zweifellos ein ganz ernstes Problem. Wir sehen das auch. Ich würde vielleicht nicht so sehr das Gewicht legen auf das Wort "Verteilungskampf", obwohl natürlich da sehr viel Wahres dran ist. Wenn wir integrierenden Umweltschutz voranbringen wollen, dann wird es unvermeidlich sein, daß in der einen oder anderen Branche Arbeitsplätze verloren gehen. Ich bin immer dafür, wenn wir ein schwerwiegendes Problem zu diskutieren und zu lösen haben, – und worüber wir heute reden in dieser Tagung, ist vielleicht das schwierigste Problem, vor dem unser Land seit Jahrzehnten gestanden ist – dann hat es keinen Sinn, daß man mit verdeckten Karten spielt, sondern man muß die Probleme offen ansprechen, sonst kann man sie auch nicht lösen. Also, es wird unvermeidbar sein, daß in der einen oder anderen Branche Arbeitsplätze wegfallen werden. Aber nicht nur aus Umweltschutzgründen. Denken Sie an den Steinkohlebergbau, an die Weltmarktpreise, da fallen auch Arbeitsplätze weg. Aber auf anderen Sektoren werden eben neue, und wie wir fest annehmen und hoffen, viel mehr Arbeitsplätze geschaffen werden.

Aber die Hauptschwierigkeiten sehe ich seitens der Umweltbewegung gar nicht so sehr in diesem Punkt. Ich möchte einmal etwas provozierend sagen: Wir stehen in der Umweltbewegung auf nationalem Gebiet – mit einigen Ausnahmen auf dem ökologischen Sektor – im technisch-hygienischen Bereich sehr gut da. Wir sind da nach wie vor an der Weltspitze, da gibt es gar

keinen Zweifel. Aber der Himmel über der Ruhr ist eben wieder blau, was Willy Brandt damals gefordert hatte, unsere Flüsse sind nicht mehr von Schaumbergen bedeckt. Ich könnte jetzt andere Beispiele bringen, die den Bürger und die Bürgerin täglich betreffen, ob man in dem Gewässer baden darf oder nicht, ob das Kind Husten bekommt wegen Luftverschmutzung und so weiter. Das ist faßbar, und da setzt man sich ein. Aber warum es bei uns jetzt geht, denn wir wissen das ja alle, aber wir vergessen es immer wieder, das ist doch die globale Situation. Nicht nur das Stichwort "Globalisierung des Welthandels", wichtig genug, sondern die ganze Globalisierung ist für unsere Bürgerinnen und Bürger weit weg.

Marion von Haaren

Die Frage möchte ich weiterreichen an jemanden, der ja innerhalb der SPD auch an der Regierung beteiligt ist. Herr Müller, die Umweltinvestitionen insgesamt sind eher auf dem Rückzug, wenn man den Zahlen glauben darf. Dennoch sagen uns die Industrie und die großen Verbände und das sagt auch Prof. Engelhardt, Deutschland steht gut da im internationalen Vergleich, jetzt sollen erst mal die anderen ran, Europa und die übrigen Staaten dieser Erde. Ist das die richtige Strategie, das Politikfeld auf Europa verlagern und in die internationalen Gremien?

Michael Müller

Ich stimme Wolfgang Engelhardt völlig zu, daß wir zwar auf der einen Seite im technologischen Bereich sehr weit vorne liegen, aber daß das

nicht unbedingt stimmt für die Umsetzung. Aus meiner Sicht gibt es wie in kaum einem andern Land einen eklatanten Widerspruch in der Bundesrepublik zwischen den vorhandenen technologischen Möglichkeiten und der Nutzung dieser Möglichkeiten.

Marion von Haaren

Können Sie da Beispiele nennen?

Michael Müller

Das geht von den ungeheuren Kapazitäten oder Möglichkeiten, die wir haben im ganzen Energiebereich, über Chancen in der Material- und Werkstoff-Forschung bis Gott weiß wohin.

Marion von Haaren

Gibt es Länder in Europa oder weltweit, die mit Energie heute besser umgehen als wir?

Michael Müller

Intelligenter macht das auf jeden Fall Dänemark. Auch was sich jetzt beispielsweise in England vollzieht, finde ich hoch interessant, wo eine Ökosteuer eine Dynamik auslöst, indem sie von Jahr zu Jahr an bestimmte Energiereduktionen anknüpft. Spannend ist auch, was man in Österreich macht, die Kopplung der Mehrwertsteuer an den Verbrauch eines Autos und so weiter. Es gibt viele solcher Beispiele. Das heißt auch, daß es eigentlich kein einzelnes Musterland gibt. Es gibt sehr viele, sehr unterschiedliche Aspekte, die sehr positiv sind und die man nutzen sollte.

Die Bundesrepublik ist aus meiner Sicht ein Land, das von der wissenschaftlichen und von der technologischen Infrastruktur her größere Möglichkeiten als andere Länder hat, die aber nur unzureichend genutzt werden. Ich halte es beispielsweise im Augenblick für einen Skandal auf der europäischen Ebene, daß die Bundesrepublik – das war noch die alte Regierung, aber ich sage auch was gleich zu der neuen Regierung, um diese Kritik nicht einseitig zu verteilen – das Projekt mit der Solarthermie kurz vor dem Erreichen der Marktreife von solarthermischen Kraftwerken abgebrochen hat. Um die Marktreife zu erreichen, fehlten nur noch wenige Millionen. Obwohl das eine der wichtigsten Zukunftstechnologien überhaupt ist, wurde das Projekt abgebrochen. Das halte ich für unverantwortlich. Wir haben hier in der Bundesrepublik, das will ich deutlich sagen, den Konflikt mit dem Wirtschaftsministerium, das die Energieforschung zurückfahren will. Ich glaube, daß das unmöglich ist. Gerade Energieforschung braucht Kontinuität in der Mittelvergabe, um langfristig forschen und umsetzen können. Das werden wir als SPD-Fraktion nicht mitmachen. Und ich nehme auch an, daß das auch zwischen den beiden Koalitionsfraktionen Einverständnis erzielt.

Doch ich will auf den Kern der Frage aus meiner Sicht zurückkommen: In der Bundesrepublik verstehen wir Umweltschutz so, daß wir sagen: Es kann eigentlich alles so weiterlaufen wie bisher, wir müssen nur nach den Möglichkeiten ein bißchen mehr Umweltschutz dranhängen. Ich glaube, daß der eigentliche Kern der ökologischen Modernisierung ein anderes Verständ-

nis von Ökonomie und von technologischer Entwicklung und von wirtschaftlicher Entwicklung ist. Beispielsweise paßt es im Energiebereich nicht zusammen, auf der einen Seite öffentlich Klimaschutz- und Energieeinsparung zu proklamieren, und auf der anderen Seite Strukturen zu fördern, die genau das Gegenteil, nämlich die immer stärkere Herausbildung von Größe und letztlich nur von Absatzstrategien, bewirken. Das paßt nicht zusammen. Deshalb ist aus meiner Sicht das eigentliche Problem die politische Gestaltungsfrage. In diesem Sinne ist das Wichtigste, daß die Ökologie eine Chance ist, aus dieser tiefgreifenden Stagnation und Lähmung unserer Gesellschaft herauszukommen. Wenn ich aus dieser Stagnation herauswill, muß ich wissen, zum letzten Mal sind wir aus einer tiefgreifenden Stagnation und Krise unserer Gesellschaft herausgekommen, als wir letztlich den Sozialstaat gegen vermachete, strukturierte Status quo-Interessen durchgesetzt haben. Das bedeutet für die ökologische Modernisierung: Ich muß Bündnisse in der Gesellschaft finden, die gegen die Verkrustung des Status quo stehen. Das ist der Punkt, um den es eigentlich geht. Und das ist beispielsweise mit diesen Verbänden eigentlich nicht hinzukriegen, denn die Verbände einigen sich in der Regel nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner und den Status quo, aber nicht auf die Innovation. Das ist das Hauptproblem heute bei uns.

Marion von Haaren

Heute wird ja viel von Yello-Strom gesprochen, da ist überall in der Werbung und in der Presse nachzulesen, wie toll das alles ist und wie billig. Wir wissen auch, daß da, wie so schön gesagt wurde, in der Schweiz gewaschener französischer Atomstrom dahintersteht. Herr Professor Engelhardt, in Frankreich hat es bei den letzten Parlamentswahlen ja einen deutlichen Ruck hin zu mehr Grüner Politik gegeben. Ich sage das gar nicht in parteipolitischer Hinsicht, sondern als Tendenz. Wie ist denn die Entwicklung in Frankreich bei den Naturfreunden, bei den Umweltschutzorganisationen? Inwieweit wird Energiepolitik auch unter europäischer Perspektive politisch diskutiert? Gibt es da vielleicht auf französischer Seite Verbündete, die auch ein Stück des Ansatzes, den wir heute diskutieren, unterstützen? Haben Sie dort Ansprechpartner, gibt es da Kontakte? Wie sieht das konkret aus?

Prof. Dr. Engelhardt

Ich würde da keine sehr großen Hoffnungen auf unsere Kolleginnen und Kollegen gerade in Frankreich setzen. Die Umweltbewegung in Frankreich ist, genau genommen, schwach. Das ist einfach Faktum. Es gibt auch europäische Länder, wo es gut funktioniert, wie in den Niederlanden, Dänemark, überhaupt die nordischen Länder. Aber Frankreich ist kein gutes Beispiel. Es gibt eine ganze Reihe von kleineren und kleinen Umweltschutzorganisationen, aber sie haben keinen

großen Dachverband wie wir. Und es ist fast unmöglich, da entsprechend zu agieren. Ich weiß von den Kolleginnen und Kollegen drüben, wenn die in ihrem Land wichtige umweltpolitische Entscheidungen vorbereiten wollen, müssen sie jedesmal ad hoc die ganze Corona wieder zusammenholen. Das ist ein Weg, der führt meistens zum Mißerfolg. Wir haben in Brüssel das EEB, das Europäische Umweltbüro, unser Generalsekretär im Deutschen Naturschutzring, Herr Röscheisen, ist dort einer der Vizepräsidenten. In Brüssel wird ja auch ein großer, wenn nicht der größte Teil der Umweltpolitik gemacht. Dort haben wir diese Anlaufstelle, und dort sind aus allen europäischen Ländern die Umweltorganisationen vertreten.

Marion von Haaren

Also da ist dann auch die stärkste Lobby.

Prof. Dr. Engelhardt

Sicher, und das muß auch so sein: In meinem Verband sind 107 juristische Organisationen mit 5,2 Mio. Einzelmitgliedern, in anderen Ländern sind es schon wegen der Bevölkerungsgröße natürlich nicht so viele. Aber immerhin. Jetzt stelle man sich einmal vor, es würden zu der Umweltkommissarin in Brüssel für ein bestimmtes Anliegen aus den 16 Ländern sagen wir mal 500 Organisationen antanzen. Die Folge wäre, daß die Kommissarin sagen würde: So geht es nicht. So geht es auch nicht. Es genügt schon, wenn 16 kommen würden.

Marion von Haaren

Herr Klimmt, ein großer Erzeuger von CO₂-Emissionen ist nach wie vor der Straßenverkehr. Als frischgebackener Verkehrsminister muß ich Sie da natürlich fragen: Welche konkreten Vorstellungen haben Sie denn für die Legislaturperiode, um hier Einhalt zu gebieten? Vorhin hat Prof. Engelhardt erwähnt, daß bei der Diskussion, ob das Benzin Blei enthalten solle, die Befürchtung bestand, daß die Autos stehen bleiben. Heute bleiben sie tatsächlich stehen, aber nicht, weil es kein Blei mehr gibt, sondern weil wir mittlerweile die Straßen verstopft haben. Welche Perspektiven können Sie denn heute unter dem Aspekt "Arbeitsplätze und Umweltschutz" uns mitgeben in Sachen Verkehr?

Minister Klimmt

Ich glaube, daß wir die Mobilität als solche in unserer Gesellschaft einfach akzeptieren müssen. Die Kongreßteilnehmer sind auch alle auf irgendeine Art und Weise hier angereist, und sicherlich sind nur wenige zu Fuß gekommen. So müssen wir von unterschiedlichen Verkehrsträgern ausgehen. Zu ihnen gehört auch das Auto. Ich glaube, daß diese Gesellschaft das Auto auch als ein Stück individueller Freiheit begreift, mithin ist es kein realistischer Weg, das Auto abzudrängen und zu

sagen: Ihr müßt euch an Alternativen orientieren. Es geht vielmehr um die sinnvolle Nutzung der verschiedenen Verkehrsträger, die wir haben, das Automobil, die Eisenbahn, auch das Flugzeug. Es ist halt nun mal so, wenn man nach New York will, das geht beim besten Willen nicht mit der Eisenbahn. Insofern muß man die verschiedenen Verkehrsträger so einsetzen, daß sie den meisten Nutzen bringen und am wenigsten Schaden anrichten.

Dazu gehört auch, und das ist ein sehr, sehr wichtiger Punkt, der gerade auch für die Induzierung von Arbeitsplätzen von Bedeutung ist, daß man an den Aggregaten selber etwas tut, um damit die von ihnen für die Umwelt ausgehende Gefährdung zu reduzieren. Das heißt, am Auto kann man sehr viel machen, um auf diese Art und Weise dazu beizutragen, daß etwa der Ausstoß von Schadstoffen reduziert wird. Und da gibt es in der Automobilindustrie und den angrenzenden Bereichen ein erhebliches Arbeitsplatzpotential. Ich halte es für wichtig, daß wir über entsprechende Verordnungen von unserer Seite aus nachhelfen, damit dann auch solche innovatorischen Prozesse in Gang gesetzt werden.

Marion von Haaren

Unterstützen Sie den Vorschlag einer Entfernungspauschale statt einer Kilometerpauschale?

Minister Klimmt

Ja, das ist eine Position, die ich immer vertreten habe. Wir wollen mit der Entfernungspauschale dafür Sorge zu tragen, daß die Verkehrsträger miteinander gleichgestellt sind, wenn es darum geht, daß jemand seinen Arbeitsplatz erreichen will. Ich werde mich jedenfalls weiter dafür einsetzen.

Der nächste Punkt, der für mich von Bedeutung ist, daß wir die Verkehrsträger stärken, die besonders umweltfreundlich sind. Das bedeutet einmal, den ÖPNV, den Öffentlichen Personennahverkehr in den Ballungsräumen, überhaupt im Nahbereich einzusetzen. Gleichzeitig müssen wir uns mit dem Verkehrszuwachs, den wir einfach haben, auseinandersetzen. Bisher haben wir es noch nicht geschafft, Wirtschaftswachstum und Verkehrswachstum voneinander zu entkoppeln. Dieser Verkehrszuwachs – sowohl beim Güter- als auch beim Personenverkehr – vollzieht sich momentan aufgrund von Unzulänglichkeiten der Ausstattung der Schienenwege fast ausschließlich auf der Straße. Ihn müssen wir versuchen, stärker auf die Schiene zu lenken und beim Güterverkehr dafür Sorge zu tragen, daß auch die Wasserstraße, die ja auch einen hohen ökologischen Stellenwert hat, genutzt wird. Dieses ist die Aufgabe der Verkehrspolitik. Nur werden wir das nicht erreichen, wenn wir meinen, man müsse zum Beispiel das Auto zwangsweise stilllegen.

Wir werden also in die Verkehrswege, und dazu gehört auch das Automobil, zukünftig auch weiter Geld stecken. Ein wichtiger Punkt ist, daß wir beim Güterverkehr die Konkurrenzfähigkeit der Bahn gegenüber dem LKW, der ja sehr flexibel ist, stärken. Einmal muß die Leistungsfähigkeit der Bahn verbessert werden. Dabei müssen wir ihr helfen. Wir müssen Elemente wie den kombinierten Verkehr nach vorne bringen. Und auf der anderen Seite muß man dort, wo bei uns beispielsweise der LKW begünstigt ist, gerade, was den Transitverkehr angeht, über Road-Pricing nachdenken. Ich denke, daß wir im Jahr 2002 mit der Telematik und all den anderen Möglichkeiten soweit sind, daß wir wirklich pro Kilometer entfernungsabhängig dann auch die LKW belasten können, die unsere Straßen verstopfen. Das sind Ansatzpunkte, wo die Förderung der Schiene mit entsprechenden Maßnahmen im Straßenverkehr kombiniert werden kann. Ich bin ganz stolz darauf, daß es mir gelungen ist, zusammen mit den Franzosen, den Italienern und Österreichern für LKW das Sonntags- und Feiertagsfahrverbot aufrecht zu erhalten und deutlich gemacht zu haben: Es gibt Alternativen zum LKW, die liegen auf der Schiene, die während dieser Fahrverbote (und natürlich nicht nur dann) genutzt werden kann. In diesem Sinne ist die Politik der Bundesregierung darauf gerichtet, die Schiene zu stärken, ohne das Auto, das sage ich jetzt noch mal deutlich, zu verteufeln.

Marion von Haaren

Trotzdem noch mal die Nachfrage: Das Road-Pricing läuft ja auf eine Verteuerung auch des LKW-Verkehrs, des LKW-Transports hinaus. Haben Sie das mit der ÖTV abgesprochen?

Minister Klimmt

Ich glaube, wir sind uns alle einig, auch die Verkehrsträger selber, daß es um einen fairen Wettbewerb geht. Und es ist auch denjenigen, die Lastwagenspeditionen betreiben, klar, daß es auch andere Angebote geben muß. Beim kombinierten Verkehr kann der LKW zum Beispiel die lange Strecke mit der Bahn überwinden und dann am Zielort seine Flexibilität nutzen, um in die Straßen und zu den Empfängern zu fahren, die keinen unmittelbaren Gleisanschluß haben. Und das sind die meisten. Ich glaube, hier sind die erfolgversprechendsten Ansätze zu suchen. Es geht nicht darum, die Lastwagen zu verschrotten. Das wird gar nicht gehen, denn der kurze Weg wird einfach über LKW abzuwickeln sein. Es geht darum, für die langen Strecken eine Alternative zu finden. Entweder ganz auf der Bahn zu transportieren bzw. den kombinierten Verkehr wirklich leistungsfähig zu machen.

Marion von Haaren

Herr Müller, der Benzinpreis ist in Deutschland ein politischer Preis. Egal, ob er jetzt politisch induziert ist oder durch die Rohölsituation. Die Grünen haben vor

Jahren die Öffentlichkeit aufgeschreckt mit den 5 DM. Ist der Preis heute noch zu niedrig? Wie sind die Perspektiven? Wir wissen, es gibt Steigerungsschritte, 6 Pfennig. Da muß nur mal eben wieder was passieren auf dem Rohölmarkt, dann sind die 6 Pfennig kaum mehr zu spüren. Wenn die Preise wieder herunter gehen, merkt man die 6 Pfennig nicht. Gibt es eine Steuerungswirkung, die derzeit vom Benzinpreis ausgeht? Und wenn nicht, wo läge diese Steuerungsgröße?

Michael Müller

Was mir im Augenblick bei der Preisbildung auffällt, ist dieses unterschiedliche Verhalten der Energiekonzerne im Strombereich und im Mineralölbereich. Im Strombereich sehen wir auf einmal, was die Konzerne über Jahre für Extra-Profite gemacht haben, denn sonst könnten sie die Preise jetzt nicht so radikal senken. Und bei der ökologischen Steuerreform ist es so, daß sie die Öko-Steuern ausnutzen, um sehr viel mehr draufzulegen, was im Grunde genommen überhaupt nicht nachvollziehbar ist.

Die Preise im Benzinbereich sind deutlich stärker gestiegen als es die Belastung durch die ökologische Steuerreform, und auch aus meiner Sicht, auch die auf die Preisbildung auf den Spotmärkten rechtfertigt. Man hat hier ganz hübsch zugelangt, hat das ausgenutzt und macht natürlich auf der Welle auch Politik. Insofern liegen die Preise heute aus meiner Sicht deutlich über dem, was bei der ökologischen Steuerreform hätte herauskommen dürfen. Darüber müssen wir auch weiter politisch reden. Wir haben ja zwei weitere Stufen mit jeweils 6 Pfennig, und das heißt, wir kommen dann schon an eine Größenordnung, die in der Bundesrepublik spürbar wird. Das kriegen wir auch als Reaktion aus verschiedensten Bereichen sehr stark mit. Ich würde davor warnen, zu glauben, die Reduktion des Benzinverbrauchs allein über das Instrument "Preis" erreichen zu können. Wir müssen auch in dem Bereich sehr viel klarer auch zu ordnungsrechtlichen Schritten kommen. Ich halte nach wie vor eine Flottenverbrauchsregelung für ein richtiges Instrument, d.h., einen ganz klaren technischen Wert der ständigen Minimierung des Benzinumsatzes vorgeben. Das ist auch möglich. Benzinmotoren sind heute mit das Ineffizienteste, was es gibt, weil sie einseitig auf Höchstgeschwindigkeit und Beschleunigung ausgerichtet sind.

Marion von Haaren

Darf ich da noch mal nachfragen: Flottenverbrauch. Das heißt, eine bestimmte Festlegung?

Michael Müller

Nein, beim Flottenverbrauch ist es so, daß man die Zahl der Autos, die Hubraumklassen und alles miteinander gewichtet und dann vorgibt, wie hoch beispielsweise die CO₂-Emissionen insgesamt für die Flotte sein dürfen. Daraus ergibt sich dann der Benzinverbrauch. Das ist

technisch möglich, wir haben auch bereits unterschiedliche Modelle berechnet. Der entscheidende Punkt ist, um das noch mal deutlich zu machen: Bei einem Benzinmotor wird weniger als 20 Prozent der eingesetzten Energie wirklich in Bewegung umgesetzt. Man könnte deutlich höher gehen, nur es wären andere Autos. Aber technologisch wäre das möglich. Allerdings ist heute die gesamte Philosophie darauf ausgerichtet, daß jedes Auto mindestens 180 Stundenkilometer und mehr fährt, und wenn es Beschleunigungswerte von unter 10 Sekunden bis auf 100 haben soll, dann ergibt sich eine klare Konsequenz: Man kann noch so viel an Effizienzverbesserungen machen, alle Effizienzvorteile werden fast immer wieder relativ überkompensiert durch die Geschwindigkeits- und die Beschleunigungsentwicklung.

Marion von Haaren

Also was wäre da Ihr Plädoyer?

Michael Müller

Höhere Effizienz und Ausnutzung der Motoren technologisch vorschreiben.

Marion von Haaren

Festlegen.

Michael Müller

Technologisch vorschreiben. Das ist aus meiner Sicht möglich. Wäre auch der beste Weg. Das haben wir in der Fraktion mehrfach diskutiert. Das ist allerdings, das muß man schon sagen, ein schwieriger Weg, weil er auch nicht so einfach in offenen Märkten durchsetzbar ist. Aber es hat auch auf europäischer Ebene solche Initiativen gegeben. Es ist also nicht so, daß das isoliert nur in der Bundesrepublik diskutiert wird. Ich finde schon sehr spannend, gerade in diesem Sektor zu beobachten, wie hier zwei ganz starke Wirtschaftsbranchen in der letzten Zeit wie bekloppt gegeneinander gekämpft haben, nämlich die Mineralölwirtschaft und die Automobilindustrie. Denn die Automobilindustrie braucht für die Magermotoren sehr viel schwefelärmeres Benzin. Aber die Mineralölwirtschaft will das nicht, weil sie an den heutigen Kapazitäten festhält, an denen sie immer noch gut verdient. Insofern ist es auch hier nicht nur eine Frage der Auseinandersetzung mit Verbänden, sondern zum Teil auch mit unterschiedlichen Interessen innerhalb der Wirtschaft.

Marion von Haaren

Da sind wir doch bei Herrn Barz genau richtig. Herr Barz, es gibt ja eine merkwürdige Entwicklung im Bereich Automobilsektor. Wir haben auf der einen Seite immer leistungsfähigere Motoren im unteren Segment, die also relativ wenig Energie brauchen, Stichwort Drei-Liter-Auto, auf der anderen Seite haben wir die Ausweitung

des Segments der wirklich sehr kraftvollen Motoren, die – immer noch – enorm viel Sprit fressen. Soll man das weiter so laufen lassen? Soll man nur sagen: Wir regeln das über den Benzinpreis? Oder wäre dieser Vorschlag von Michael Müller sinnvoll, zu sagen: Wir geben bestimmte technische Verbrauchswerte vor?

Karl-Heinz Barz

Ich halte nichts von technischen Limitierungen. Ich glaube, wir begrenzen die Kreativität unserer Ingenieure dann wirklich in einem Kernelement. Ich höre immer: Wir reden über mehr Verordnungen, mehr Ordnungsrecht. Hier ist vielleicht ein Punkt, wo man dem Herrn Henkel beipflichten kann. Der hat einmal gesagt: Wir müssen aufpassen, im Wettbewerb stehen wir auch. Und Wettbewerb nicht nur im europäischen Kontext; es gibt einen Wettbewerb, der sehr viel weiter geht. Und ich möchte nicht in einer Situation enden, die ich bildhaft so umschreiben möchte: Wenn wir auf der Straße fahren, sind die Verordnungen und Regeln und Strafbußen, die uns alle drohen, die Leitplanken. Aber es ist äußerst unangenehm, wenn Sie auf einer Straße vor lauter Leitplanken überhaupt nichts mehr sehen. Da sind links und rechts Leitplanken. Und am Schluß fahren wir nur in einem ganz großen Kreisverkehr und sind keinen einzigen Meter weitergekommen.

Marion von Haaren

Aber Herr Barz, wenn der Autofahrer betrunken ist oder bestimmte Dinge nicht mehr wahrnimmt, weil das Gesichtsfeld immer enger wird, dann sind die Leitplanken vielleicht auch ganz sinnvoll. Mit Ihrer Position habe ich etwas Schwierigkeiten, weil Sie eingangs ja auch ein paar andere Sachen gesagt haben. Wir haben ja Verordnungen gehabt, die uns weitergebracht haben. Stichwort Katalysatordebatte. Was war damals das Wehklagen groß aus dem Bereich der Industrie. Es war der Untergang der deutschen Automobilindustrie. Heute fahren wir mit diesem Ding, und ich merke immer, wenn man aus dem Ausland nach Deutschland zurückkommt, wie rein die Luft bei uns ist. Wenn man mal in die wunderbaren Wachstumsregionen, zum Teil sind sie es ja auch nicht mehr, nach Asien fährt und sieht, daß dort die Botschaftsangehörigen mit Atemmasken durch die Innenstädte gehen müssen, dort ist der Katalysator noch nicht. Aber ich weiß nicht, ob die erfolgreicher sind mit ihrer Automobilindustrie. Das kann ich nicht beurteilen. Ich sage nur, es gibt ja etliche Gegenbeispiele.

Karl-Heinz Barz

Wir müssen gucken, wo wir unsere Mittel einsetzen. Sie sagen mit Recht: Wenn wir nach Deutschland kommen, scheint alles sehr in Ordnung zu sein. Ich war gerade letzte Woche in Peking, und dort ist weiterhin die Luft sehr belastet, obwohl man jetzt gerade die Stadt wegen

der 50 Jahr Feier "gecleant" hat. Aber man muß fragen: Erreichen wir wirklich insgesamt mehr mit dem Mitteleinsatz, wenn wir das in Deutschland einsetzen? Die deutsche Industrie muß sich das fragen. Und die Bundesregierung muß sich fragen: Wo will sie die deutsche Industrie unterstützen? Hier, nur im deutschen Markt den deutschen Kunden befriedigen? Oder muß sie nicht versuchen, das Geld so einzusetzen, daß auch weltweit eine tatsächliche Verbesserung erfolgt und daß die deutsche Industrie ihren Exportmarkt zukünftig langfristig absichert und dort nicht auf Platz 2 oder 3 zurückfällt. Aber ich meine, bei unserer Exportabhängigkeit, und da schaue ich auf die Arbeitsplätze, müssen wir viel mehr darüber sprechen: Was kann die deutsche Industrie tun im Ausland? Was kann die Bundesregierung ...

Marion von Haaren

Also Exportförderung.

Karl-Heinz Barz

Exportförderung, aber auch die richtigen Produkte anbieten. Es bringt nichts, daß wir hier versuchen, noch mehr regulierend in unsere Produktentwicklung einzugreifen, die dann vielleicht nicht in einem anderen Land verkaufbar ist.

Marion von Haaren

Aber Sie würden doch zugeben Herr Barz, daß so etwas wie der Katalysator ja nicht nur eine Technologie ist, die für Deutschland oder Europa sinnvoll ist, sondern gerade auch in den Schwellenländern, wo mittlerweile ganz viele Automobile und LKW eingesetzt werden, aber zu einer katastrophalen Belastung der Umwelt geführt haben.

Karl-Heinz Barz

Absolut. ABB, d.h. Mitarbeiter von uns, haben die Lanta-Sonde erfunden. Wir waren immer stolz, daß wir auf diesem Gebiet technisch führend sind. Man muß sich natürlich fragen, ob man nicht, wenn man Entwicklungshilfe gibt und andere Länder unterstützt, daran vielleicht auch ein paar Bedingungen knüpft, ein wenig verkürzt gesagt.

Minister Klimmt

Ich bin kein Verordnungswütiger. Ich glaube, daß man die freie Entscheidung zum Beispiel des Autofahrers oder Verkehrsteilnehmers soweit wie möglich offen halten muß, auch, um seine Verantwortlichkeit zu stärken. Nicht, daß man nachher meint, man brauche auf nichts mehr zu achten, weil man überall Vorschriften und Leitplanken hat. Die Verantwortlichkeit des Einzelnen ist übrigens auch für den ökologischen Gedanken von zentraler Bedeutung. Das kann man nicht alles über Verordnungen regeln, es bedarf des Bewußtseins.

Aber selbstverständlich gibt es Bereiche, wo man Verordnungen benötigt. Sie haben selbst das Thema Promillegrenze genannt. Bei uns geht es halt nicht, daß man mit Alkohol oder Drogen Auto fährt, weil man andere gefährdet. Ich halte es auch für richtig, daß wir den Sicherheitsgurt eingeführt haben und viele andere Dinge, die mit Sicherheit zu tun haben. Gerade diese Ausrichtung der deutschen Automobilindustrie auf den Bereich Sicherheit trägt ja auch dann zum Exporterfolg bei. In der Tat muß man darauf achten, daß man mit staatlichen Vorgaben nicht Entwicklungen abwürgt, sondern daß man nur dort eingreift, wo eine effektive Verbesserung erreicht wird. Es kann nicht angehen, aus einem preußischen Gängelungswahn heraus zu glauben, ein Mensch, der frei entscheidet, wird nur Fehler machen. Nein, die freie Entscheidung, die Fähigkeit dazu muß selbstverständlich durch unsere Gesellschaft gefördert und nicht unterdrückt werden.

Marion von Haaren

Also mit anderen Worten Herr Klimmt, Sie werden sich mit Herrn Müller noch mal darüber abstimmen, ob es diese Beschränkungen geben soll beim Motor. So habe ich das jetzt verstanden als ein Stück weit Gegenrede.

Minister Klimmt

Jede technische Vorgabe, und wir haben ja massenhaft Vorgaben bei uns, muß geprüft werden, ob sie nützlich ist oder unnütz. Vorgaben im technischen Bereich brauchen wir auch in der Harmonisierung im europäischen Sektor und weltweit. Darüber muß man selbstverständlich reden. Das macht ja auch einen Sinn. Und damit kann man in der Tat auch wieder neue technische Entwicklungen generieren und damit wieder auch neue Arbeitsplätze.

Michael Müller

Ich finde, man soll hier keine falschen Fronten aufbauen, und ich fand, das war schon ein bißchen schief. Denn ich glaube nicht, daß ein beispielsweise verbrauchsarmer PKW kein Exportschlager ist. Im Gegenteil. Ganz im Gegenteil. Ein effizienter Motor als Teil eines modernen Fahrzeugs ist sicherlich auch ein Aushängeschild für die Kreativität und die Leistungsfähigkeit von Technikern und Wissenschaftlern in der Bundesrepublik. Der Tatbestand ist doch ein anderer. Der Tatbestand ist, daß wir in der Frage der Verbrauchsreduktion seit Jahren beim Auto viel zu langsam vorankommen im Verhältnis zu dem, was möglich wäre. Was wird gemacht? Man schafft sich ein paar Alibi-Autos, die zeigt man groß in der Werbung, und oben laufen Autos, die immer mehr verbrauchen. Das ist keine saubere Entwicklung. Ich will auch nicht das Alibi-Drei-Liter-Auto. Ich will eine generelle Senkung als politische Vorgabe, und, das finde ich richtig, als generelle Senkung des Energieverbrauchs beim Auto. Das ist möglich, das ist keine falsche

Position, sondern das ist im Interesse des Gemeinwohls und auch im Interesse der Innovationsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

Marion von Haaren

Das heißt, 200 fahren können mit möglichst nur noch 5 Litern.

Michael Müller

Ich sage noch mal, wo immer es geht. Wenn Sie das in Selbstverantwortung tun, okay. Nur ich stelle fest: Die deutsche Automobilindustrie hat sich beispielsweise verpflichtet, eine bestimmte Verbrauchsreduktion zur CO₂-Verringerung zu machen. Und dies kommt nicht voran. Ich stelle das einfach nur fest. Mehr sage ich hier gar nicht. Und wenn das so ist, dann müßte man auch politisch handeln. Es tut mir leid. Die Chance war da.

Und ein zweiter Punkt zur Regulierung. Ich glaube, diese Debatte wird ziemlich falsch geführt. Ich kann mir überhaupt keine komplexe, moderne Gesellschaft – bei aller Notwendigkeit, Selbstverantwortung und Eigenverantwortung zu stärken – vorstellen, die ohne Regeln auskommt. Das soll mir mal einer vormachen, wo es so eine Gesellschaft gibt. Es muß Institutionen des Gemeinsinns und des Gemeinwohls geben. Wir können nicht auf der einen Seite diesen Verfall an Gemeinsinn in der Gesellschaft beklagen und gleichzeitig alles tun, daß er auch noch beschleunigt wird. Das paßt nicht zusammen. Das muß man dann auch mal benennen. Es geht um etwas anderes, und das, finde ich, muß man ansprechen. Es geht darum, ob unsere Regelungssysteme richtig sind.

Marion von Haaren

Das ist der Punkt.

Michael Müller

Das ist der Punkt. Und darüber kann man reden. Wir haben zum Teil in unserem Regelsystem noch Grundpositionen aus dem preußischen Ordnungsrecht, sozusagen das alte Preußische Landrecht. Davon haben wir sehr viel auf das Umweltrecht übertragen. Dieser Glaube, man könne sozusagen immer mit dem erweiterten Polizeirecht Entwicklungen verhindern, ist erstens schon von der Problemlage her schief und führt zweitens natürlich zu wachsender Undurchschaubarkeit durch immer größere Komplexität und Bürokratisierung. Das wollen wir ja gar nicht. Aber daß man *keine* Regeln braucht, ist nicht die Alternative. Die Alternative ist, daß man sinnvolle, innovationsorientierte, an qualitativen Zielen ausgerichtete Regeln findet. Das ist der Punkt, über den wir dann reden müssen. Nur eins geht nicht, die

heutigen Regeln zu kritisieren, aber gleichzeitig keine neuen zu wollen. Das geht nicht.

Heinz Putzhammer

Noch eine Anmerkung zur Frage der Unterstützung des Exports. Das scheint mir wichtig zu sein, denn das ist ein Punkt, wo man wieder auf das Thema Umwelt und Arbeitsplätze zurückkommen kann. Dabei liegt mir daran, die verschiedenen Vorgehensweisen von den Vereinigten Staaten von Amerika und von Deutschland zu vergleichen, denn die beiden sind ja nach den Tabellen der letzten Jahre jeweils an der Spitze des Exports von Umwelttechnologie. Da muß man sich mal wirklich anschauen, was in den USA alles gemacht wird, um diesen Spitzenplatz zu halten, wie die Regierung in ihren Beziehungen zu anderen Ländern, in ihrer Zusammenarbeit mit den Firmen in Amerika, wie sie auch mit finanziellen Mitteln, mit Beratung, mit Management, mit Diplomatie und so weiter dafür sorgt, daß die Firmen im Ausland Absatzchancen haben und Geld verdienen. Das wünschte ich mir von unserer Regierung auch!

Der zweite Punkt: Wie kam man denn dahin, daß Deutschland Exportweltmeister wurde? Hat sich dieser technologische Fortschritt quasi im Selbstlauf entwickelt? Das sehe ich nicht so. Ich glaube vielmehr, daß die aktive staatliche Umweltpolitik der Vergangenheit, die die Latte immer höher gesetzt hat, dazu gezwungen hat, daß Fortschritte gemacht worden sind. Das aber ist eben kein Nachteil, sondern das hat dazu geführt, daß in Deutschland bestimmte Standards, auch technologische, früher bewältigt worden sind. Das wiederum erlaubte, wenn es darum ging, Weltmärkte zu besetzen, daß die Deutschen schneller waren, weil sie das schon entwickelt hatten. Hier kommt also der aktiven staatlichen Umweltpolitik auch in Zukunft eine wichtige Aufgabe zu. In dem Zusammenhang spielt natürlich auch die Ordnungspolitik nach wie vor eine Rolle. Da stimme ich Michael Müller völlig zu. Es kommt darauf an, daß es *richtige* Ordnungspolitik ist, und man sollte es da so halten wie seinerzeit die spanische Inquisition. Manchmal muß man die Folterinstrumente nicht anwenden. Manchmal genügt das Zeigen der Instrumente. Aber das Zeigen der Instrumente muß auch eine glaubhafte Drohung sein. Und da bin ich nicht immer überzeugt, daß bei dem, was die Regierung bisher gemacht hat, die Drohung immer so glaubhaft war, daß sie auch gewirkt hätte.

Marion von Haaren

Das haben Sie jetzt nett gesagt, nicht?

Heinz Putzhammer

Auch was die Bemerkungen zum freien Wettbewerb betrifft, stimme ich Michael Müller ausdrücklich zu. Bestimmte Dinge kann man dem freien Spiel der Kräfte

auf dem Markt überlassen. Auf dem Markt regieren die Preise, und alles, was in die Preisbildung eingeht, entscheidet dann über die Preise, die erzielt werden, und über die Möglichkeiten, sich auf dem Markt zu behaupten. Umweltpolitik ist eben genau ein Politikfeld, wo Kosten, die in der Natur, in der Umwelt, in der Landschaft, bei den Menschen entstehen, in die Preisbildung *nicht* eingehen. Deshalb ist es eben ein verzerrter Wettbewerb, wenn nicht zusätzlich der Staat versuchen würde, diese externen Kosten durch seine eigenen Maßnahmen wieder in den Griff zu bekommen und damit die Wettbewerbssituation erst wieder herzustellen, die durch die Tatsache, daß solche Kosten nicht in die Preisbildung eingehen, verzerrt worden ist.

Marion von Haaren

Jetzt hat auch Herr Barz genickt.

Prof. Dr. Engelhardt

Ein Nachtrag zum Export deutscher Industrieerzeugnisse. Es wurde das Saubermachen von Pekinger Luft erwähnt, das hat ja jetzt nur zu dem Jubiläum stattgefunden. Nächste Woche ist es wieder genauso schlimm wie vorher. China ist heute der bevölkerungsreichste Staat der Erde und wird im Jahr 2030 etwa 1,5 Mrd. Menschen aufweisen, Indien wird dann China überholt und in 30 Jahren einen Zuwachs von über 50 Prozent gegenüber der derzeitigen Bevölkerung haben. Da liegen die großen Probleme. Auch für den deutschen Export. Ich bin sehr wohl der Meinung, daß in unserem Land das eine oder andere noch verbessert werden kann und muß. Aber es sind Kleinigkeiten im Vergleich mit dem, was da drüben los ist und was man dort mit vernünftigem Einsatz erreichen könnte. Ganz konkret: In China müssen in den nächsten Jahren 500 moderne Kohlekraftwerke gebaut werden. Es werden keine Gaskraftwerke gebaut. Auch kaum Atomkraftwerke, sondern Kohlekraftwerke, denn China hat riesige Steinkohlevorkommen. Über 90 Prozent der Kohlekraftwerke, die heute in China funktionieren, stammen aus dem Beginn dieses Jahrhunderts und sind totale Dreckschleudern. Für den CO₂-Gehalt der Atmosphäre ist es verdammt gleichgültig, ob dieses CO₂ in Frankreich produziert wird oder in China, aber dort sind die Hauptquellen.

Nun hätte doch die einschlägige deutsche Industrie, wenn eine entsprechende Wirtschaftspolitik betrieben würde, ein riesiges Betätigungsfeld einschließlich der Sicherung deutscher Arbeitsplätze auf Jahrzehnte hinaus, allein in der Modernisierung der Energieerzeugung, sagen wir mal bloß in China. Zudem verfügt Deutschland über erhebliche politische Vorteile. Wir sind politisch gegenüber China unbelastet. Nicht so die USA aus bekannten Gründen, nicht so Japan, aus vielleicht noch bekannteren Gründen. Das wäre eine Chance, um hier

Arbeitsplätze zu schaffen und dort für den Klimaschutz Entscheidendes zu tun.

Marion von Haaren

Herr Barz, das gefällt Ihnen sicherlich. Ist die Firma ABB möglicherweise dort schon in Verhandlungen, oder gibt es da vorbereitende Maßnahmen, und wenn nicht, was würden Sie sich wünschen aus dem Bereich der Politik?

Karl-Heinz Barz

Ich darf da ein Beispiel anführen: Meine norwegischen Kollegen haben in Polen 30 Heizkraftwerke im letzten Jahr umgerüstet, die wirkliche Dreckschleudern waren, und da ist ein Gaskraftwerk gebaut worden. Oder in Norwegen hat man auch ein Kohlekraftwerk dieses alten Standards abgelöst durch ein Wasserkraftwerk. Diese Investitionen sind in diesen Ländern gemacht worden, man hat Emission Trading Documents zu nutzen versucht. Das ist ein Finanzierungsinstrument, bei dem man die "Verschmutzungsrechte" bzw. die durch Modernisierungsinvestitionen eingesparten Emissionen gewissermaßen abkauft, aber irgendeiner muß sie bezahlen. Wir warten heute noch darauf, daß es eine Regierung in Norwegen oder in Deutschland bezahlt. Wir wissen, daß die USA sich auf eine solche Sache vorbereiten und dabei sind, ernsthaft zu prüfen, ob man nicht in New York eine Emissionsterminbörse einführt. Man kauft dann Zertifikate und handelt sie. Die Frage ist, ob Deutschland hier nicht eine Chance versäumt, zum Beispiel am Standort Frankfurt, wo immer. Ich wünschte mir, daß man die in Kyoto eingegangene Verpflichtung mit diesem Emission Trading weiter auslotet. Man ist hier in den letzten zwei Jahren keinen Zentimeter wirklich voran gekommen, zumindest aus deutscher Sicht. Dabei wäre das wirklich ein hervorragendes Finanzierungsinstrument bzw. Co-Finanzierungsinstrument, um solche Investitionen zu machen.

Marion von Haaren

Das ist also ein marktwirtschaftliches Instrument, wo man nicht eine weltweite Verordnung erläßt und sagt: weltweit darf es nur so und soviel sein, ihr müßt das einhalten, das gibt sonst Bußgelder oder Strafen. Man muß vielmehr marktwirtschaftlich handeln. Herr Müller, wie weit sind denn da die Vorbereitungen? Gibt es weitergehende Überlegungen dazu oder arbeitet man in Frankfurt schon an einer solchen Börse?

Michael Müller

Nein, aber diese Debatte gibt es ja schon seit längerem. Es geht da um "joint implementation" oder um Handel von Emissionsrechten. Zu solchen Überlegungen muß man aus meiner Sicht im Sinne einer internationalen Kooperation – ohne jedes einzelne Instrument jetzt gleich

gutzubeißen – grundsätzlich Ja sagen. Aber es muß eine klare Grundlage geben, und es darf nicht dazu führen, daß sich das einzelne Land seinen Verpflichtungen völlig entzieht. Es kommt also darauf an, wie die Instrumente ausgerichtet sind.

Wir sind der Auffassung, jedes Land muß ein bestimmtes Maß an Eigenleistung bei der Emissionsreduktion erbringen. Was darüber hinaus ist, kann man über solche Mechanismen regeln. Aber bisher sind wir noch sehr wenig weit in diesen Fragen, denn in der Regel gibt es im Augenblick international ein Gefehlsche, um möglichst gar nichts zu tun.

Man muß zum Beispiel mal ein bißchen die amerikanischen Motive sehen. Die USA versuchen mit solchen Strategien, sich selbst vom Klimaschutz zu befreien. Zum Teil rechnen sie da ihre Wälder ein als Beitrag zum weltweiten Klimaschutz und sagen: Wir haben so viele emissionsabbauende Wälder, wir haben eigentlich noch viele Gutschriften, um noch mehr CO₂ zu produzieren. Solche Argumente hört man da. Was da abläuft ist zum Teil sehr, sehr problematisch. Wir versuchen jetzt, auf den Klimakonferenzen einen nächsten Schritt zu machen, daß man sich auf einen einheitlichen Standard einigt. Wenn das geht, dann kann man auch solche Instrumente anwenden.

Marion von Haaren

Herr Klimmt, es geht ja offenbar um einen Mix von Instrumenten, sowohl national als auch international. Wir haben jetzt ein bißchen kreuz und quer diskutiert anhand verschiedener Felder. Bei dem einen überwiegt eigentlich mehr der Wunsch nach Freiwilligkeit, das heißt, auf marktwirtschaftliche Instrumente zu setzen. Bei der Politik hier am Tisch verstehe ich, daß es zumindest bei Herrn Müller etwas stärkere Regulierungen geben soll. Wie stellen Sie sich das in der Perspektive vor? Wir können theoretisch ja auch sehr schnell damit konfrontiert werden, daß wir feuerwehrmäßig eingreifen müssen. Die globale Situation im Bereich Natur/Umwelt ist ja ziemlich düster. Die Ereignisse vor 14 Tagen, die Zunahme der Hurrikans, die Zunahme der Überschwemmungen; Naturkatastrophen werden häufiger und gravierender, die Versicherungswirtschaft reagiert mittlerweile darauf mit horrend hohen Prämien. Ein bißchen ketzerisch: Können wir uns solche Diskussionen noch lange leisten oder muß es nicht auch von Seiten der Politik eine Art Soforthilfeprogramm geben, wo man sagt: Das muß alles schneller gehen.

Minister Klimmt

Es gibt ja eine ganze Reihe vernünftiger Ziele. Jetzt geht es darum, sie so umzusetzen, daß die Menschen bereit sind, diesen Weg mitzugehen. Bei unserem heutigen Thema über den Zusammenhang von Ökologie und ökonomischem Erfolg, das heißt Arbeitsplätze und gleichzeitig ökologische Nachhaltigkeit, gibt es meines

Erachtens viele Dinge, die man praktisch tun kann und praktisch tun muß.

Nehmen wir nur die Energieversorgung. Da besteht Einigkeit über die Notwendigkeit der weiteren Förderung der regenerativen Energien. Gleichzeitig müssen wir etwa die Forschungsarbeiten bei der Brennstoffzelle intensivieren oder auch traditionelle Technologien weiter entwickeln. Es ist ja leider nicht so, daß wir sagen könnten, in 10 oder 20 Jahren werden überall auf der Welt Solaranlagen oder Windkraftanlagen uns hinreichend mit Energie versorgen. Bedenken wir, daß die Steinkohle der wohl am längsten reichende traditionelle Energieträger ist. Unsere weltweit führende Steinkohletechnologie ist weiter zu entwickeln, auch etwa die Abbautechnik. Das ist ökologisch verantwortlich zu machen und hat dann die Chance, durchaus auch in einem Bereich wie der Steinkohle, den viele schon abgeschrieben haben, Ökonomie und Ökologie in Einklang zu bringen.

Weitere Chancen liegen beim Verkehr. Wir haben bei der Entwicklung moderner Technologien in der Kommunikationsgesellschaft mit der Telematik einen Wachstumsmarkt vor uns, der Schadstoffemissionen, Verschwenden von Energie, Zeit und anderen Ressourcen zu vermeiden erlaubt, wenn man etwa mit Informationsübermittlung per elektronischer Steuerung dazu beiträgt, daß der Verkehr flüssiger wird. Wenn so etwas praktischen Nutzen bringt, dann ist und wird es auch ein ökonomischer Erfolg. Ich denke gerade daran, wie 1990 Markus Meckel noch herumgelaufen ist mit einem tragbaren Telefon, das war ein richtiger Koffer. Mit dem war der damalige Außenminister der ehemaligen DDR immer erreichbar. Wenn es geklingelt hat, haben wir immer gesagt: Jetzt ruft Gorbatschow oder Reagan an, und dann ging der Markus Meckel mit seinem Riesenkoffer raus, um seine wichtigen Staatsgeschäfte zu regeln. Heute läuft jeder mit immer kleiner werdenden Handys herum. Was sich in den letzten zehn Jahren in dem Bereich der Telekommunikation getan hat, ist unglaublich, weil die Leute das auch tatsächlich wollen. Damit sind eine ganze Reihe von anderen technischen Innovationen verbunden, die, wie die Satellitensysteme, wie das GPS-System, in der Lage sind, uns zu helfen und gleichzeitig ein ökonomischer Erfolg sein werden. Nur ist GPS halt USA. Und deswegen machen wir jetzt mit dem Galileo ein europäisches Programm, wo auch deutsche Unternehmen ...

Marion von Haaren

Hört sich auch viel schöner an.

Minister Klimmt

Ja, Galileo, das ist wie Aufklärung der See, das ist wirklich etwas Wunderbares. Das Programm wird uns dann auch ökonomische Chancen eröffnen und gleichzeitig helfen, den Verkehr etwas besser zu bewältigen. Denn auf Mobilität, einfach so zu solch

schönen Kongressen wie dem heutigen zu reisen, wird ja von uns keiner verzichten wollen. Wir wollen uns berühren können. Man kann das natürlich alles irgendwann auch über die Glotze machen, die hier ja auch heute beteiligt ist, und viele sind dann auch erfreut, daß sie das hier mitverfolgen können. Aber miteinander nachher noch reden zu können, ist schon noch ein besonderer Wert. Das heißt, Mobilität ist einfach ein Bestandteil unserer Gesellschaft, wir müssen sie nur vernünftig organisieren.

Marion von Haaren

Noch eine abschließende Frage. Mobilität ist ja auch Reiseverkehr, ist Reisen machen. Der Anstieg der Flugreisen in den letzten Jahren, gerade bei den Deutschen, ist ja sehr deutlich zu spüren. Wir hören immer davon, daß die Leute weniger im Portemonnaie haben. Bei den Reiseveranstaltern merkt man das merkwürdigerweise nicht. Ich habe oft den Eindruck, daß die Flugreisen sehr billig sind. Ist das nicht auch Ihre Meinung? Ich meine jetzt nicht unbedingt den Hotelaufenthalt, sondern insbesondere die Flugreise. Wenn ich mir angucke, wie die Bahnpreise sind, und wenn ich dann mal so vergleiche, was eine Flugreise kostet nach Mallorca, dann wundere ich mich doch sehr darüber, was es da für eine Verzerrung gibt.

Minister Klimmt

Also, Sie haben wirklich schwierig angefangen, und jetzt hören Sie auch noch schwierig auf.

Marion von Haaren

Ja, immer zu den Lustthemen, Herr Klimmt, ist doch klar.

Minister Klimmt

Jetzt werde ich richtig in die Zange genommen. Also, ich wünsche und gönne das den Menschen bei uns, daß sie Urlaub machen können auch in den Gefilden, wo sie Sonne sicher haben. Als allgemeinen Punkt sage ich nur, daß wir selbstverständlich den Wettbewerb der Verkehrsträger so organisieren müssen, daß Belastungen und Entlastungen so verteilt sind, daß es zu einem fairen Wettbewerb kommt. Und mehr kriegen Sie aus mir jetzt nicht heraus.

Marion von Haaren

Sie haben das so allgemein gesagt, da kann man so viel darunter verstehen, unter dieser Antwort, Herr Klimmt. Es wäre schön, einfach zum Abschluß, wenn Sie uns noch irgend etwas mitgeben, worauf wir uns einstellen können. Kerosinsteuer zum Beispiel, wie ist das bei Ihren

europäischen Verkehrsministern? Sind die da taub auf dem Ohr, oder gibt es Verständnis dafür?

Minister Klimmt

Das wird ja überall diskutiert. Aber ich bin als Bundesverkehrsminister hier, bei Kerosinsteuer und solchen Dingen hat der Finanzminister die entsprechende Hoheit. Ich sage Ihnen, mir geht es um einen fairen Wettbewerb. Und mein Ziel ist es und auch das Ziel der Bundesregierung, daß im Bereich der Nahverkehre der ÖPNV gestärkt und nicht geschwächt wird. Und daß gleichzeitig die Schiene gestärkt und nicht geschwächt wird. Das sollte Ihnen reichen, weil damit die grobe Linie vorgegeben ist, nämlich ökologisch verantwortliche Verkehrspolitik umzusetzen, so wie sie in der Koalitionsvereinbarung beschrieben ist.

Marion von Haaren

Herr Klimmt, ich bedanke mich ganz herzlich, daß Sie hier waren und stellvertretend für die Bundesregierung diesen schwierigen Part übernommen haben, weil der Bundeswirtschaftsminister verhindert war.

Jetzt zu allgemeinen Fragen.

Bartelt (Bundesverband Windenergie)

Frau von Haaren, Sie haben am Anfang gefragt: Warum kommen denn Köpfe von bestimmten Spitzenverbänden nicht hierhin? Unser Verband hat es geschafft in den letzten 15 Jahren, gegen die massive Gegenwehr von einigen dieser Herren, die hier heute nicht gekommen sind, 20.000 Arbeitsplätze zu schaffen. Mit Sonnenenergie, Wasserkraft, Biomasse und Geothermie sind es sogar 30.000 Arbeitsplätze. Wir schaffen aber zur Zeit erst 2 Prozent des gesamten Strombedarfs, haben aber 17 Prozent der Arbeitsplätze, das heißt etwa achtmal soviel wie im gesamten konventionellen Bereich. Trotzdem ist es laut einer ganz neuen Studie des Wuppertal-Instituts möglich, in den nächsten 50 Jahren sogar 100 Prozent der gesamten Energie aus diesen erneuerbaren Energien herzustellen, die immer da sind, die nie zu Ende gehen. Mit einer erheblich größeren Zahl von Arbeitsplätzen. Ich lasse mal offen, ob das achtmal mehr sind oder dann fünf- oder viermal, wenn wir auch sehr effizient sind. Man kann die, die heute nicht da sind, so schlecht fragen, warum sie nicht da sind. Aber ich würde gerne Herrn Putzhammer fragen – mir hat Ihr Statement heute gut gefallen – warum ist bei den Gewerkschaften zur Zeit so ein starker Trend gegen den Einstieg in die erneuerbaren Energien und für die Wahrung dieser alten, gefährlichen und arbeitsschwachen Energien?

Heinz Putzhammer

Die Tatsache, daß die Gewerkschaften auch diese Veranstaltung maßgeblich vorbereitet haben, zeigt ja schon, daß wir sehen, daß wir an der Stelle etwas tun müßten. Ich sage mal zur Einleitung, wie die Situation bei den Gewerkschaften ist, denn man muß da ja niemandem etwas vormachen. Gewerkschaften sind Mitgliedsorganisationen. Sie können Politik nicht in Talkshows machen, sondern alles, was wir fordern, und vor allen Dingen, wenn wir es auch durchsetzen wollen, muß mit den Mitgliedern abgestimmt sein und muß auch den Interessen der Mitglieder entsprechen. Das macht unsere Stärke aus. So. Deswegen ist natürlich klar, daß es je nach Beschäftigungsbereichen auch teilweise differenzierte Ansichten über die Notwendigkeit der Beibehaltung von Arbeitsplätzen, der Beibehaltung von Industrien, aber auch der Änderungspotentiale in diesen jeweiligen Industrien gibt. Und vor dem Hintergrund sehe ich natürlich, daß bis zum jetzigen Zeitpunkt auch die Tatsache der millionenfachen Arbeitslosigkeit dazu beigetragen hat, daß die Leute, die noch einen Arbeitsplatz haben, dann besonders erpicht darauf sind, daß sie ihren Arbeitsplatz nicht verlieren. Das erschwert erst einmal unsere Argumentation gegenüber den Arbeitsplatzbesitzern.

Aber auf der anderen Seite – und das ist genau der Versuch auch mit dieser Tagung, mit diesem ganzen Programm – ist das auch die Chance für eine neue Diskussion, weil wir überzeugt sind, daß das Arbeitsplatzproblem nur zu lösen ist, wenn man nicht sich bemüht, Altes um jeden Preis zu erhalten, sondern wenn man sich bemüht, neue Regelungen hinzukriegen, neue Beschäftigungsfelder zu entdecken und den Übergang zu neuen Beschäftigungsmöglichkeiten in sozial verträglicher Weise zu organisieren. Dann haben wir die Mitglieder auf unserer Seite, und dann sind wir stärker als wenn nur ein paar Funktionäre, ob das ich bin oder sonst irgend jemand ist, vor Mikrofonen große Töne spucken würden. Deswegen kommt es darauf an, daß wir diese Diskussion mit unseren Mitgliedern unter Berücksichtigung der Interessen unserer Mitglieder führen, aber da ist mir nicht bange. Immer mehr setzt sich eben die Erkenntnis durch, daß große Beschäftigungspotentiale gerade darin liegen, daß wir uns auf den Strukturwandel einlassen, daß wir auch neue, innovative Formen von Beschäftigungsmöglichkeiten, von Investitionen und so weiter unterstützen. Da nehmen wir unsere Mitglieder mit, und das würde uns, glaube ich, auch noch mehr stärken.

Christoph Egli

Mich hat an der Diskussion gestört, daß Sie in Bezug auf die Frage, wie neue Arbeitsplätze geschaffen werden könnten, nur von Industrie geredet haben. Sie haben nur davon geredet, deutsche Industrieprodukte in die ganze Welt zu verkaufen. Aber jeder, der sich damit beschäftigt,

wird doch sagen, daß Sie mit klassischen Industrieprodukten in Deutschland keine neuen Arbeitsplätze mehr werden schaffen können. Ich hätte gern eine Antwort darauf, wie neue Arbeitsplätze in Verbindung mit Umwelt geschaffen werden können. Denn nur mit klassischer Industrieprodukten sehe ich dafür keine Möglichkeit.

Karl-Heinz Barz

Ich versuche mal, darzustellen, wie wir uns darauf eingestellt haben. Wir haben uns vor zwei Jahren entschieden, daß wir mehr ein Know-how-orientiertes und Service-orientiertes Unternehmen werden wollen, weil wir glauben, daß man mit den Arbeitsbereichen, wie wir sie in der Bundesrepublik haben, nur sehr hochwertige Leistungen exportieren kann. Im Inland den Wettbewerb, den kennen Sie, das brauche ich nicht auszuführen. Wir und andere auch sind tätig im Software-Bereich, Stichwort Energy Trading. Wenn Sie einmal Kunde werden von Yello-Strom – ich will keine Werbung machen –, so steht dann da ein Software-System dahinter, das Ihnen am Schluß eine Rechnung schreibt. Denn das Hauptinteresse von Yello-Strom ist, Ihnen eine Rechnung zu schicken und Geld dafür zu nehmen. Solche Systeme zu entwickeln ist natürlich eine Aufgabe, die auch die deutsche Industrie macht.

Oswald Richter

Ich habe hier gehört, daß der Schienenverkehr und der ÖPNV gefördert werden sollen. Die Frage nach den hohen Fahrpreisen bei der Bahn wurde angesprochen. Vor fünf Jahren ist die Bahnreform mit dem erklärten politischen Ziel, mehr Verkehr auf die Schiene, mit großem Brimborium gestartet worden, Reichsbahn und Bundesbahn wurden privatisiert. Wenn man jetzt Bilanz zieht nach fünf Jahren, muß man feststellen, die Bahn hat Marktanteile verloren. Das politische Ziel der Bahnreform ist völlig verfehlt worden. Und in der zweiten Stufe Bahnreform, wie sie seit Anfang des Jahres realisiert wird, kommt immer mehr zum Tragen, daß insbesondere eine große Problematik bei der Bahn existiert, und das ist die Fahrwegfinanzierung. Sprich, die Transportgesellschaften, wie sie jetzt so nett heißen, Reise- und Touristik für den Fernverkehr, DB Regio für den Nahverkehr oder auch private Bahngesellschaften, die ja sich jetzt im regionalen Bahnmarkt tummeln, was ja durchaus aus Sicht des Wettbewerbs begrüßenswert ist, müssen Trassenpreise an die Bahn AG, an die Netz AG zahlen. Und diese Netzpreise sind in Deutschland exorbitant hoch im Vergleich zu anderen Ländern. Es gibt Länder wie Dänemark oder Holland, da sind sie sehr niedrig oder kaum vorhanden. Und wenn ich als Busunternehmer bei uns quer durch Deutschland fahre, dann zahle ich zwar meine Fahrzeugsteuern und meine Mineralölsteuern, aber ich zahle keinen Trassenpreis, wenn ich von Berlin nach München mit dem Bus unterwegs bin, im Gegensatz zur Bahn. Die Frage ist:

Wie können wir wirklich das Ziel, mehr Verkehr auf die Schiene zu bringen, verwirklichen und dieses Problem gleichzeitig lösen?

Michael Müller

Wir haben ein Grundproblem, das im Augenblick nur bei der Energieversorgung aufgebrochen ist, nämlich: Wie kann man unter den Bedingungen von Globalisierung und liberalisierten Märkten solidarische Infrastruktur, solidarische Daseinsvorsorge organisieren? Dieses Problem wird sich in der nächsten Zeit genau so zeigen bei der Wasserwirtschaft, bei ÖPNV, bei den Sparkassen, im Gesundheitssystem etc. Wir haben deshalb auf Druck der beiden Koalitionsfraktionen und in Zusammenarbeit mit der ÖTV eine Arbeitsgruppe gebildet, um folgendes zu versuchen: 1. auf europäischer Ebene Initiativen zu ergreifen, damit diese Fragen in der Zukunft anders geregelt werden können, also sehr viel stärker unter dem Gesichtspunkt der Absicherung von sozialer Daseinsvorsorge bzw. von solidarischen Infrastrukturleistungen, und 2. Wir wollen definieren, welche Initiativen wir heute in der Bundesrepublik brauchen, um diese Bereiche absichern zu können.

Derzeit diskutieren über mehr als 50.000 Arbeitsplätze, die in der Energiewirtschaft und insbesondere bei den Stadtwerken durch die Liberalisierung des Strommarktes abgebaut werden. Das ist keine Kleinigkeit. Das heißt, wenn wir es nicht hinkriegen, entweder andere Übergangsregelungen oder andere Handlungsmöglichkeiten der öffentlichen Hand zu schaffen, dann wird das ein großes beschäftigungspolitisches Problem, und vor allem auch eine wachsende Ungleichheit in der Versorgung unterschiedlichster Regionen. Dann kriegen wir Verhältnisse wie in einigen anderen Ländern, wo bestimmte öffentliche Serviceleistungen in großen Städten billig sind, aber im ländlichen Bereich überaus teuer werden.

Marion von Haaren

Kann man vielleicht noch etwas sagen zur Verschiebung der Marktanteile? Was kann denn die Politik im Moment tun, wie kann sie gegensteuern, damit die Bahn wieder mehr Marktanteile bekommt?

Michael Müller

Zum ÖPNV: Nicht nur wegen der Quersubventionierung, die ja jetzt sehr gefährdet ist, wäre der beste Weg, wenn man einen Teil der Ökosteuern nimmt, um die öffentlichen Verkehrssysteme zu finanzieren. Ich glaube, daß es keinen anderen sinnvollen Weg gibt. Ich habe es auch innerhalb der Umweltbewegung immer für falsch gehalten, von einer strikten Aufkommensneutralität zu reden. Ich war stets der Auffassung, daß ein Teil des Öko-Steuer-Aufkommens sehr viel sinnvoller eingesetzt

werden sollte für ökologische Innovationen und zur Förderung von Investitionen in bestimmten Bereichen. Jetzt gibt es da ein leichtes Umdenken, denn wir stehen vor dem Problem, daß, wenn der Trend so weitergeht, uns etwa drei Milliarden DM fehlen, nur um die heutige Struktur des öffentlichen Nahverkehrs aufrecht zu erhalten. Deshalb muß man an diese Frage heran. Es darf nicht sein, daß unter einer rot-grünen Bundesregierung der ÖPNV zurückgeht. Das darf nicht sein. Dasselbe gilt auch für die öffentlichen Fahrstrecken. Wir sind da in einer ähnlichen Debatte. Zudem gibt es da auch noch andere, nicht nur ökonomische Fragen.

Loni Ackermann

Ich lebe in Berlin, Prenzlauer Berg. Meine erste Frage geht an den Veranstalter: Welche Anstrengungen wurden unternommen, damit die Frauenquote auf dem Podium erreicht wäre? Ich meine dabei nicht Frau von Haaren, das ist ja eine Arbeiterin. Ich meine die Darstellerquote. Meine zweite Bemerkung wäre an den Verkehrsminister gewesen, aber ich glaube, daß sie vielleicht auch in der Fraktion der Sozialdemokraten ganz gut aufgehoben wäre. Es werden neuerdings Mordgeschosse für den öffentlichen Verkehr auf den Straßen der Bundesrepublik verkauft, Motorräder, die über 320 km/h fahren. Inzwischen gibt es Berichte von Polizeibeamten, die diese Begräbnisstätten nach einem Unfall dann analysieren müssen, die entsetzlich sind. Gibt es irgendwelche Absichten, diese Todesgeschosse von den öffentlichen Straßen fernzuhalten? Meine dritte Bemerkung ist die: Wie lange will mir diese Bundesrepublik und dieses Europa zumuten, daß ich energietechnischen Wahnsinn einkaufen muß, nämlich eine Flasche Wasser aus der Türkei und den Blumenkohl aus Sizilien?

Marion von Haaren

Herr Putzhammer, jetzt sind Sie dran. Warum haben Sie zu wenig Frauen hier auf dem Podium?

Heinz Putzhammer

Das gehört inzwischen sozusagen zur Grundausrüstung, daß man bei Veranstaltungen immer überlegt, es muß doch möglich sein, noch ein paar weibliche Teilnehmer, sowohl bei den Referenten, als auch bei den Diskutanten, auf dem Podium einzusetzen. Es ist halt schwierig. Ich kann nur sagen, wir haben es probiert. Und letzten Endes sind die übrig geblieben, die übrig geblieben sind. Schuldbewußt muß ich das zugeben.

Marion von Haaren

Wir hatten von Frau Ackermann noch eine Frage nach den Mordgeschossen, Motorräder mit 320 km/h. Herr Barz, Sie sind doch immer für die Freiheit der Entwicklung und der Ingenieure und Konstrukteure. Vielleicht sagen Sie uns mal was dazu.

Karl-Heinz Barz

Ich würde meinem Sohn verbieten, ein solches Motorrad zu kaufen.

Marion von Haaren

Aha. Aber Sie würden nicht verbieten, daß es konstruiert und verkauft wird.

Karl-Heinz Barz

Ich habe dazu ein schwieriges Verhältnis. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es Spaß macht, mit solch einem Geschloß durch die Gegend zu fahren mit dieser Geschwindigkeit. Motorrad fahren ist sicherlich schön, aber da soll man auf einem Chopper sitzen, da gibt es wunderbare Maschinen, wo man auch noch die Landschaft betrachten kann. Irgendwo ist das perfide oder pervers, mit solchen Maschinen zu fahren.

Marion von Haaren

Ja, der schöne Spruch, den wir hatten in den 60er Jahren, "Freie Fahrt für freie Bürger", beinhaltet das offenbar auch. Danke schön, Herr Barz. Wir merken, daß Sie da doch etwas nachdenklich geworden sind. Wir hatten eine weitere Frage von Frau Ackermann, und die hieß: Können wir uns Europa noch leisten, wenn das Tafelwasser aus der Türkei angeschleppt wird? Das bezieht sich auf eine Diskussion der letzten Jahre. Sie erinnern sich an den bekannten Joghurtbecher, der auch durch ganz Europa reiste, bis er dann schließlich für 70 Pfennig bei uns im Supermarkt landet.

Prof. Dr. Engelhardt

Das hängt wirklich ganz klar vom Verhalten der Verbraucher ab. Wenn die Leute im Supermarkt deutsches Tafelwasser kaufen, dann werden die Regale wahrscheinlich in Kürze eben nur noch solches enthalten. Aber da kann man sich ja den Mund fransig reden. Die Leute schimpfen zwar in einem fort über die holländischen Matschtomaten, aber sie kaufen sie, sonst wären sie längst nicht mehr in den Supermärkten. Wir, die Umweltverbände, tun seit Jahren, seit Jahrzehnten alles auf diesem Sektor, was möglich ist, durch Information. Mehr kann man nicht machen. Man kann die Leute nicht zwingen. Aber ich komme zurück zu dem Beispiel der Matschtomate. Es wird darüber geschimpft, daß die nach nichts schmeckt. Das ist Tatsache. Aber sie wird gekauft, weil sie ein paar Pfennige billiger ist als die vom Ökobauern. Wenn sie nicht gekauft würden, was glauben Sie, wie schnell die aus den Supermärkten verschwinden würden.

Marion von Haaren

Dieser Konflikt ist einfach da. Das Problem ist natürlich: Haben wir im Handelsbereich wirklich Strukturen, die eine solche verschwenderische Form begünstigen, oder gibt es da auch Möglichkeiten, hier ein wenig stärker

steuernd einzugreifen, zum Beispiel Vertriebswege zu öffnen, andere Möglichkeiten zu schaffen?

Prof. Dr. Engelhardt

Diese Strukturen haben wir nicht. Wir praktizieren eine freie Marktwirtschaft, möglichst eine soziale dazu, und eine ökologische, wie wir wünschen. Aber das ist ja ein Prinzip der Marktwirtschaft.

Marion von Haaren

Also gibt es schon einen gewissen Nachbesserungsbedarf.

Prof. Dr. Engelhardt

Wenn Sie so wollen.

Marion von Haaren

Ich habe die Frage auch so ein bißchen als einen Aufruf verstanden, daß sich der DNR auch dieser Struktur noch mal verstärkt annimmt, denn die Diskussion wird ja heute immer beherrscht von Atomkraft und Energie, aber das, was die Leute jeden Tag einkaufen, wie sie konsumieren, das ist natürlich auch eine ganz zentrale Frage, die heute zu kurz kam.

Willi Heise

Ich arbeite im Seniorenarbeitskreis der IG Metall in Berlin und komme zu einem globalen Punkt. Dort hängt unser Globus an der Wand. Unser wunderbares Raumschiff Erde. Dieses Raumschiff saust seit 105 Mrd. Jahre durch die Welt mit den Sonnensystemen. Dieses Raumschiff ist in den letzten 100 Jahren so verschandelt worden, und wir haben es selber so ausgebeutet, daß es Zeit wird, daß dieses schöne Raumschiff Erde mal ins Dock gefahren wird, um es zu reinigen. Nicht nur das. Auch die schweren Erdgase, die wir dauernd in die Luft jagen, müssen verhindert werden. Und ferner müßte das Raumschiff Erde ins Dock gehen, weil die sogenannten fossilen Brennstoffe eines Tages zu Ende sind. Im kommenden Jahrhundert noch nicht, aber danach wird es bald so sein, daß wir keinen fossilen Brennstoff mehr haben. Das heißt, der größte Teil der vorhandenen fossilen Brennstofflager müßte gesperrt werden, müßte versiegelt werden.

Helmut Horst (Naturfreundeverband für Umweltschutz, Touristik und Kultur)

Unser Verband hat vor einem Jahr seinen dreijährig stattfindenden Kongreß abgehalten, und da hat der DGB-Vorsitzende Schulte ein ziemlich flammendes Plädoyer dafür gehalten, Arbeit und Umwelt miteinander zu verbinden. Er hat auch sehr gute Argumente gebracht. Ich dachte, das wäre alles wieder in der Versenkung verschwunden. Aber jetzt, ein Jahr später, ist dieser Kongreß ja zustande gekommen, und dafür bin ich dankbar. Ich hoffe aber, daß nun auch dieses Bündnis für

Arbeit auch in Zukunft "Bündnis für Arbeit und Umwelt in der Bundesrepublik" heißt, und daß auch die Probleme der Umwelt dort behandelt werden. Meine Frage, ob das auch so geplant wird oder ob das nur eine Annahme von mir ist.

Zweite Frage: Der Verkehrsminister Meyer, SPD, aus Brandenburg hat jetzt seine neue Amtszeit angetreten, im Bündnis mit der CDU, indem er nicht nur ein flammendes Plädoyer für den Transrapid, also für diese revolutionäre Technik gehalten hat, sondern auch forciert den Ausbau der Straßen, der Bundesstraßen und der Landesstraßen, in Brandenburg gefordert hat. Wie kann man vom Bündnis für Arbeit auf einen der Arbeiterbewegung nahestehenden Minister einwirken, daß er nicht solch einen Unsinn verzapft und jetzt mit Hilfe der CDU in Brandenburg eine rückwärts gewandte Politik einleitet? Herr Klimmt hat hier dreimal gesagt, daß er dagegen hier Front machen müsse, daß Leute das Auto abschaffen wollen. Niemand in diesem Saal hat das gefordert, er hat also viel Zeit für solche Argumente vergeudet. Ich hätte mir gewünscht, er hätte etwas gesagt zur Koalitionsvereinbarung zwischen Grünen und SPD, wo ja sehr viele sinnvolle Sachen zum Verkehr drin stehen, aber wo die Bundesregierung nach einem Jahr eigentlich noch nichts anzubieten hat. Meine Frage daher an Herrn Müller, ob denn seine Fraktion darauf dringt, daß dieser Koalitionsvertrag wenigstens eingehalten wird. Ich will nur ein Beispiel nennen. Es ist vereinbart worden, daß der Bundesverkehrswegeplan überprüft werden soll mit dem Ziel, den Verkehr zu verlagern auf Schiene und Wasserstraßen. Das würde ja, wenn der Herr Meyer in Brandenburg das Gegenteil fordert, daß also noch mehr Straßen gebaut werden, kontraproduktiv sein. Aber auf Bundesebene scheinen da bisher noch keine Fortschritte erzielt worden zu sein. Die Grünen haben ja nicht mehr durchdrücken können als eine Wettbewerbsgleichheit zwischen Schiene und Straße. Es wäre eigentlich erforderlich gewesen, daß die Schiene bevorzugt wird. Aber jetzt ist es in den Planungen so, daß auch in den nächsten Jahren mehr Investitionsmittel für den Straßenverkehr ausgegeben werden als für die Eisenbahn. Wie geht das zusammen?

Marion von Haaren

Herr Horst hat gefragt: Das Bündnis für Arbeit und Umwelt, ist es denn jetzt fest geplant? Ich habe immer von einem anderen Bündnis gehört, vom "Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerb". Herr Putzhammer, vielleicht können Sie das noch mal aufklären. Welches Bündnis haben wir denn?

Heinz Putzhammer

Es geht nicht darum, daß der Name geändert wird, sondern das ist eine Frage der Inhalte. Und da lege ich schon Wert auf die Feststellung, daß wir nicht erst mit der heutigen Veranstaltung, sondern seit längerem vorbereitet es geschafft haben, daß die Frage "Arbeit und

Umwelt" in diesem "Bündnis für Arbeit, Ausbildung usw." an prominenter Stelle mit gehandelt wird. Weil wir uns davon versprechen, daß das Ding dadurch auch neuen Schwung gewinnen kann. Weil wir uns davon versprechen, daß da eine Dimension hereinkommt, die bisher vernachlässigt worden ist.

Marion von Haaren

Dann war die Frage: Verkehrsminister Meyer, Brandenburg, was macht der? Ist Sozialdemokrat und baut immer mehr Straßen. Das ist aber fast unanständig. So habe ich Herrn Horst verstanden. Herr Müller, da müssen Sie jetzt wieder herhalten.

Michael Müller

Ich heiße Müller und nicht Meyer, aber trotzdem. Der bisherige Bundesverkehrswegeplan ist sehr korrekturbedürftig, wir haben diesen Aspekt auch in der Koalitionsvereinbarung angesprochen. Hierzu gibt es im Moment eine Arbeitsgruppe, die unter der Vorgabe auch ökologischer Kriterien demnächst Ergebnisse liefern wird. Ich weiß nicht, ob sich durch den soeben vollzogenen Wechsel im Verkehrsministerium im Zeitplan etwas ändert, aber es ist vorgesehen, Anfang 2000 die Arbeit am Bundesverkehrswegeplan zu beginnen mit dem klaren Ziel einer Verlagerung Richtung Schiene. Das hat übrigens Minister Klimmt vorhin ja auch gesagt. Insofern muß ich jetzt um ein bißchen Verständnis bitten, denn wir müssen bis Anfang des Jahres warten, dann sind die Vorarbeiten da.

Marion von Haaren

Wobei man natürlich fairerweise sagen muß, daß gerade bei der Auseinandersetzung über Straßen die Leute sehr gespalten argumentieren. Man will mehr Straßen haben, um schneller anzukommen, aber man will nicht den störenden Verkehr in seiner unmittelbaren Umgebung haben. Ich will das nur mal ein bißchen zur Relativierung sagen. Auf diese Widersprüchlichkeit in den Einstellungen muß man hinweisen. Man spaltet sich gern auch schon mal auf als Verkehrskonsument einerseits und als jemand, der dann auf die hehren Umweltziele achtet. Herr Horst, Sie haben gefragt, was ist aus der Koalitionsvereinbarung von Rot-Grün geworden? Herr Müller, da sind Sie noch mal dran.

Michael Müller

Zum Verkehr. Ich habe ja gesagt, wir sind im Augenblick dabei, diese Veränderungen zu machen. Wobei, das wäre allerdings jetzt ein eigenes Thema, man sehr präzise auch mal über die Entwicklung des Verkehrs in der letzten Zeit reden muß, was sowohl auf der einen Seite beim LKW passiert, als auch auf der anderen Seite bei der Schiene. Das ist so negativ verfestigt, daß es auch nicht ganz einfach ist, zu Veränderungen zu kommen. Es sind nicht nur ökonomische Fragen, sondern Sie haben

beispielsweise zunehmend das Problem beim Güterverkehr, daß die Hauptstrecken nur noch in begrenzten Zeiträumen von den langsam fahrenden Güterzügen benutzt werden können. Wir haben auf der einen Seite immer schnellere Personenzüge und auf der anderen Seite relativ langsame Güterzüge. Ich bin der Meinung, daß der Versuch in NRW, ein eigenes Streckennetz für den Güterverkehr aufzubauen, richtig ist. Solche Überlegungen müßten in Richtung Bundesgebiet erweitert werden.

Marion von Haaren

Darf ich da noch einmal einhaken, Herr Müller. Es ist ja eine relativ allgemeine Frage gewesen. Es ging um die Koalitionsvereinbarung Rot-Grün in Sachen Umwelt und Arbeitsplätze. Wenn ich Herrn Horst richtig verstanden habe, ich interpretiere das mal ein bißchen, könnte es sein, daß wir im Moment einen politischen Umschwung haben, der im Grunde genommen die Koalitionsvereinbarung zur Makulatur werden läßt.

Michael Müller

Ich habe da einen Trick, das will ich auch hier dann sagen. Ich hoffe, daß wir die Nachfolgekonferenz von Rio nach Deutschland kriegen, und dann wird der Druck so stark sein, daß wir auf jeden Fall mehr machen müssen.

Franziska Eichstätt (MdB, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Einmal wollte ich mich bedanken, weil ich es toll finde, daß Sie mit der Veranstaltung der Regierung und auch unserer Koalition ins Gewissen reden und uns gleichzeitig unterstützen. Das finde ich sehr wichtig. Worauf ich hinweisen möchte: Es geht nicht nur darum, zu versuchen, über Umweltschutz Arbeitsplätze zu schaffen, sondern es geht zugleich auch um eine intensive Auseinandersetzung über die Wirtschaftsstrukturen. Es ist ja in mehreren Redebeiträgen auch angeklungen, daß wir die Regionalisierung und Dezentralisierung der Wirtschaftsstrukturen brauchen, und daß hinter der Umweltdebatte natürlich auch der Kampf der Großen gegen die Kleinen und Mittleren steckt. Daher glaube ich, daß eben nicht nur die Diskussion geführt werden muß um die Instrumente, die per se quantitativ Chancen bringen, um Arbeitsplätze zu gewinnen, sondern auch um weitere verkehrspolitische Instrumente: Es geht um den Abbau von umweltschädlichen Subventionen, beispielsweise bei den Trassenpreisen, wie eben erwähnt, beispielsweise bei Diesel oder Flugbenzin, und um vieles andere. Nicht nur aus verkehrspolitischen Gründen, nicht nur aus CO₂-Minderungsgründen, sondern auch, weil wir ernsthaft die dezentralen und regionalen kleinteiligen Wirtschaftsstrukturen stärken wollen. Auch in der Energiewirtschaft haben wir das Problem des Kampfes der Großen gegen die Kleinen. Das wurde gerade auch bei dem Beitrag über Windenergie erwähnt. Die

Erfahrung ist eindeutig, daß kleinere, dezentrale Strukturen deutlich auch mehr Arbeitsplätze schaffen.

Michael Zimmer (Deutscher Gewerkschaftsbund, Lingen)

Ich habe drei Fragen. Die ersten beiden richte ich an Herrn Müller, obwohl sie sich eigentlich an Herrn Klimmt wenden. Heute morgen hat Herr Trittin ganz kurz die ökologische Steuerreform angesprochen hat und hat dabei gelobt, daß dadurch ja die Lohnnebenkosten sinken. Nun wissen wir als Gewerkschaften, was soziale Gerechtigkeit ist. Und wir haben ja mitbekommen, daß die meisten Betriebe diese Ökosteuer nicht bezahlen. Und das halten wir nicht für sozial gerecht. Herr Müller, wie sehen Sie das denn? Das ist ein Aspekt, der meiner Ansicht nach noch mal neu überlegt werden muß, denn die kleinen Leute kriegen mit, daß im Grunde genommen sie die Ökosteuer bezahlen, zwar auch dann bei den Lohnnebenkosten den Vorteil haben. Die Betriebe aber werden ganz außen vor gelassen. Und das sehen wir nicht ein als Gewerkschaft.

Dann zur Privatisierung der Bahn: Kam die eigentlich zu früh? Ich weiß nicht, wo Herr Klimmt lebt. Er sagte ja, er wäre noch Landespolitiker, er sei ja gerade erst in die Bundespolitik eingestiegen. Bei uns in Lingen, also im Emsland, oder auch in der Grafschaft Bentheim wurden in diesem Jahr drei wichtige Interregio-Züge gestrichen, die von Amsterdam bis nach Berlin gehen, und im nächsten Jahr ist geplant, auf der gleichen Linie, wo jetzt wenigstens noch regionale Expreszüge bis Hannover fahren, auch diese zu streichen. Da kann ich mir nur noch vorstellen, daß die Leute aufs Auto umsteigen. Und das angesichts der Expo, wenn viele Reisende aus Holland mit dieser Linie zur Expo kommen wollen. Die steigen natürlich alle aufs Auto um oder, was weiß ich, ins Flugzeug ein, – aber eben nicht mehr in die Bahn. Das sind die Dinge, die ich nicht mehr verstehe. Dabei müßte man ja genau hier ansetzen, wenn gesagt wird: Wir wollen mehr für die Bahn tun. Und wenn man was für die Bahn tut, also dieses Gleis aufrecht erhält, tut man ja gleichzeitig was für den Güterverkehr.

Dritte Frage, die geht an Herrn Barz. In Lingen an der Ems gibt es ein großes Kernkraftwerk, und der DGB-Kreisverband hat sich mal vor etlichen Jahren gegen diese Energiepolitik ausgesprochen. Nun ist dieses Kraftwerk aber da, und wir haben als Deutscher Gewerkschaftsbund natürlich um diese Arbeitsplätze zu kämpfen – zumindest, solange diese Arbeitsplätze vorhanden sind – wie um andere Arbeitsplätze auch. Ich frage Sie, Herr Barz, als Vorstandsmitglied einer großen Firma, die auch mit dieser Energie zu tun hat: a) Wie stehen Sie zu dem Entschluß der Bundesregierung, aus der Atomenergie auszusteigen? Unterstützen Sie das? Und b) sind Sie als Firma, bei uns wäre es die VEW, unser Energieversorgungsunternehmen, bereit, frühzeitiger als

bei Kohle und Stahl Ersatzarbeitsplätze zu schaffen, wenn es denn heißt, Lingen geht in 20 Jahren vom Netz? Das ist auch eine Frage, die viele Mitarbeiter in den Kernkraftwerken verunsichert und die dann natürlich dagegen sind und sagen: Wir gehen auf die Straße, um unsere bestehenden Arbeitsplätze zu verteidigen. Wenn diese Kollegen aber wüßten, es käme was Sinnvolles nach Lingen, dann würden sie sich vielleicht auch noch mal anders entscheiden. Denn ich glaube nicht – ich bin selber von Beruf Röntgentechniker –, daß ein einziger Mitarbeiter lieber in einem Kernkraftwerk arbeitet als vielleicht in der Solarenergie.

Marion von Haaren

Ist die Energiesteuer sozial gerecht? Herr Müller, da haben Sie etwas fragend geschaut, weil Sie die Frage, glaube ich, nicht ganz verstanden hatten. Es geht wohl um die Belastung auf der einen Seite für die Unternehmen im Bereich Energiesteuern, und auf der anderen Seite für den kleinen Mann/die kleine Frau, die diese Steuer natürlich voll zahlen müssen. Ist das sozial ausgewogen und gerecht?

Michael Müller

Ich habe deshalb so geguckt, weil gesagt wurde, die Wirtschaft sei befreit worden. Das ist nicht so, sondern das war der ursprüngliche Plan. Es gibt jetzt zum Teil einen niedrigeren Satz, das ist richtig. Aber ursprünglich war die Planung, einen Teil der Industrie, 27 Branchen, völlig zu befreien, und wir haben es durch starke Anstrengung der Fraktion hingekriegt, daß das nicht passiert ist. Nur, wenn Sie alle Länder in Europa, die mit der Ökosteuer angefangen haben, sehen, so waren die Belastungen für die Wirtschaft im deutschen Fall die vergleichsweise höchsten. Ich will das nicht als Entschuldigung anführen, sondern zur Erklärung. Dänemark und andere Länder haben sehr viel niedrigere Sätze und haben die Ökosteuer noch sehr viel stärker auf die Verbraucher ausgerichtet als in der Bundesrepublik. Zum anderen haben wir leider in dieser ganzen Debatte eine Menge lernen müssen, was wir vorher nicht gewußt haben: Beispielsweise war es die Absicht der Bundesregierung, die regenerativen Energien von der Ökosteuer zu befreien. Nur ist das in der Bundesrepublik nicht möglich, jedenfalls heute noch nicht, so lange wir eine klare Zertifizierung von Ökostrom haben. In Holland kann man befreien, denn dort wird die Energiesteuer beim Verbraucher angesetzt, während sie bei uns beim Kraftwerk läuft. Dort kann der Verbraucher den Antrag stellen auf Befreiung; das kann man hier beim Kraftwerk nicht machen. Da haben wir eine Menge gelernt. Oder ein anderer Punkt. Wir wollten sehr viel mehr Differenzierung. Dann hätten wir aber die Schwierigkeit gehabt, daß wir die schon heute gerade noch genehmigte Beihilfegrenze in den neuen Bundesländern überschritten

hätten. Wir hätten dann also, wenn wir das durchgezogen hätten, Sonderregelungen geschaffen für die alten Bundesländer, die aber in den neuen Bundesländern nicht hätten gelten können.

Marion von Haaren

Stichwort Arbeitsplatzgarantie für die Beschäftigten im AKW/KKW Lingen. Herr Barz.

Karl-Heinz Barz

Ich kann natürlich nicht für die VEW sprechen, aber Sie haben ja auch nach meiner Meinung gefragt zum Ausstieg. Ich meine, die meisten Kernkraftwerke, die wir in der Bundesrepublik haben, sind hervorragend geeignet für Grundlast. Das steht, glaube ich, außer Zweifel. Wir als Unternehmen teilen überwiegend die Position des Wirtschaftsministers Müller und sind nicht der Meinung, daß man diesen Ausstieg so forcieren soll, wie von Herrn Trittin vorgeschlagen. Zu dem Thema "Arbeitsplatzgarantie für die betroffenen Mitarbeiter in Lingen". Ich bezweifle, daß man über so lange Zeiträume von 20 Jahren überhaupt planen kann. Es soll jeder einmal zurückdenken, ob er hätte vorhersehen können, was in den letzten 20 Jahren passiert ist. Dann ist die einzige Alternative, die ich mir vorstellen kann, ein anderes Grundlastkraftwerk auf einer anderen Brennstoffbasis. Das ist das angestammte Geschäft der VEW. Und es würde auch den Standort Deutschland bestimmt stärken, wenn dann auch weiterhin in Deutschland Kraftwerke gebaut werden würden.

Dieter Hockel (Abteilungsleiter Wirtschaftspolitik, Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie) Lieber Michael Müller, heute morgen hat der Umweltminister vorgeschlagen, Gas von der Öko-Steuer zu befreien. Unterstützt die SPD-Fraktion diesen Vorschlag? Herr Engelhardt, ist Ihnen klar, wenn das Gas von der Steuer befreit wird, daß dann im wesentlichen ausländisches Gas in Grundlastkraftwerken in Deutschland verbrannt wird und daß dann viele Stein- und Braunkohlekraftwerke auf Dauer im liberalisierten Markt nicht recht wettbewerbsfähig sein würden und Sie dann Ihre Vision von einer Unterstützung der Modernisierung in China auch ad acta legen könnten. Oder Herr Barz, sehen Sie das anders? Könnten wir ohne eine deutsche Basis bei den Stein- und Braunkohlekraftwerken auch in China weiterhelfen?

Thilo Kummer (PDS-Fraktion im Thüringer Landtag)

Wir haben heute bisher sehr viel über profitorientierte Sektoren des Umweltbereichs geredet. Was mir gefehlt hat, ist die Frage, wie sieht es denn mit dem Non-Profit-Sektor aus? Haben wir denn da auch schon irgendwelche Überlegungen, wie man in diesem Bereich zum Beispiel

Arbeiten in der Renaturierung oder im Naturschutz, die ja dringend sind, staatlich fördern kann?

Marion von Haaren

Herr Putzhammer, wie sieht es mit dem Non-Profit-Sektor aus? In der Tat, wir haben uns ja heute nur darum bemüht, immer wieder zu gucken, was gibt es im Bereich Industrie und Dienstleistung für Möglichkeiten, Geld zu verdienen, Arbeitsplätze zu schaffen und der Umwelt zu dienen. Wie sieht es denn im staatlichen Bereich aus, was kann denn da noch passieren? Welche Wachstums- und Entwicklungsmöglichkeiten sind dort?

Heinz Putzhammer

Ich glaube nicht, daß man einen Unterschied machen sollte zwischen dem Non-Profit-Sektor und den anderen Sektoren. Ich glaube vielmehr, daß es um einen inhaltlich bestimmten Strukturwandel geht, zwischen einer alten Wachstumsphilosophie, die insbesondere abgestellt war auf einen starken Ressourcenverbrauch im Rahmen der Herstellung von Industrieprodukten, und der Entwicklung einer Gesellschaft, die versucht, Wohlstand auch anders zu definieren, die also versucht, neue Beschäftigungsfelder zu entwickeln, die gleichwohl marktförmig funktionieren können. Und letzten Endes ist es ja auch im öffentlichen Bereich so, ganz gleich, welche Dienste angeboten werden, ob es sich um Lehrer oder Kindergärtnerinnen oder um Polizisten handelt: sie leisten Arbeit, sie werden dafür bezahlt. Und das trägt zum Bruttosozialprodukt insgesamt bei. Die Aufgabe wäre nun, einen Strukturwandel einzuleiten, der mehr Wert legt auf die Bereiche, in denen die Beschäftigung und die Qualifikation von Menschen im Vordergrund stehen und in der weniger Wert gelegt wird auf die Zweige, in denen Waren, die mit großem Verbrauch von Ressourcen hergestellt worden sind, verbraucht werden. Nur wenn wir diesen Strukturwandel hinkriegen, läßt sich auf der einen Seite das Problem Umwelt und auf der anderen Seite das Beschäftigungsproblem lösen.

Helmut Röscheisen (Generalsekretär des Deutschen Naturschutzbundes)

Es gibt einen Bereich bei unserem heutigen Themenkomplex, der ist bezeichnenderweise überhaupt nicht angesprochen worden, der überhaupt keine Finanzmittel erfordert, aber ein Umdenken. Und der doch ganz gravierend zum Thema Arbeit und Umwelt beitragen kann. Ich meine das Thema Subventionen. Jede nachhaltige Gesellschaft ist dadurch ausgezeichnet, daß umweltschädliche Subventionen abgebaut werden. Ich nenne zwei Beispiele. Wir haben in der Europäischen Union jedes Jahr 15 Mrd. US Dollar, die für die Atomenergie und die fossilen Energien bereitgestellt werden. Nicht einmal 10 Prozent davon, weniger als 1,5 Mrd. US Dollar, stehen für die erneuerbaren Energien bereit. Wenn man das jetzt ein paar Jahre lang umdrehen würde, bin ich sicher, daß die erneuerbaren Energien die

Rolle spielen, die sie zukünftig spielen müssen. Die Europäische Kommission hat einen Plan, der sieht vor, den Anteil erneuerbarer Energie am Endenergieverbrauch bis zum Jahr 2010 von jetzt 6 auf 12 Prozent zu verdoppeln. Das schafft eine halbe Million zusätzlicher Arbeitsplätze in der Europäischen Union. Ein zweiter sehr zentraler Bereich: 80 Mrd. DM, das ist die Hälfte vom Budget der Europäischen Union, fließen jedes Jahr in den Bereich der Landwirtschaft. Was wird mit diesem Geld gemacht? Die heutige industrialisierte Landwirtschaft ist der Hauptverursacher der Zerstörung von Natur, der Ausrottung von Landschaften, der Vernichtung von Tier- und Pflanzenarten. Wenn es gelänge, mit diesem Geld den ökologischen Landbau von derzeit 2,5 Prozent in Deutschland oder 6 bis 7 Prozent in der Union bis zum Jahr 2020 auf 50 Prozent zu erhöhen, würde das bedeuten, daß in Deutschland zusätzlich 80.000 Arbeitsplätze neu geschaffen werden. Weil der ökologische Landbau arbeitsintensiver ist. Das sind nur zwei Bereiche, wo politisches Handeln ganz klar ohne eine zusätzliche Mark dafür sorgen könnte, daß sehr viele neue Arbeitsplätze entstehen und die Umwelt dauerhaft geschützt wird. Aber es fehlt der politische Wille, und ich denke DGB und DNR und andere werden alles daran setzen, daß wir diesen Willen für entscheidende Veränderungen mit herbeiführen.

Junghoffmann (HBB Hamburg)

Die Diskussion konzentrierte sich eigentlich den ganzen Vormittag und auch Nachmittag sehr stark auf den Staat, auf Gewerkschaft ein bißchen, auch ein bißchen auf Unternehmen. Andere Akteure, zum Beispiel die in den Unternehmen arbeiten, die Konsumenten, und die Frage, welche Rechte sie haben in diesem Zusammenhang, wurden gar nicht oder nur wenig diskutiert. Man kann sehr viel auch ohne Geld machen, wenn man zum Beispiel die Rechte der Beschäftigten in den Unternehmen und die Rechte der Konsumenten ausweitet in Hinblick auf ein ökologisches Mandat. Wenn heute ein Betriebsrat einen ökologischen Skandal in seinem Unternehmen offenlegt, kann er entlassen werden. Wir brauchen aber Akteure, Menschen, die handeln, um der Komplexität des Ökologiethemas gerecht zu werden, denn Verordnungen greifen immer nur allgemein. Ohne Kontrollen und vor allen Dingen ohne Mitbestimmung, ohne Demokratie in den Unternehmen funktioniert das nicht. Diese Akteure müssen mit mehr Rechten ausgestattet werden. Übrigens betrifft das auch das Management, zum Beispiel die Rechte des Umweltschutzbeauftragten im Rahmen von Unternehmensverfassungen. Die Frage ist, wie solche Strukturen entwickelt werden. Ich habe verschiedene Untersuchungen dazu gemacht und weiß, welche enormen Konflikte es gibt. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt, der hier bisher nicht diskutiert wird.

Marion von Haaren

Ja, absolut richtig. Das ist heute in der Tat zu kurz gekommen: die Mitwirkungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer in den Betrieben, der Betriebsräte, aber auch der Konsumenten. Verbraucheraufklärung zum Beispiel ist ein ganz zentraler Punkt auch im außerbetrieblichen Bereich, den man sich da auch noch mal näher anschauen würde.

Wilfried Bauer

Ich komme von einer kleinen Hightech-Firma hier in Berlin. Ich falle hier wahrscheinlich ein wenig aus dem Rahmen, denn mich hat die Veranstaltung etwas enttäuscht, und zwar aus einem einfachen Grund. Wir haben hier sehr viel über Umwelt gesprochen, und die meisten haben sich in ihrer Meinung bestätigt, Skandale aufgezeigt usw. Das war alles nicht so unbedingt viel Neues. Je globaler die ganze Problematik wurde, desto weniger Lösungen wurden deutlich. Was Umwelt und Arbeit miteinander zu tun haben und wie sie sich gegenseitig beeinflussen, kam eigentlich erheblich zu kurz. Denn es nutzt nichts, nur zu sagen: Ja, durch Umwelt werden Arbeitsplätze geschaffen. Die wurden auch durch den Bau des Nürburgrings geschaffen. Arbeit und Umwelt wirken ja wechselseitig aufeinander ein; es ist ein sehr komplexes Thema. Wenn ich den Transport teurer mache, werden Produkte teurer und eventuell weniger gekauft. Dann fallen da unter Umständen wieder Arbeitsplätze weg. Diese Komplexität ist eigentlich gar nicht angesprochen worden. Ich denke, das ist ein großer Mangel, gerade weil der Mitveranstalter auch der DGB ist, der genau dieses Thema eigentlich wesentlich mehr problematisieren sollte.

Marion von Haaren

Das zielt auf die Wettbewerbsbedingung, von denen Sie sagen, wenn wir hier einen höheren Öko-Standard haben, dann bedeutet es automatisch die Verteuerung der Produkte und Dienstleistungen.

Wilfried Bauer

Zum Beispiel, aber es geht noch weiter. Im Umweltbereich werden Arbeitsplätze geschaffen, die sehr qualifiziert sind. In meinem Bereich, das ist die Lasertechnologie, sind das sehr qualifizierte Arbeitsplätze. Wir haben keine oder nur sehr wenige Arbeitslosen im Moment. Uns fehlen sogar Arbeitskräfte, das heißt, wir können dort die qualifizierten Arbeitsplätze zum Teil gar nicht richtig besetzen.

Marion von Haaren

Das ist auch die Frage der Ausbildung.

Wilfried Bauer

Das ist eine Frage der Ausbildung, das ist eine Frage der Qualifikation. Davon ist auch abhängig, welche

Arbeitsplätze entstehen. Auch das ist ein Aspekt, der in dieser Diskussion eigentlich gar nicht vorgekommen ist. Und drittens: ich glaube, es war Herr Müller, der gesagt hat: Und wir haben so tolle Hightech. Und mit dieser Hightech können wir ganz toll auch Umweltschutz machen. Das ist richtig. In unserer Firma könnten wir zum Beispiel sehr viele für den Umweltschutz nützliche Geräte herstellen, die die gesamten Meßmethoden verbessern, vereinfachen, verkleinern und, und, und. Nur, wir müssen dafür auch den Markt finden. Und den Markt findet man nicht dadurch, daß ein Staat sagt: Jetzt müßt ihr das Ding aber mal kaufen. Weltweit kann das gar kein Staat. Das ist sogar eher so, daß, wenn wir besser messen können, die potentiellen Anwender-Firmen eher abblocken und sagen: Ja, dann kommt ja eine neue Reglementierung, und davor haben wir Angst. Nicht nur aus Kostengründen, sondern wegen des gesamten Verwaltungsaufwands und was da alles dranhängt. Über solche Dinge hätten wir reden müssen. Aber wir haben das nicht gemacht. Das bedauere ich ein bißchen, weil wir uns ja alle einig sind, daß der Interregio nicht ausfallen und gestrichen werden soll. Das andere aber kam dadurch etwas zu kurz.

Prof. Dr. Engelhardt

Sie haben natürlich recht. Um bloß auf einen Punkt einzugehen: ein Hauptproblem bei der Verminderung der riesigen Arbeitslosenzahlen sind die nicht so hoch qualifizierten Arbeitskräfte. Das wissen wir natürlich alle. Auf der anderen Seite haben wir ja hier das Positionspapier, das Heinz Putzhammer verfaßt hat. Hier stehen ja 79 Maßnahmen drin und dabei sind etliche, zu deren Umsetzung man nicht unbedingt diplomierte Ingenieure und so weiter braucht.

Sie sind etwas enttäuscht, daß dieses und jenes nicht drangekommen ist. Nun, das ist immer so bei solchen Veranstaltungen. Wir haben ja beide schon angegraute Haare, also haben Sie auch Erfahrung. Wir können jetzt noch drei Stunden weiter diskutieren, dann sind wir trotzdem nicht fertig. Das ist gar nicht möglich. Aber immerhin: Sowohl der Deutsche Gewerkschaftsbund als auch wir, der Deutsche Naturschutzring, sehen das ja heute nicht als eine Eintagsfliege an und sagen: So, das war's. Vielmehr soll das ja der Beginn einer möglichst engen Zusammenarbeit zwischen den beiden Dachverbänden des Sektors, der heute hier vertreten war, sein. Wir werden natürlich auf beiden Seiten intensiv weiterarbeiten müssen. Da ist noch vieles zu tun, aber auch vieles zu erreichen. Das ist klar, das wissen wir auch. Nur es ist Illusion, daß man das an einem Vormittag und Nachmittag machen könnte.

Marion von Haaren

Herr Engelhardt, herzlichen Dank für diese versöhnlichen Worte am Schluß. Ich bedanke mich für Ihr Interesse und vor allen Dingen für Ihre Geduld. Das absolut letzte Wort hat jetzt Heinz Putzhammer.

Heinz Putzhammer

Zunächst bedanke ich mich für die freundlichen Lorbeeren von Herrn Engelhardt, aber das Papier stammt nicht von mir, sondern das Papier ist das Ergebnis einer gemeinsamen Arbeit im Deutschen Gewerkschaftsbund mit den beteiligten Gewerkschaften. Vor allen Dingen auch, das sage ich ausdrücklich dazu, mit Vertretern der Gewerkschaften, die hier manchmal so genannt werden, als wollten sie mit all dem nichts zu tun haben. Das ist schon gemeinsames Dokument, das abgestimmt ist, und daraus wird auch deutlich, daß wir da schon gemeinsam an einem Strang ziehen. Noch mal zu Herrn Engelhardt. Ich bin auch außerordentlich dankbar dafür, daß es uns gelungen ist, diese Veranstaltung gemeinsam mit dem DNR und mit anderen Veranstaltern zu machen. Es ist ja manchmal ein bißchen schwierig. Man hat zwar im Grunde genommen die gleichen Ziele, aber dann überlegt man, ob man eine Tagung macht. Die andere Organisation überlegt genau das gleiche. Und dann spielen immer auch ein bißchen Eitelkeiten mit, wer ist der Erste und so weiter, und deswegen ist es wirklich besonders erfreulich, daß es uns gelungen ist, unter Hintanstellung aller Eitelkeiten zu sagen: Das ist eine Sache, bei der wir gemeinsam an einem Strang ziehen müssen. Deshalb machen wir eine gemeinsame Veranstaltung. Also da auch an die Partner noch mal herzlichen Dank. Natürlich hat die Diskussion in ihrer Kürze immer auch ein bißchen darunter gelitten, daß wir etwas hin- und herpendeln mußten zwischen sehr kurzfristig gedachten Einzelmaßnahmen auf der einen Seite und den riesigen Problemen, die global vor uns stehen. Da teile ich absolut die Auffassung von Herrn Engelhardt. Es wäre eine völlig falsche Politik, zu versuchen, die Widersprüche, die Schwierigkeiten, die hier vorhanden sind, zu leugnen und den Eindruck zu erwecken, als hätten wir mit der Formel "Bündnis für Arbeit und Umwelt" jetzt das große Modell entdeckt, mit dem alle die Schwierigkeiten gelöst werden können. Sie sind in der Tat gewaltig. Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit ist eine riesige Aufgabe, wenn man sich vergegenwärtigt, daß selbst ein Wirtschaftswachstum von drei oder vier Prozent an der Arbeitslosigkeit nichts ändert, wenn gleichzeitig die Produktivität um denselben Prozentsatz zunimmt. Denn solange die Produktivität stärker wächst als die Wirtschaft, werden Arbeitsplätze überflüssig. Das ist die Falle, aus der wir herauskommen müssen.

Wenn man sich auf der anderen Seite überlegt, welche Schäden in der Umwelt schon angerichtet sind, – das bezieht sich vor allem auf jene Schäden, die im alltäglichen Leben nicht so stark auffallen wie versauertes Wasser oder ein Himmel, der bedeckt ist von Rußwolken,

sondern es sind die Schäden, die sich erst langsam zeigen –, dann weiß man, welche Aufgabe vor uns liegt.

Aber da macht es keinen Sinn, vor der gewaltigen Aufgabe zu erschrecken und zu sagen: Man kann sowieso nichts tun. Auch bei den schwierigen und langfristigen Aufgaben beginnt die Lösung mit dem ersten Schritt. Und wenn wir so einen ersten Schritt tun können, dann wären wir schon weit. Dabei sage ich aber auch ausdrücklich: Es wäre ein Fehler, zu glauben, indem wir jetzt die Formel "Bündnis für Arbeit und Umwelt" entwickelt haben, würden all die Probleme da schon gut aufgehoben sein und man müßte nichts mehr tun. Wir brauchen Sie alle nach wie vor in den Bürgerbewegungen, in den Initiativen, in den Organisationen, wo Sie für den Umweltschutz tätig sind, aber auch als Konsumenten. Darauf haben Sie ja zu Recht hingewiesen. Ich will nur ein Beispiel sagen. Die Frage des genmanipulierten Getreides hat in den letzten Wochen eine große Rolle gespielt. Hier ist es offensichtlich so, daß es trotz milliardenschwerer Werbeaufwendungen der Industrie nicht gelungen ist in den USA, die Getreidesorten auf dem Weltmarkt durchzusetzen. Da ist politisch nichts vereitelt worden, da haben auch die Gewerkschaften nichts vereitelt, sondern bei dem Verbraucher hat sich das nicht durchsetzen lassen. Die Verbraucher haben eine ungeheure Macht. Und deswegen noch mal der Appell: Bei allen Gelegenheiten, bei allen Organisationen, überall, wo Sie tätig sind, müssen Sie etwas tun. Deswegen sage ich: Kommen Sie gut nach Hause, wir brauchen Euch alle noch!

**Kongreß:
Bündnis für Arbeit und Umwelt
21. Oktober 1999 im Reichstag, Berlin**

Programm

Tagungsleitung: Dr. Werner Schneider, DGB-Bundesvorstand

- 10.00 Uhr **Eröffnung**
Nikolaus Simon, Geschäftsführer der Hans-Böckler-Stiftung
Ernst Breit, Stellvertretender Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung
- 10.15 Uhr **Umwelt ins Bündnis für Arbeit**
Heinz Putzhammer, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)
- 10.45 Uhr **Ökologische Modernisierung schafft zukunftsfähige Arbeitsplätze**
Jürgen Trittin, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- 11.15 Uhr **Umweltrecht – Innovationsmotor für Umwelttechnologien**
Dr. Paul Petter Aas, Direktor, Norsk Hydro ASA, Oslo
- 11.40 Uhr **Klimaschutz als Beschäftigungsprogramm**
Michael Müller, MdB, Vorsitzender der Naturfreunde, Mitglied des Präsidiums des Deutschen Naturschutzringes (DNR) und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
- 12.15 Uhr **Mittagspause**
- 13.00 Uhr **Podiumsdiskussion und Plenumsdebatte:**
Zukunftsfähige Arbeitsplätze durch Innovation und ökologische Modernisierung – Ist das Bündnis für Arbeit zur Umsetzung bereit?
Dr. Reinhard Klimmt, Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
Heinz Putzhammer, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)
Karl-Heinz Barz, Vorstandsmitglied der Asea Brown Boveri AG
Prof. Dr. Wolfgang Engelhardt, Präsident des Deutschen Naturschutzringes (DNR)
Moderation: Marion von Haaren, Westdeutscher Rundfunk (WDR)
- 15.50 Uhr **Schlußwort**
Heinz Putzhammer